

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Angriff auf die Tarifverträge

"Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens." Thomas Joseph Dunning, zit. nach Marx, Kapital Bd. 1, Kap. 24

Akkumulationsschwäche, und Versuche ihr abzu- helfen.

Die Umverteilung von der Arbeiterklasse zum Kapital hat eine neue Qualität erreicht. Nach weitgehendem Abbau der Parität bei den "Lohnnebenkosten", d. h. von Unternehmen und Lohnarbeitern zu gleichen Teilen finanziert sozialer Absicherung bei den Sozialversicherungen (ein Prozeß der noch längst nicht abgeschlossen ist) und gleichzeitig staatlichen Einsparungen (z. Zt. vor allem Arbeitslosenhilfe) geht die Umverteilung nun bei Löhnen und Arbeitszeiten weiter.

Die Schwerpunkte verschieben sich; doch die Richtung bleibt gleich. Bild 1 gibt die Umverteilung von arm zu reich nur unvollständig wieder, da es allein die Geldvermögen darstellt, Immobilien und Betriebsvermögen (konstantes Kapital) sind nicht berücksichtigt. Trotzdem sind die Größenordnungen bezeichnend.

Wir sehen uns einem sich immer mehr beschleunigenden Prozeß ausgesetzt. Es geht nicht mehr



um einzelne "Reformen", um einzelne "moderate" Tarifabschlüsse (= Reallohnabbau). Die Angriffe folgen nahtlos aufeinander; sie überschneiden sich.

Nicht allein in Deutschland, sondern auch mit unterschiedlicher Intensität und von verschiedenen, historisch bedingten Ausgangslagen in anderen industrialisierten Ländern beschleunigt sich die Umverteilung. Uache ist die Überakkumulation des produzierenden (industriellen) Kapitals, verschärft durch die zunehmende interna-

tionale Konkurrenz der einschlägigen Kapitale. Der Fall der Profitrate läßt sich m.E. zwar schwer in Zahlen fassen, doch als Tendenz ist er kaum zu leugnen. Die zwar unterschiedlich - doch in den wichtigen Wirtschaftsgebieten geringen, oft fallenden Zuwachsraten des BIP, sind Ausdruck von verbreiteter Akkumulationsschwäche (Bild 2).

Das Kapital ist also gezwungen, auf höhere Profitmasse und -rate hinzuwirken. Gezwungen auch wegen der globalisierten Finanzmärkte, die unterdurch-

Inhalt

- Angriff auf die Tarifverträge	Seite 1
- Eigene Sache	Seite 2
- Zur Diskussion über die neue Partei	Seite 7
- Zwischen Skylla und Charybdis	Seite 12
- Kuba in Gefahr	Seite 15
- Kritik des Elends oder Elend der Kritik?	Seite 21
- Montagsdemonstrationen	Seite 22
- Stalinismusdebatte	Seite 23
Rezensionen:	
- Doernbergs Erinnerungen	Seite 26
- Walter Ulbricht über die Arbeiterbewegung	Seite 29
- Rote Hilfe	Seite 31
Nachdrucke:	
- GEW, GdP und linkes Bündnis drohen mit dem Stimmzettel	Seite 32
- Widerstand und Solidarität	Seite 34
- Zur Theorie und Praxis der Antinationalen	Seite 36

In eigener Sache

Durch den Urlaub, die sich auch die Macher dieser Zeitschrift leisten dürfen müssen - wollen sie ihre Schaffenskraft erhalten - musste der Redaktionsschluß vorgezogen werden. Aus diesem Grund konnten wir die Bewegung gegen die unsozialen Agenda 2010 - Gesetze (Hartz muß weg), die sich im Osten in massenhaften Montagsdemonstrationen manifestiert, nicht mehr ausführlich bewerten. Einen Artikel zum Generalangriff des Kapitals auf Löhne und Arbeitszeit und zum ratlosen Zurückweichen der Gewerkschaften haben wir an die Spitze der neuen Nummer gestellt. Es verstärkt sich das Gefühl, die geschwächte Arbeiterbewegung habe eine historische Stunde vertan, im Zuge der Daimler-Auseinandersetzung das ganze Land zum Widerstand zu mobilisieren. Das sagen wir trotz der Einsicht, daß daraus eine Niederlage hätte entstehen können. Doch jetzt gibt es in der Abwärtsspirale kein Halten

mehr und die Gewerkschaften sind zum Papiertiger degradiert. Aus Angst, in ihrer Ohnmacht vorgeführt zu werden, haben sie schmachlich kapituliert. Ist das nicht eine noch schlimmere Niederlage? Schwerwiegende Folgen werden sich einstellen.

Zur Diskussion über eine neue Linkspartei tragen wir mit zwei Artikeln bei. Wir werden diese Thematik auf unserer Jahreskonferenz ausführlicher behandeln. Da in den USA die Wiederwahl des Kriegstreibers Bush nicht sicher ist, droht die Gefahr, daß diese Rechtskräfte mit Hilfe von ihnen selbst inszenierter Spannungen einen neuen Coup landen. Der Hetze und den außenpolitischen Vorbereitungen nach ist ein Militärschlag gegen Kuba nicht ausgeschlossen. Wir geben Alarm mit zwei sich ergänzenden Artikeln.

Mehrere Rezensionen, darunter welche, die sich mit der Geschichte der deutschen kommunistischen Bewegung

befassen, machen auf lesenswerte Bücher aufmerksam. Nachdrucke schließen sich an, u.a. der aus der SOZ zum Irakkrieg, den wir zwar in der letzten Nummer angekündigt hatten, ihn dann aber aus technischen Gründen nicht abdrucken konnten. Ein anderer aus "bruchlinien" setzt sich grundsätzlich mit den Positionen der sogenannten "Antideutschen" auseinander, die sich immer noch als "Linke" gebärden, obwohl sie die Aggressionen der USA und Israels rechtfertigen. Die sog. "Stalinismusdebatte" in der "jungen Welt" findet auch bei uns mit einem Diskussionsbeitrag von G. Grenzroth ihren Niederschlag.

In der letzten Arsti (144) hat der Druckfehlerteufel wieder zugeschlagen. Auf Seite 14 hieß es über die "Marxistischen Blätter": Mittlerweile lebt fast jeder MB-Abonnent in Berlin und Ostdeutschland." Richtig muß es heißen: "jeder zweite MB-Abonnent". Wir bitten das Versehen zu entschuldigen.

Wir bedanken uns für die Überweisungen, sind aber weiterhin auf Spenden angewiesen!

Am 30./31. Oktober findet die Jahreskonferenz unserer Gruppe in Nürnberg statt. Als Themen sind vorgesehen: Die Lage der Gruppe / Die Krise im Osten und die Protestbewegung / Diskussion um eine neue Linkspartei / Gewerkschaftspolitik: Brechen alle Dämme? / Zur Lage in Großbritannien. Anmeldung über die Redaktionsadresse oder Tel. 0911 / 5180381, abends.

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstraße 20, 90408 Nürnberg.

Druck: Eigendruck und Selbstverlag.
Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl,
Postfach 910307, 90261 Nürnberg

E-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
Internet: www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung

Hans Steiger
Postbank München
BLZ 700 100 80
Konto: 665924-808

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13 Euro (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20 Euro aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresanfang gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme kostenlos zu. An Tausch-

Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

schnittlichen Profit (Bild 3 bietet m.E. Näherungswerte für den Fall der Profitrate) mit Abzug von Kapital, d. h. sinkenden Börsenkursen bestrafen.

Unter den (dem tendenziellen Fall der Profitrate) entgegenwirkenden Ursachen nennt Marx an erster Stelle (Ziff. I) die "Erhöhung des Exploitationsgrads (Ausbeutungsgrads, Anm. d. Verf.) der Arbeit ...namentlich durch Verlängerung des Arbeitstags und Intensifikation der Arbeit." (Kapital Bd. 3, Kap. 14). In engem Zusammenhang mit dieser Verschärfung der Ausbeutung steht die durch Hartz IV verschärfte "Wohlfeilheit und Masse der disponiblen oder freigesetzten Lohnarbeiter" (ebd. Ziff. IV). Die Arbeitslosigkeit, verschärft durch den angedrohten Zwang, jede Arbeit unabhängig von der eigenen Qualifikation und der Entlohnung annehmen zu müssen, ist objektive Voraussetzung für die Schwächung der Gewerkschaften durch verstärkte Konkurrenz unter den Lohnarbeitern und damit das Absenken der Reallöhne. Der letzte Rest von Schutz gegen unzumutbare Arbeitsangebote entfällt, die Arbeitskraft von Arbeitslosen ist voll disponibel und wohlfeil sowieso.

Die Konkurrenz gegen tariflich noch abgesicherte Stammebelegschaften verschärft sich. Das Kapital verfolgt sein gewohntes Ziel, jedoch mit verstärkter Intensität und reißender Geschwindigkeit: Die Steigerung der Profitmasse und -rate u.a. durch Absenkung der Lohnkosten, sei es durch Einfrieren oder Verringerung der Lohnnebenkosten, d.h. Sozialabbau, sei es durch Steigerung des absoluten und/oder relativen Mehrwerts durch Senkung der Löhne, durch bezahlte oder unbezahlte Ausweitung der Arbeitszeit bzw. durch Verschärfung des Arbeitsdrucks. Meist - und auch aktuell in Deutschland werden mehrere dieser Optionen gleichzeitig verfolgt. Zwei Argumentationen bestimmen die gegenwärtige Offensive des Kapitals: Einmal dient das Lohngefälle von den industrialisierten Staaten (Alt-EU,

USA u.a.) zu den Staaten Osteuropas und Ostasiens zur Androhung von Betriebsverlagerungen. Zum ändern und in Zusammenhang mit dem vorstehenden Argument werden Fertigungsstandorte heute regelrecht versteigert. Gewerkschaften, Betriebsräte, Gemeinden, Länder und der Bund müssen Zugeständnisse machen, d.h. sich erpressen lassen, damit das Kapital Produktionen (oder Dienstleistungen) an einem Ort aufbaut oder auch nur beläßt.

Das Spektrum der Zugeständnisse reicht von Steuernachlässen bzw. völliger Steuerfreiheit (z. B. in Osteuropa) über billige Grundstücke, Erstellen von Infrastruktur wie Straßen, Flughäfen bis zu offenen Zahlungen, Verzicht auf Umwelt- oder Arbeitsschutz durch den Staat

Unternehmen. Die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechniken machen die örtliche Situierung von Callcentern, Datenerfassung, Softwareentwicklung auch weit entfernt von den privaten und industriellen Nutzern möglich. Zwar wirkt sich dieser Prozeß je nach Branche sehr unterschiedlich aus, doch zumindest als Erpressungspotential ist er immer brauchbar.

2. Der in der WTO organisierte "Freihandel" gleicht die Produktionsbedingungen zumindest unter den industrialisierten Ländern (sehr selektiv auch gegen die wenig industriell entwickelten Teile der Erde) immer mehr an. Gesetzliche Bestimmungen z.B. zum Umwelt- und Arbeitsschutz, Verbraucherschutz, Normierung und technische Vorschriften, Patent- und Gebrauchsmusterschutz werden international vereinheitlicht. Zunehmend werden wichtige Teile staatlicher Reglementierung den Interessen des Kapitals untergeordnet (GATS, EU- bzw. Nafta-Recht u. a.).

3. Der Kapitalverkehr geschieht durch die Entwicklung der Kommunikationstechnik praktisch zeitlos. Riesige Geldmengen können je nach kurzfristiger Profiterwartung global verschoben werden. Staatliche Vorschriften zum Schutz "einheimischen" Kapitals existieren allenfalls noch durch die Dominanz der USA, die ihre einschlägigen Vorschriften zur Bilanzierung und Berichterstattung weltweit durchsetzen - natürlich im Interesse der transnationalen Kapitale. Das ist kein "Kasinokapitalismus". Die Bewegungen der (fiktiven und/oder spekulativen) Kapitale bestimmen zunehmend auch die produktiven Kapitale. Ratings weniger großer Bewertungsfirmen wirken sich auf Kreditbedingungen und damit auf die Akkumulation aus. "Investitionshindernisse", investitionsfeindliches oder -freundliches Verhalten der Gesetzgebung der Nationalstaaten, starke oder schwache Stellung von Gewerkschaften

Bild 1



bis zum Abbau von Löhnen und Verlängerung der Arbeitszeit der Lohnarbeiter.

Natürlich bestand diese Konkurrenz der Standorte seit es Kapitalismus gibt. Für die gegenwärtige Verschärfung dieser Situation gibt es m. E. folgende Gründe:

1. Der rapide Fortschritt der Transport-, Informations- und Kommunikationstechnik. Computergestützte Containertechnik, just in time Logistik, Vergrößerung der Kapazitäten im See- und Lufttransport machen die Transportkosten immer mehr zu vernachlässigbaren Größen in der Kalkulation der

werden durch Kapitalflucht bestraft oder durch Kapitalzufluß belohnt. Die Hegemonie des Finanz- über das industrielle Kapital verfestigt sich.

Funktion der Tarifverträge - einst und jetzt

Kollektive Arbeitsverträge sollten einheitliche Regelungen für Löhne, Arbeitszeiten und -bedingungen festschreiben. Der Konkurrenz unter den Lohnarbeitern wird dadurch tendenziell entgegengewirkt. Sie geben den Stand des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit zum jeweiligen Zeitraum in etwa wieder. Gleichzeitig geben sie dem Kapital Planungssicherheit und verhindern Forderungen starker Belegschaften für die Laufzeit des Tarifvertrags. Sie verhindern weitgehend "wilde" Streiks.

Die Unternehmer haben durchaus auch Vorteile von dem in Deutschland gewohnten Tarifsystem. Ihre Begeisterung für neoliberale Scharfmacher wie Merz (CDU) oder Westerwelle (FDP), die Tarifverträge grundsätzlich abschaffen wollen, hält sich daher sehr in Grenzen.

Die Unternehmer wollen Verfahren, die ihnen die o. g. Vorteile (Planungssicherheit, Friedenspflicht) erhalten, aber gleichzeitig die Arbeitszeiten und die Lohnhöhe flexibel in ihrem Interesse machen sollen. Dieses Ziel soll durch möglichst weitgehende "Öffnungsklauseln" erreicht werden. Im Grundsatz bedeutet dies, daß wichtige Teile eines Tarifvertrags eben nicht für dessen Laufzeit festgelegt sind sondern ständig zur Disposition stehen. Die Konkurrenz zwischen den

Lohnabhängigen verschiedener Betriebe oder Betriebsteile innerhalb eines Tarifgebiets verschärft sich wieder - die Vorteile eines Tarifvertrags für die Lohnarbeiter schwinden, die für das Kapital bleiben.

Im Tarifabschluß von Pforzheim im Frühjahr 2004 konnten die Metallarbeiter/innen den Angriff auf die 35-Stunden-Woche zwar noch zurückweisen. Doch "dem Unternehmerlager ist es gelungen, von der IG Metall grundsätzliche Zugeständnisse in Richtung Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit zu bekommen.... Durch die jetzt vereinbarte zusätzliche Option zur Verlängerung der Arbeitszeit wird der Druck in den Betrieben auf die 35-Stunden-Woche in der Zukunft nicht geringer sondern größer. Es ist deshalb davon auszugehen, daß schon in naher Zukunft ein weiterer Angriff der Kapitalisten auf die 35 erfolgen wird." (Arbeiterstimme Nr. 143, Frühjahr 2004, S. 10) Den Unternehmern wurde ein Blankoscheck für solche Angriffe ausgestellt: "In dem Abschluß von Pforzheim wurde in der Tarifvertragspräambel ein Bekenntnis zur Verbesserung der Wettbewerbs- und Investitionsbedingungen niedergeschrieben, ähnlich wie man es aus gemeinsamen Erklärungen der Tarifvertragsparteien der Chemieindustrie kennt. Von diesem Bekenntnis abgeleitet hat man dann auch die Öffnungsklauseln für verlängerte Arbeitszeiten im Tarifvertrag begründet. Ungeachtet der Frage, wie sich ein solch tariflich vereinbartes Bekenntnis mit dem Anspruch der internationalen Solidarität einer Gewerkschaft vereinbaren läßt, wird dieses 'Zugeständnis' der IG Metall in

Zukunft auf die Füße fallen." (ebd.) Wir erleben jetzt - unter anderen bei Siemens und Daimler/Chrysler wie dieser Stein auf die Füße der jeweiligen Belegschaften fällt - es werden noch andere dazukommen.

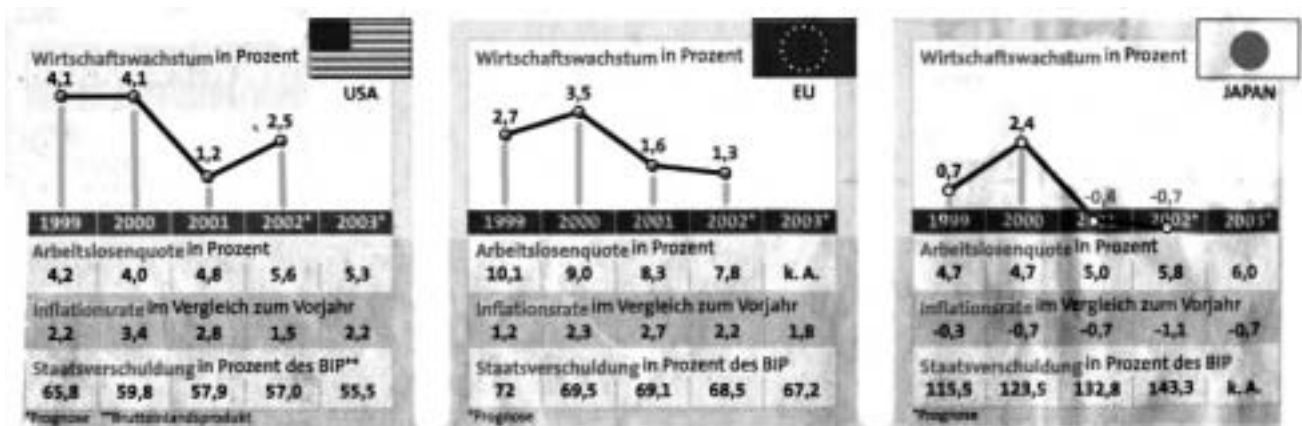
Verlängerung des Arbeitstags, Lohnsenkung usw. erhöhen den Mehrwert und verbessern daher immer die Wettbewerbsfähigkeit des Kapitals. Die Unternehmer werden sich daher immer und mit Recht auf o. g. Präambel berufen können.

Was bleibt vom Tarifvertrag?

"Ich arbeitete einmal bei einem Gärtner. Er händigte mir eine Gartenschere aus und hieß mich einen Lorbeerbaum beschneiden. ... Ich begann sogleich mit dem Abschneiden der wilden Triebe, aber wie sehr ich mich auch mühte, die Kugelform zu erreichen, es wollte mir lange nicht gelingen. Als es endlich eine Kugel geworden war, war die Kugel sehr klein. Der Gärtner sagte enttäuscht: 'Gut, das ist die Kugel, aber wo ist der Lorbeer?'" (Bertolt Brecht, Geschichten vom Herrn Keuner)

Ich beschränke mich im folgenden auf die Auseinandersetzungen bei Siemens und DaimlerChrysler um "Ergänzungstarifverträge" im Interesse des Kapitals. Bekanntlich sind es nicht die einzigen Unternehmen. MAN, Bosch, in naher Zukunft die Autoindustrie wären weitere markante Beispiele in großen Konzernen. Im öffentlichen Dienst wurden in Bayern die Arbeitszeiten für Beamte und neu eingestellte Angestellte erhöht. In der nächsten Tarifrunde wird sich ver.di damit und mit Forderungen nach einer Verlängerung des Arbeitstags bei Ange-

Bild 2



ZBf: Grafik/Quelle: Eurostat, OECD, Bureau of Economic Analysis, Camera of Economic Analysis

stellten und Arbeitern im öffentlichen Dienst auseinandersetzen müssen. Ungezählte kleinere Firmen fahren weitgehend unmerklich auf gleichem Kurs.

Siemens

Der Siemens-Konzern insgesamt konnte seine Profitmasse deutlich steigern. Entsprechend der mittlerweile üblich gewordenen Aufteilung in "profit-center" weisen die einzelnen Geschäftsgebiete sehr unterschiedliche Gewinnspannen auf. Unter den gesetzten Profitzielen blieben Produktion und Vertrieb von Mobiltelefonen (Bild 4). Der Konzern drohte mit Verlagerung der Fertigung von den deutschen Betrieben Bocholt und Kamp-Lintfort nach Debrecen (Ungarn), wenn die Arbeitszeit nicht von 35 auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich erhöht würde. Die Ausgangssituation für das Kapital erschien gut. Verlagerung und damit ca. 5.000 Entlassungen (Gesamtbetriebsrat und IGM schätzten sogar 10.000) schienen unmittelbar vor der Tür zu stehen. Allerdings sickerte durch, daß das geplante Werk in Ungarn erst in ca. zwei Jahren voll produzieren könnte. Man hätte also noch Zeit gehabt. Der Konzern drängte natürlich auf einen Abschluß.

Die IGM legte sich ins Zeug. Auf einer Siemens-Konferenz am 14. Mai 2004 beschwerte sich der 2. Vorsitzende Berthold Huber: "Die klar definierte Ausnahme in unserem Tarifabschluß vom Februar für die Metall- und Elektroindustrie soll hier zur Regel umdefiniert werden. Wir werden das nicht akzeptieren." (Flugblatt Mai 2004) An einem Siemens-Aktionstag am 18. 6. 2004 soll-

ten die Beschäftigten deutschlandweit ihren Unmut kundtun. Der Erfolg blieb bescheiden. Nur ca. 25.000 Siemensianer beteiligten sich an kurzen Demonstrationen. Der Organisationsgrad bei Siemens ist eben gering. Doch auch die Organisation durch die IGM blieb halbherzig. In München (größter Siemens-Standort) z. B. wurde keine öffentliche Demonstration veranstaltet. Nur in bzw. vor den einzelnen Münchner Betrieben fanden kleinere Kundgebungen statt.

Der Konzern setzte seine Ziele voll durch. In einem Ergänzungstarifvertrag vom 24. 6. 04 wurde die 40-Stunden-Woche für die beiden Betriebe ohne Lohnausgleich vereinbart. Urlaubsgeld und 13. Monats-einkommen entfallen. Dafür kommt eine Gewinnbeteiligung, "die sich nach dem Grad der Zielerreichung richtet." Das Ziel, d. h. Produktions- und Ergebnisziele werden vom Konzern gesetzt. Die Spätschichtzulage sinkt von 15 auf 8 % vom Ecklohn. Vom Prämienlohn (z. Z. 128 % vom Tarifgrundlohn wird in den Zeitlohn (116 %) gewechselt (alle Daten aus IGM-Flugblatt Juni 2004/II).

Als Tiger gesprungen - als Bettvorleger gelandet. Die Niederlage ist offensichtlich. Die IGM jubiliert: "Der Flächentarifvertrag bleibt" (Flugblatt Juni 2004/II)

Nicht die Niederlage, so schlecht sie auch für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen ist, beunruhigt - die Unfähigkeit der IGM die Situation der selbstverschuldeten Schwäche zu erkennen und offen darzulegen, verhindert, Auswege und bessere Politik auch nur ansatzweise zu diskutieren und den Weg dahin zu

öffnen. Statt dessen werden "Erfolge" verkündet: "Die Verlagerung der Handy-Produktion nach Ungarn ist vom Tisch....Es soll keine betriebsbedingten Kündigungen geben." (ebd.) Daß der Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen für 2 Jahre gilt - also für die Zeit in der eine Produktion in Debrecen noch nicht in vollem Umfang möglich ist, fällt unter den Tisch. Eine "Rahmenvereinbarung" sieht zwar viele schöne Sachen vor wie etwa Ausschöpfung aller betrieblichen Möglichkeiten vor Abschluß von Ergänzungstarifverträgen, weltweit die Arbeitsnormen der International Labour Organization einzuhalten; doch dies ist nicht auf dem Rechtsweg einklagbar - also das Papier nicht wert, auf dem es steht.

Der ehemalige stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Leonhard Mayer stellt treffend fest: "... die Belegschaft in Bocholt und Kamp-Lintfort wird in zwei Jahren wieder vor dem gleichen Problem stehen. Nur wird es dann um die Einführung der 42- oder 45-Stunden-Woche gehen. Und die Beschäftigten in Ungarn werden auf rumänische Arbeitsbedingungen gedrückt, denn ungarische hat man ja schon in Deutschland." (Münchner Lokalberichte)

DaimlerChrysler

Anhebung der Arbeitszeit auf 40 Stunden/Woche ohne Lohnausgleich war das "Angebot" des Kapitals. Auch hier ging es um den Tausch Lohnkürzung gegen Arbeitsplätze. Die neue C-Klasse sollte nur dann im Werk Sindelfingen produziert werden, wenn einem entsprechenden Ergänzungstarifvertrag zugestimmt würde. "Der Mercedes-Chef hat die Kalkulation für die neue C-Klasse, die 2007 anlaufen soll, schon fertig. 500 Euro pro Auto fehlen zum vorgegebenen Ziel, so viel muß die Belegschaft dreingeben." (Die Zeit v. 22. 7. 2004, S. 15). Das entspricht einem Volumen von 500 Millionen Euro pro Jahr. Begründung für den Anspruch gegenüber der IG Metall ist auch hier die

Bild 3

Fall der Profitraten und Investitionen im prod. Gewerbe (Roth, 233 f.)

	Bruttoprofitrate	Investitionen in Mrd. DM(brutto)
1965	16,8	51,6
1970	15,0	67,8
1980	12,2	135,3
1985	11,2	128,9
1990	14,5	207,6
1992	7,1	231,2
1994	7,6	186,6
1996	7,4	157,2
1998	10,4	217,7
2000	9,5	200,0

Wettbewerbsfähigkeit (wie in der Präambel zum Pforzheimer Tarifvertrag festgelegt, siehe oben).

Nicht nur IGM und Gesamtbetriebsrat - hier wehrte sich massiv auch die Belegschaft. Nach mehreren Streiks und Kundgebungen in Sindelfingen streikten am 15.7.04 deutschlandweit rd. 60.000 Kolleginnen und Kollegen. Auch die Kollegen in Bremen, wohin die Produktion verlagert werden sollt, bewiesen Solidarität und streikten mit. Die Streikfront stand.

Der Ergänzungstarifvertrag vom 23.7.04 brachte dem Kapital, was es wollte: Einsparungen von 500 Millionen Euro/Jahr. Dieser Betrag wird zwar nicht über unbezahlte Mehrarbeit "eingespart". Er setzt sich zusammen u. a. aus dem Verzicht auf künftige Lohnerhöhungen, geringere Einstiegsgehälter für neu Eingestellte, schlechtere Tarife für "nichtproduktive" Bereiche wie Kantinenpersonal, Fahrbereitschaft oder Werkschutz (wo bleibt die Solidarität im Betrieb?).

Auch die 35-Stunden-Woche bleibt nicht unangetastet. Forschungs- und Entwicklungsabteilungen müssen 40 Stunden (allerdings gegen Bezahlung) arbeiten.

Dafür gibt es eine Beschäftigungsgarantie (keine betriebsbedingten Kündigungen) bis 2012 für das Werk Sindelfingen. Was diese wert sein wird, falls das neue C-Klasse Modell am Markt nicht so ankommt wie erwartet, wird sich zeigen.

Eine Besonderheit bei diesem Abschluß ist, daß auch der Vorstand und einige tausend Führungskräfte auf 10 % ihrer Bezüge verzichten sollen. Das soll Gerechtigkeit vorspiegeln, ist aber Augenschwermerei. Insgesamt fällt der Verzicht betriebswirtschaftlich kaum ins Gewicht. Außerdem haben sich die Vorstandsbezüge bei DaimlerChrysler im Jahr 2003 um 131 % erhöht. Welch grenzenlose Großmut ist es da, wenn Herr Schrepp und seine Kollegen jetzt 10 % abgeben. Wir sind tief gerührt.

Die Gesamtbetriebsräte bei DaimlerChrysler, erprobte Co-Manager, die schon gegen den Streik in Ostdeutschland 2003 Stellung nahmen, als sie Fernwirkung

auf "ihren" Betrieb befürchteten, gestaltete die Einsparungen für den Konzern und zu Lasten der Belegschaft zwar etwas anders als der Vorstand erst wollte, aber er

Bild 4

SEGMENTINFORMATIONEN GESCHÄFTSJAHR 2004							
Operatives Geschäft		Auftragseingang		Umsatz		Bereichsergebnis *	
		(in Mio. EUR)		(in Mio. EUR)		(in Mio. EUR)	
		2004	2003	2004	2003	2004	2003
ICN	Information and Communication Networks	1.608	1.756	1.678	1.687	51	-125
ICM	Information and Communication Mobile	2.851	2.313	2.446	2.160	64	17
SBS	Siemens Business Services	1.218	1.297	1.140	1.283	-2	17
A&D	Automation and Drives	2.290	2.078	2.208	2.074	308	203
I&S	Industrial Solutions and Services	952	911	1.001	959	19	5
L&A	Logistics and Assembly Systems	513	571	568	640	14	-64
SBT	Siemens Building Technologies	1.070	1.137	997	1.156	14	18
PG	Power Generation	2.029	1.596	1.933	1.530	236	279
PTD	Power Transmission and Distribution	848	868	822	869	62	52
TS	Transportation Systems	942	732	1.019	1.100	-48	74
SV	Siemens VDO Automotive	2.517	2.090	2.502	2.090	174	111
Med	Medical Solutions	1.999	1.702	1.670	1.721	219	332
Osram Osram GmbH		1.029	968	1.029	968	111	98
3. QUARTAL							
Finanz- und Immobiliengeschäft		130	135	130	135	67	71
SFS	Siemens Financial Services	130	135	130	135	67	71
SRE	Siemens Real Estate	390	391	390	391	10	77

stimmte zu. Die IG Metall tat desgleichen. Berthold Huber sagte zwar: "Der Kompromiß, den wir mit Siemens für die Werke Bocholt und Kamp-Lintfort ausgehandelt haben, war ein Einzelfall." (Süddeutsche Zeitung v. 12. 7. 04) Die Einzelfälle vermehren sich aber wie die Karnickel.

Und die Belegschaften beim Daimler? Der Kompromiß wurde ohne erkennbaren Widerstand akzeptiert.

„Bravo, Daimler. Und jetzt Volkswagen!“

So heißt ein Titel der liberalen Wochenzeitung Die Zeit (vom 29. 7. 04). Der Haustarifvertrag bei VW wird nicht der einzige Fall sein, in dem das Kapital massive Zugeständnisse fordern wird. Auch bei Opel zeichnet sich eine ähnliche Strategie ab. Wenn die Autokonzerne damit durchkommen, werden die Autozulieferer (Bosch u. a.) folgen müssen und so weiter und so fort.

Wenn die Gewerkschaften bei der bisherigen Strategie der "Einzelfälle" bleiben, wird von den Tarifverträgen wenig übrigbleiben.

Natürlich ist auch dann noch ein Tarif besser als gar keiner. Wenigstens muß mit der Gewerkschaft verhandelt werden. Die Betriebsräte (soweit vorhanden)

stehen nicht allein der Angstmacherei der Unternehmer gegenüber.

Doch wir stehen am Beginn einer radikalen Umwälzung - einer Revolution von oben bei Löhnen, Arbeitszeiten und -bedingungen, wenn die Gewerkschaften nicht eine grundsätzliche Umorientierung ihrer Politik hin zu entschiedenem Widerstand - überall wo dies möglich ist - vornehmen. Daß dies schwer wird, ist eine Binsenweisheit.

Langfristig bleibt richtig, was in dieser Zeitung schon oft und seit Jahren festgestellt wurde: Internationale Unterschiede bei Bezahlung und Arbeitszeit müssen international zugunsten der Lohnarbeiter ausgeglichen werden. Sonst droht eine Angleichung nach unten, eine Spirale ohne Ende zuungunsten der Beschäftigten.

Wir wissen, das ist ein langer Weg, doch es gibt keine Alternative. Die Gewerkschaften müssen diesen Weg gehen, wenn sie ihre Daseinsberechtigung behalten wollen - lieber heute als morgen. Stand: 18. 8. 04

ZUR DISKUSSION ÜBER EINE NEUE LINKSPARTEI

Mit den beiden nachfolgenden Artikeln - einem Nachdruck aus der „Arpo“ vom Juni und aus dem Hintergrund setzen wir die Diskussion über eine neue Linkspartei fort. Wir widmen diesem Thema einen eingetragenen Block auf der Jahreskonferenz.

Mit alten Inhalten zu neuen Ufern?

Die beiden Initiativen, die in den letzten Monaten mit ihren Überlegungen für eine wahlpolitische Alternative zu den Bundestagswahlen an die Öffentlichkeit getreten sind, haben eine Kooperation und ein gemeinsames Vorgehen beschlossen. Noch im Sommer dieses Jahres soll die Entscheidung fallen, ob mit dem nun gemeinsamen Projekt wirklich ernst gemacht wird. Und alles deutet darauf hin.

Die Angriffe auf die sozialen Absicherungen wie auch auf die Gewerkschaften halten unvermindert an und die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung lässt keinen Zweifel daran, dass sie nicht bereit ist, den Gewerkschaften irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Wenn, wie beabsichtigt, im kommenden Jahr Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengelegt werden, sind Hunderttausende von drastischen Einschnitten betroffen, die Stimmung gegen die SPD wird noch weiter zunehmen.

Die Initiative »Arbeit und soziale Gerechtigkeit« (ASG) wurde initiiert und wird getragen von mehreren bayerischen IG-Metall-Funktionären mit jahrzehntelanger SPD-Mitgliedschaft. Gegen sechs von ihnen läuft inzwischen ein Parteiordnungsverfahren. Auch das ein Beleg für die kompromisslose Haltung der SPD-Führung und eine Absage an die »Partei-rebellen«, die bei ihrer Vorstellung am Anfang des Jahres die Gründung einer neuen Partei nur als eine Möglichkeit bezeichnet hatten. Sie setzten zunächst auf einen Kurswechsel oder zumindest eine Kurskorrektur ihrer Partei. Die Initiative sollte

auch in diese Richtung wirken.

In der »Wahlpolitischen Alternative 2006« (WA 06), die in Berlin startete, fanden sich dagegen zahlreiche enttäuschte PDS-Aktivist*innen zusammen. Sie verfügen über Verbindungen und Anhang sowohl in Funktionärskreisen bei ver.di als auch in Teilen der globalisierungskritischen Bewegung. Schon in den letzten Jahren hat es immer wieder eine engere Zusammenarbeit zwischen attac und ver.di gegeben, in der sich die beteiligten Aktivist*innen politisch gegenseitig stützten.

Wenn auch aus unterschiedlichen sozialen, gewerkschaftlichen und politischen Milieus stammend, einigt die beiden Initiativen ein gemeinsames Ziel. Sie wollen vor allem die enttäuschten Anhänger und Wähler der SPD bei der nächsten Bundestagswahl für eine parlamentarische Alternative zu der herrschenden neoliberalen Politik gewinnen. Nur wenn dies gelingt, hat die neue Formation überhaupt eine Chance in die Nähe der Fünf-Prozent-Hürde zu kommen oder sie zu überspringen. »Wahlbeteiligung, Wahlergebnisse und Mitgliederbewegung der Parteien zeigen, dass viele BürgerInnen sich von der Politik der Agenda 2010 betrogen fühlen, zugleich keine politische Alternative sehen und sich daher zur Haltung der politischen Abstinenz entscheiden. Dies ist auch – aber nicht nur – ein wachsendes Problem für die engagierten Mitglieder in den Gewerkschaften. [...] Im Verlauf des letzten Jahres ist eine neue Lage entstanden, noch nie gab es einen solchen Zerfall des bisherigen sozialdemokratischen WählerInnenlagers, und zwar aufgrund der Sozial-

kürzungen und damit insbesondere im sozial schwächeren und gewerkschaftsnahen Milieu.« (Für eine wahlpolitische Alternative 2006, 13.3.2004)

Die PDS kommt als schon existierende Partei mit sozialdemokratischen Inhalt seit ihrer Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin als wahlpolitische Alternative nicht mehr in Frage. Vor allem in Berlin fungiert sie mit ihrer bedingungslosen Unterstützung eines gegen die Gewerkschaften und die Masse der Bevölkerung gerichteten »Sparprogramms« als Anhängsel einer neoliberal gewendeten SPD. Die Senatspolitik zur Aushebelung des Flächentarifvertrages im öffentlichen Dienst haben sie um die letzten Sympathien in den Gewerkschaften gebracht.

Der Zersetzungsprozess der SPD

Die verschiedenen Initiativen zur Gründung einer wahl- bzw. parteipolitischen Alternative sind Resultat und Ausdruck des Zersetzungsprozesses der SPD. Dieser hat nicht erst mit der Regierungsübernahme durch SPD und Grüne begonnen, sich seither aber verstärkt und insbesondere in den letzten Monaten bzw. zwei Jahren beschleunigt. Er ist gekennzeichnet durch Passivität und Resignation. Besonders lohnabhängige Mitglieder der SPD mit den Erfahrungen aus den 60er, 70er und 80er Jahren haben sich aus dem Parteileben zurückgezogen oder sind enttäuscht und individuell ausgetreten. Der Versuch, nach Verkündung der Agenda 2010 dem innerparteilichen Unbehagen politisch durch eine Unterschriftensammlung für eine Mitglieder-Befragung Ausdruck zu verleihen, scheiterte kläglich. Die »Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen« (AfA) und die Parteilinke spielen nur noch die Rolle einer innerparteilichen Minderheit, die zudem bei den entscheidenden Abstimmungen in den Parlamenten sich dem Parteivorstand gebeugt haben, um die Regierungsmehrheit nicht zu gefährden. Die AfA tritt schon seit längerem nicht mehr als politische Fraktion in den

Gewerkschaften auf, sondern zieht im Hintergrund die Fäden.

Dass der Kurs der SPD als Regierungspartei nicht zu stärkeren innerparteilichen Auseinandersetzungen geführt und die AfA bzw. Linke gestärkt hat, sondern nur den Zersetzungsprozess beschleunigte, liegt am allgemeinen Stand der Klassenauseinandersetzungen und des vorherrschenden Bewusstseins bei den abhängig Beschäftigten. Sie haben – sieht man von vereinzelt und isolierten Ausnahmen ab – die Regierungspolitik bisher widerstandslos über sich ergehen lassen. In ihrer Mehrheit passiv, wünschen sie sich die guten, alten sozialpartnerschaftlichen Zustände zurück. In Scharen laufen sie der SPD davon – in das Lager der Nichtwähler und/oder der Union. Das Argument des kleineren Übels, mit der die Gewerkschaftsvorstände in den letzten Jahren für die Sozialdemokratie Wahlwerbung betrieben, zieht nicht mehr. Eine Abwahl der rot-grünen Bundesregierung scheint zur Zeit unabwendbar.

Dabei handelt es sich nicht allein um eine Krise der SPD. Der Opposition von Union und FDP gelingt es aktuell nur, ihr Anhänger besser zu mobilisieren, zum einen, weil sie keine Regierungsverantwortung tragen, zum anderen, weil ihr Klientel von den getroffenen Maßnahmen nicht so stark getroffen wird oder, wie bei der FDP und den Grünen, glaubt davon profitieren zu können. Selbst bei den bayerischen Landtagswahlen, bei dem die CSU erstmals eine Zweidrittel-Mehrheit errang, gingen deren Wählerstimmen um 120.00 zurück. Nur die sinkende Wahlbeteiligung sorgte für die parlamentarische Verschiebung. Was wir zur Zeit erleben, ist nur die Zwischenetappe eines sich seit über zehn Jahren vollziehenden Prozesses, der u.a. 1998 »wegen der sozialen Grausamkeiten« zur Abwahl der Regierung Kohl geführt hatte. Was oberflächlich als »Krise der Parteienpolitik« oder »Politikverdrossenheit« bezeichnet wird, sind die politischen Konsequenzen eines kriselnden und seit 1989/90 zunehmend schrankenlosen/enthemmten Kapitalismus für das Parteiensystem. Sie

tritt als Vertrauens- und Glaubwürdigkeitskrise der Parteien in Erscheinung, aber auch in Form allgemeiner Ratlosigkeit, Resignation und Anpassung unter den Lohnabhängigen und ihren Interessenvertretungen (Betriebsräte und Gewerkschaften).

Die Wahlalternative 2006 – Ersatz für eine neoliberal gewendete Sozialdemokratie

Die Initiatoren betonen ausdrücklich, dass sie die Wahlalternative 2006 nicht als systemkritisches, die kapitalistische Ordnung in Frage stellendes Projekt begreifen. »Es geht heute nicht um ›Reform oder Revolution‹, sondern um sozialen Reformismus oder weiteren Vormarsch der neoliberalen Reaktion.« Von ihrem Selbstverständnis als auch in ihren inhaltlichen und programmatischen Aussagen geht die WA 2006 nicht über Positionen hinaus, wie sie die SPD bzw. deren Linke noch in den 70er Jahren vertreten haben. »Die Grundlinien einer Alternative müssen aufgezeigt werden, die die soziale Lage und Perspektive der Mehrheit der Bevölkerung spürbar verbessern würde. Vor allem brauchen wir mehr und sinnvolle Beschäftigung zu sozialen Bedingungen und die Entwicklung sozial und ökologisch nützlicher Wachstumsfelder. Zu präsentieren wäre dazu im Kern ein sozial und ökologisch und emanzipativ ausgerichtetes Zukunftsprogramm einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie es in entsprechenden Kreisen (in Gewerkschaften, Memorandum-Gruppe, sozialistischen und anderen linken Gruppierungen usw. und darüber hinaus in breiteren politischen Bündniszusammenhängen) seit Jahren diskutiert und weiter entwickelt wird.« Dahinter verbirgt sich die Vorstellung, man könne den bundesrepublikanischen Sozialstaat erhalten bzw. »wieder herstellen«, indem man die Hegemonie der neoliberalen Ideologie bricht. »Um den Neoliberalismus im parteipolitischen Raum zurückzudrängen, müssen wir ihn auf dem eigenen Terrain angreifen. Um politisch voran zu kommen, ist eine ernst zu nehmende wahlpolitische

Alternative nötig, die den außerparlamentarisch in der Gesellschaft entwickelten Druck ins politische System transformiert. Dies erscheint schon allein deshalb sinnvoll, um der weiteren Rechtsentwicklung der SPD eine Schranke zu setzen.«

Kern sozialdemokratischer Überzeugung und Politik ist der Versuch, unter kapitalistischen Verhältnissen durch einen Ausgleich der Klasseninteressen die Gesellschaft sozial gerecht zu gestalten. Seine Voraussetzung ist ein prosperierender Kapitalismus, in dem die Bourgeoisie in der Lage und bereit ist, die Lohnabhängigen durch Zugeständnisse materiell zufrieden zu stellen. Einer solchen Politik ist längst der Boden entzogen, eine Rückkehr zur sozialdemokratischen Politik der 60er und 70er Jahre unmöglich. Seine materiellen Voraussetzungen hatte diese Politik in der langanhaltenden Nachkriegskonjunktur (als soziale Marktwirtschaft bezeichnet) und in der Existenz des sozialistischen Lagers. Zwar signalisierten die Konjunkturunbrüche 1973 und 1981 schon das Ende der Nachkriegskonjunktur. Sie führten auch 1982 anlässlich von Sparmaßnahmen zum Bruch zwischen dem sozialdemokratischen Bundeskanzler, seiner Partei und den Gewerkschaften und damit zum Rücktritt von Schmidt. Der Kern der Sozialpartnerschaft aber blieb unangetastet, selbst unter der folgenden Kohl-Regierung. Erst der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers und die Übernahme der DDR – sie saß als unsichtbarer Verhandlungspartner mit am Tisch der Tarif»partner« – schufen auch die politischen Voraussetzungen zur Aufkündigung der Sozialpartnerschaft durch die herrschende Klasse. Der Siegeszug der neoliberalen Ideologie – die alles, selbst die Politik, so offensichtlich dem Markt und den Kapitalinteressen unterordnet – auch in der SPD und in den Gewerkschaften ist eine Folge dieser materiellen Veränderungen. Sie dient zugleich dazu, diesen Prozess weiter voran zu treiben. Unter den heutigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und Zuständen setzt selbst die Verteidigung der noch

existierenden sozialen Absicherungen den Bruch mit den bisherigen Inhalten und Methoden voraus. »Eine andere Welt ist möglich«, dieser Slogan muss ein frommer Wunsch bleiben, wenn wir nicht die Voraussetzung (die Beseitigung kapitalistischer Verhältnisse) benennen und darauf hinwirken, dass die Arbeiterklasse die Auseinandersetzung dafür aufnimmt. Die Eigentumsfrage (d.h. die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel) und damit die Frage nach einer Alternative zur bestehenden Gesellschaftsordnung aber bleibt bei der wahlpolitischen Alternative gänzlich ausgeklammert. Selbst Günter Gaus, sicher des Linksradikalismus und Sektierertums völlig unverdächtig, hat deren Bedeutung kurz vor seinem Austritt aus der SPD im Frühjahr 2003 formuliert. »Der jetzige Wandel mag unausweichlich sein, aber er sollte in seinen Konsequenzen als Konterrevolution erkannt und bedacht werden. [...] Die Eigentumsfrage – als verfassungsrechtliche Frage der sozialen Verpflichtung von Eigentum – wird trotz aller schlechten Erfahrung mit dem Verhalten der Menschen gegenüber gesellschaftlichem Eigentum im real existierenden Sozialismus noch einmal aufgeworfen werden müssen.«

Wahlpolitische Alternative 2006 und Gewerkschaften

Die Wahlpolitische Initiative setzt sich mit den Voraussetzungen und Bedingungen des gewerkschaftlichen und außerparlamentarischen Kampfes nicht auseinander. Darin sieht sie auch nicht ihre praktische Aufgabe. Zum entscheidenden Kriterium für Erfolg oder Misserfolg wird der Einzug in das Parlament gemacht, in dem sie als Sprachrohr der »sozialen Opposition« und der Gewerkschaften fungieren will. Das bleibt auf der Ebene der Versprechungen, wie wir sie aus der Gründerszeit der grünen/alternativen Listen und aus Phasen der PDS (»Veränderung beginnt mit Opposition«) kennen.

So fehlt denn auch jegliche kritische Auseinandersetzung mit der Politik der Gewerkschaften. Die

SPD konnte nur so erfolgreich im Interesse des Unternehmerlagers ihre Regierungspolitik betreiben, weil sich die Gewerkschaften einbinden ließen. Die Politik der Vorstände ermöglichte es der Bourgeoisie, die Gewerkschaften als Instrumente des sozialen Abbaus für sich zu nutzen. Ein Schmiermittel dafür ist die Regierungstätigkeit der SPD. Aber auch ohne diese Voraussetzung wird sich die Haltung der sozialpartnerschaftlich ausgerichteten Vorstände nicht im Grundsatz ändern. Die Politik des kleineren Übels, der Einbindung und Unterordnung werden sie auch unter anderen politischen Konstellationen fortsetzen (siehe auch ihre Rolle unter der Kohl-Regierung, wo sie die spontane Abwehr gegen die Streichung der Lohnfortzahlung nicht aufgriff, sondern allein auf die parlamentarische Ebene und die anstehenden Wahlen orientierte). Die SPD'ler in den Vorstandsetagen der Gewerkschaften haben nicht nur die Regierungsbeteiligung ihrer Partei im Auge. Mindestens genau so wichtig ist für sie die Verteidigung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung, der sich in ihrem Verständnis auch die Lohnabhängigen unterzuordnen haben.

Die Einbindung und Unterordnung der Gewerkschaften verläuft nicht ohne Konflikte und Widersprüche. Die zeitweise Wortradikalität von Gewerkschafts- oder DGB-Vorsitzenden, selbst der Aufruf zu Demonstrationen am 3. April (durch die Unzufriedenheit in den eigenen Reihen und die Demo vom 1. November 2003 erzwungen) sind noch lange keine Beweise für die Abkehr vom bisherigen Kurs. Sie erfüllen in erster Linie eine Ventilfunktion für den angestauten Unmut, sollten nicht der Druck und die selbständige Regung von unten für weitere Aktionen und Abwehrmaßnahmen sorgen.

Mit dem für alle kritischen Mitglieder so offensichtlichen Zustand der DGB-Gewerkschaften können oder wollen sich die Initiatoren der Wahlalternative 2006 anscheinend nicht auseinandersetzen, wenn sie schreiben: »... dass insbesondere die Gewerkschaften bei einem Abflauen der Proteste zu

einer Politik der Präferenz für das ›kleinere Übel‹ zurückkehren.« Tatsächlich stehen die drei Gewerkschaftsvorstände von IG BCE, Transnet und NGG fast uneingeschränkt hinter dem Kurs der Bundesregierung und stützen die rot-grüne Koalition. Aber auch in den anderen Gewerkschaften gibt es starke Kräfte im Apparat, die sich für einen solchen Kurs einsetzen, siehe Huber bei der IG Metall oder die ehem. ÖTV bzw. ver.di mit ihrer Unterstützung der Privatisierungen öffentlicher Dienste. Ihre Basis haben sie unter den Betriebs- und Personalräten großer Betriebe und Verwaltungen, die sich dort als Co-Manager betätigen. Die Abkehr von der Politik des kleineren Übels hat nicht stattgefunden. Sie hätte zur Voraussetzung die selbstkritische Aufarbeitung der bisherigen Gewerkschaftspolitik, insbesondere seit Bestehen der rot-grünen Bundesregierung.

Auch das traditionelle Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und ihrem »politischen Arm« (der parlamentarischen Vertretung) wird nicht in Frage gestellt. Nur, dass an die Stelle der SPD nach der Bundestagswahl die Wahlalternative 2006 treten soll. »Den vielen Betroffenen des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft [...] und ihrer sozialen Unzufriedenheit fehlt ebenso eine parlamentarisch-politische Repräsentanz wie der sich entwickelnden sozialen Bewegung und außerparlamentarischen Opposition oder den Gewerkschaften. [...] Traditionell diente dazu insbesondere das Zusammenspiel von Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Diese Verbindung ist in den letzten Jahren immer mehr zerbrochen, die SPD und die Grünen agieren als Mehrheits- und Akzeptanzbeschaffer für eine Kapitalinteressen unterworfenen Politik [...]« Wir bezweifeln, dass die Gewerkschaftsmitglieder in der Wahlalternative 2006 einen Ersatz für die SPD sehen werden. Aber selbst wenn, würde ein Erfolg der Wahlalternative den Gewerkschaften überhaupt praktisch weiterhelfen, zumal absehbar ist, dass deren Parlamentsfraktion auf die Entscheidungen des Bundestages keinen Einfluss haben

wird? Die Gewerkschaften sind Bedingungen unterworfen, die ihnen auf ihrem traditionellen Feld, den Tarifverhandlungen, immer engere Grenzen setzen. In Zeiten andauernder Massenarbeitslosigkeit, verstärkter Rationalisierung und verschärfter internationaler Konkurrenz auch auf dem Arbeitsmarkt (sie sind verbunden mit Produktionsverlagerungen oder deren Androhung) wird die Waffe des reinen Lohnkampfes stumpf. Den Angriffen von Seiten des Unternehmerlagers und der Regierung kann man nicht allein mit Demonstrationen am Wochenende und auf tariflicher Ebene erfolgreich begegnen. Die Abschlüsse der letzten Zeit, die den Abbau tariflich regeln, belegen das. Solange die Gewerkschaften als zahlenmäßig größte Organisation der Lohnabhängigen nicht selbst als politischer Aktivposten in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eingreifen, wird ihnen auch ein »politischer Arm« im Parlament nicht weiterhelfen. Den Angriffen des Unternehmerlagers und der Regierung auf dem Boden des Klassenkampfes politisch zu antworten, wird ohne Bruch mit den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen nicht möglich sein. Den können und wollen die derzeitigen Vorstände und gewerkschaftlichen Apparate nicht vollziehen; unter der Masse der abhängig Beschäftigten und somit auch der Mitgliedschaft fehlen zur Zeit (noch?) die Voraussetzungen dafür.

Breite Sammlung auf dünnem Fundament

»Diese gemeinsamen Positionen fortschrittlicher sozialer und politischer Kräfte müssen populär dargestellt werden, um Massen zu mobilisieren. Es geht nicht um eine neue explizit linkssozialistische Partei. [...] Es geht also um eine breite Sammlung bzw. ein Bündnis, das niemanden ausschließt (außer Rechten), aber auch keine Dominanz einer bestimmten Gruppierung oder Strömung zulässt. Das Spektrum sollte reichen von KommunistInnen über SozialistInnen bis zu traditionellen VertreterInnen des Sozialstaats und sozial orientierten ChristInnen. Es muss ein möglichst

breites Spektrum von Aktiven aus Gewerkschaften, Bewegungen und von Organisationen und Initiativen aus verschiedensten Bereichen einschließen. Dies gilt ausdrücklich auch für Mitglieder der SPD, der Grünen, der PDS oder anderer nicht rechter oder minderheitenfeindlicher Parteien.« (aus: Wahlpolitische Alternative 2006)

Ob so unterschiedliche und gegensätzliche Kräfte zu einer gemeinsamen wahlpolitischen Alternative zusammenfinden können, bleibt zur Zeit offen. Ebenso die Frage, ob sie über den unmittelbaren Kreis der Initiatoren und des politischen Anhangs Anklang in der arbeitenden Bevölkerung findet. (Es ist müßig, über das mögliche Wählerpotential zu spekulieren.) Die wendet sich zwar zunehmend von der SPD ab bzw. geht überhaupt nicht mehr zur Wahl. Aber dahinter steckt auch ein Misstrauen gegenüber den Parteien und Politikern im Allgemeinen. Rechte Populisten haben es angesichts fehlender Aktivitäten und des vorherrschenden Bewusstseins leichter, die Enttäuschung in Wählerstimmen umzumünzen. Aber selbst wenn es der Wahlalternative 2006 gelingen sollte, genügend Proteststimmen enttäuschter sozialdemokratischer Wähler zu erhalten, wie will sie den damit verbundenen Erwartungen gerecht werden? Mit einem Einzug der WA 2006 wäre die Frage des »kleineren Übels« nur von der Wahlentscheidung auf die parlamentarische Bühne gehoben. Denn: Müsste nicht das neue politische Projekt eine rot-grüne Bundesregierung gegen die noch hemmungsloseren Neoliberalen von Union und FDP unterstützen? Wo liegt dabei die Schmerzgrenze und wie einigt mensch sich darüber in einem so bunten Haufen? Und ist/wird nicht die (Wieder-)Wahl ins Parlament das entscheidende Ziel, dem sich die anderen Aktivitäten unterzuordnen haben?

Es war schon in der Vergangenheit schwierig (und selten), ein derartig breites Spektrum zu einer gemeinsamen Kundgebung für ganz eng begrenzte, aktuelle Forderungen zusammenzubringen. Als

Wahlpolitische Alternative setzt es voraus, dass alle Beteiligten sich auf den gefundenen Minimalkonsens beschränken. Das mag genügen, um einen populären Wahlkampf in die Wege zu leiten, nicht aber um als neue Kraft in die gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen einzugreifen. Der weitere Angriff auf die sozialen Absicherungen, auf die Mitbestimmungsregelungen (u.a. beim Betriebsverfassungsgesetz), auf die noch bestehenden demokratischen Rechte (siehe Sicherheitsgesetze etc.) und auf die Gewerkschaften selbst wird politische Fragen aufwerfen, die sich auf Grundlage des vereinbarten Minimalkonsens nicht beantworten lassen. Auch in den Gewerkschaften werden (hoffentlich!) die Diskussionen und Auseinandersetzungen über den zukünftigen Kurs, über die Mittel und Methoden gewerkschaftlicher Interessenvertretung zunehmen. In alten sozialdemokratischen Inhalten (auch wenn sie uns im Gewand der Wahlalternative mit neuen Schlagworten präsentiert werden) werden wir keine zufriedenstellenden Antworten finden.

Unsere Haltung zur Wahlalternative 2006

Es ist schon ein kurioser Widerspruch: Nachdem die SPD durch die Entsorgung ihrer sozialen und reformerischen Inhalte das Scheitern des Reformismus offenbart und die ökonomische und soziale Entwicklung die Frage nach einer Alternative zur kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufwirft, soll die Neuauflage einer sozialdemokratischen Partei (egal unter welchem Namen sie 2006 antritt) den weiteren Vormarsch des Neoliberalismus stoppen. Dieser Widerspruch lässt sich nur aus dem schon beschriebenen Zustand der Arbeiterklasse erklären. Jahrzehnte der Sozialpartnerschaft und der Stellvertreterpolitik prägen das Denken unter der überwältigen Mehrheit der Lohnabhängigen. Selbst das in den 70er und 80er Jahren in den industriellen Kernzentren noch verbreitete gewerkschaftliche Grund- und Selbstverständnis sowie das ent-

sprechende Milieu fehlt heute überwiegend. Es gab wohl noch nie eine Etappe, in der das Bewusstsein derart hinter den geschaffenen Tatsachen und dem Agieren der herrschenden Klasse hinterherhinkte. Für eine sozialistische oder kommunistische Alternative gibt es zur Zeit keine Massenbasis. Erst die praktischen Erfahrungen in Klassenauseinandersetzungen schaffen Bedingungen, unter denen eine entsprechende Aufklärung, Agitation und Propaganda breitere Resonanz finden kann.

In dem gesellschaftlichen Klima der Ratlosigkeit, der Passivität und des Zurückweichens sind auch die Gründe zu suchen, warum Gruppen und Organisationen, die sich selbst als sozialistisch/kommunistisch verstehen (u.a. Linksruck, SAV), auf den wahlpolitischen Zug aufspringen. »Die Entstehung einer neuen Linkspartei ist ein politisches Erdbeben, das enorme Chancen bietet, das gesellschaftliche Kräfteverhältnis nach links zu verschieben«, schreibt Linksruck in einem Thesenpapier. Dieses Wunschdenken ist zugleich Ausdruck der eigenen Einflusslosigkeit, die sich allein durch allgemeine Losungen und Propaganda nicht überwinden lässt. Die Ungeduld, der Aktionismus (der linke »Radikalismus«) ist nur die Kehrseite des Reformismus, die sich jetzt in der wahlpolitischen Alternative zusammenfinden. Während die einen sich auf Realpolitik innerhalb der bürgerlichen Ordnung beschränken, sehen die anderen in jeder kleinen politischen Regung den revolutionären Aufbruch.

Es ist eine Illusion zu glauben, man könne als Sozialist/Kommunist unter den geschilderten Bedingungen Einfluss auf Richtung und Politik einer solchen Initiative gewinnen. Sollte die Wahlalternative die Schwierigkeiten des Aufbaus meistern und 2006 in den Bundestag einziehen – eine vorantreibende Rolle in den Klassenauseinandersetzungen und für die Überwindung kapitalistischer Verhältnisse kann eine solche Initiative nicht gewinnen. Sie wird auf Dauer die Erwartungen, die in eine solche

Richtung zielen, ebenso enttäuschen müssen wie ihre potentiellen »Arbeiterwähler«. Wir brauchen nur über den Tellerrand der Bundesrepublik hinaus zu schauen: Selbst in Frankreich oder Italien, wo es unter der arbeitenden Bevölkerung und ihren Gewerkschaften sowie unter den Erwerbslosen einen viel breiteren Widerstand und einen entsprechenden parlamentarischen Arm gibt, gelingt es nicht, den neoliberalen Umbau aufzuhalten.

Die Gruppe Arbeiterpolitik kann sich schon allein aus diesen Gründen organisatorisch an der Wahlinitiative 2006 nicht beteiligen. Der Aufbau einer eigenständigen kommunistischen Alternative ist auch weiterhin notwendig. Wenn wir eine organisatorische Beteiligung an der Wahlalternative ablehnen, heißt dies für uns nicht, bei diesen Auseinandersetzungen abseits zu stehen. Wo diese Initiative vom Klassengegner oder von der SPD und deren Vertretern in den Gewerkschaften angegriffen wird, werden wir uns hinter sie stellen.

Wir sollten uns auch in die Diskussionen, die eine solche Initiative in den Gewerkschaften, den sozialen Bewegungen und unserem Umfeld auslösen wird, einschalten. Und selbstverständlich werden wir, wo sich politische und gewerkschaftliche Tagesinteressen decken, uns an gemeinsamen Aktionen beteiligen.



ARBEITERSTIMME

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis
4x im Jahr, Heft € 3,- / Abo € 13,-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 144 Sommer 2004, 40 S.

- Sozialabbau, Widerstand und eine Alternative?
- Zu Perspektiven sozialistischer Revolutionen
- Sozialistische Revolution / subjektiver Faktor
- Bildung (noch) für alle?
- Die Thalheimers (Rezension)
- 1923 Die abgesagte Revolution (Rezension)

Nr. 143 Frühjahr 2004, 40 S.

- Panik bei der SPD Nomenklatura zeigt Wirkung
- Tarifabschluß Metall
- Eine Zwischenbilanz des Sozialabbaus
- Streiks im Wintersemester
- PDS im politischen Wechselbad
- Einkommensverteilung in der BRD

Nr. 142 Winter 2003, 44 S.

- Gerster: Der neoliberale Sonnenkönig
- Zur Gründung einer neuen Linkspartei
- Gewerkschaften am Scheideweg
- Die Klassenoffensive des Sozialabbaus
- Oktober 1923: Eine Legende wird 80

Nr. 141 Herbst 2003, 44 S.

- Die Niederlage (zum Streik im Osten)
- PDS - Triumph der „Reformlinken“
- GATS - Weltrecht des Kapitals
- Der Putsch in Chile vor 30 Jahren
- China - gestern und heute

Nr. 140 Sommer 2003, 40 S.

- Die alte Sozialdemokratie ist tot
- Steht die PDS vor dem Aus?
- Nach dem Irakkrieg
- Der bittere Weg der POUM
- Um den 17. Juni 1953

Nr. 139. 32. Jg. Frühjahr 2003, 40 S.

- Faustrecht (zum Krieg gegen den Irak)
- Verwirrung der Linken im Fall Nordkorea
- Rechte Anpassungspolitik der PDS
- Gesundheitsreform
- Tarifabschluß im öffentlichen Dienst

Nr. 138. 31. Jg., Winter 2002, 40 S.

- Aufmarsch der USA gegen den Irak
- PDS: Wahlkampfdebakel und Parteitag
- Innenpolitik nach der Bundestagswahl
- Wohin steuern die Gewerkschaften?
- Arbeitslosigkeit – was tun?
- Georg Eisner (Rezension)

Nr. 137: 31. Jg., Herbst 2002, 40 S.

- Keine Stimme den Kriegsparteien
- Linke Anpassung an bestehende Verhältnisse
- Wege und Holzwege (Klassenkampfespekte)
- Zur Mehdorns Bahnreform
- Nachdruck zum Nahostkonflikt

Nr. 136: 31. Jg., Sommer 2002, 40 S.

- Der Streik in der Metallindustrie
- Zur Entwicklung in der PDS
- Die Linke in Deutschland
- Vom Handelskapital zur Globalisierung (Rez.)
- Interview mit dem Autor (s.o.)
- Gegendern Strom (Rezension der Neuauflage)
- Abendrothbiographie (Rezension)

Register: 1981 – 1989, 1971 – 1975, 1976 – 1981;
zum Preis von je einem €

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307, 90261 Nürnberg
Probehefte versenden wir gratis!

Zwischen Skylla und Charybdis

Eine erste Bilanz linker Wahlalternativen

Über Internet traten am 12. bzw. 15. März die "Initiative für Arbeit & soziale Gerechtigkeit" (ASG) und die Autoren des Appells "Für eine wahlpolitische Alternative 2006" an die Öffentlichkeit. Die Datenangabe bezieht sich auf die nächste Bundestagswahl. Binnen kurzem fanden beide Initiativen Tausende Anhänger und Unterstützer. Mit einem Ausschlussverfahren gegen die ASG-Gründer - süddeutsche Gewerkschaftssekretäre wie Thomas Händel und Gerd Lobodda und den Hamburger Professor Herbert Schui - trug der SPD-Vorstand wider Willen zu ihrer Popularität bei. Wesentlich rührt diese jedoch von der gesellschaftlichen Gesamtsituation her, die sich nach dem kampflosen Sieg des Imperialismus über den "Realsozialismus" sowie dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik in Deutschland und anderen kapitalistischen Staaten herausbildete.

Der plötzliche Fortfall des Gegengewichts zum USA-geführten Weltlager bei gleichzeitig anhaltendem Fehlen einer starken demokratischen und Arbeiterbewegung in West und Ost hatte zur Folge, dass der Kapitalismus seine bisherigen Hemmschwellen blitzschnell überwand. Er streifte die juristischen, politischen und moralischen Fesseln ab, lebte sich ohne Rücksicht auf Verluste voll aus und ging zu neuen Feld- und Beutezügen über. So bewährte sich die neue Großmacht BRD beim Plündern und Zerstören von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur der DDR, bewährten andere und ebenfalls sie sich beim Expandieren und partiellen Kriegführen in Südosteuropa und der Dritten Welt. Im eigenen Haus wurden die sozialstaatlichen Errungenschaften vieler Jahrzehnte hinweggefegt. Das Gemeinwesen gedieh zur Megamashine, die zu Lasten der Bevölkerungsmehrheit soziale Staatsaufgaben streicht oder privatisiert, "die da unten" zugunsten "derer da oben"

gnadenlos ausgebeutet und abzockt und die Repression verschärft. Verantwortungslosigkeit und Willkür der Herrschenden äußern sich zugleich darin, dass massenhaft Arbeitsplätze zerstört und immer wieder Milliarden an Mitteln durch Ignoranz und Fehlentscheidungen vergeudet werden. Die systemkonformen Parteien mauserten sich, soweit sie es nicht schon vorher waren, zu bloßen Exekutoren neoliberaler Politik. Allerdings sind sie um der Wählerstimmen willen bemüht, dies durch Schaumschlagen und Heuchelei zu beschönigen oder in zwingende Notwendigkeiten umzulügen. Versprechungen weniger Bemittelten gegenüber werden gebrochen und die eigene Programmatik mit Füßen getreten, Kritiker werden korrumpiert oder mundtot gemacht. Auf lukrativen Posten thronen den Großkopfeten ergebene Funktionäre und Apparatschiks, die innerparteiliche Demokratie unterdrücken und jeden wegbeißen, der nicht in ihre Gesellschaft passt. Im BRD-System setzte dieser Prozess am spätesten in der PDS ein; danach lief er hier am schnellsten ab.

Folge all dessen ist, dass es in den etablierten Parteien zwar noch ehrenwerte Mitglieder und Einzelpersonlichkeiten gibt, die aber nichts zu sagen haben und immer weniger werden. Eine wirksame innerparteiliche wie parlamentarische Opposition existiert nicht mehr, nur Führungs- und Apparatsangehörige sowie Claqueure, die mit der Lösung von Aufgaben des neoliberalen Abzocker- und Abenteuer-Kapitalismus resp. deren Begleitmusik befasst sind. Winfried Wolfs Urteil in seiner PDS-Austrittserklärung vom 21. 5. 2004, die innerparteilichen Linken befänden sich "in der klassischen Feigenblatt-Funktion bzw. in der tragischen Rolle von Steigbügelhaltern", trifft nicht nur auf diese Partei zu. Zwischen den Parteien einesteils, ihren Mitgliedern und Wählern andern-

teils tut sich eine immer tiefer werdende Kluft auf. Die rapide Zunahme der Nichtwählerschaft ist das wichtigste Anzeichen dafür.

Eben hier liegen auch Ansatzpunkt und Gründe für die Entstehung beider oben genannten Initiativen: Bei Fortdauer und Weiterentwicklung des gegenwärtigen Zustands könnte ein sozialdarwinistisches Regime, das ebenso naturwie kultur- und menschenfeindlich ist, unausweichlich sein. Mit weiter fortschreitender gesellschaftlicher Atomisierung der Massen wächst zugleich die Chance für sich oppositionell gebärdende rechtsextreme Elemente, partiell zur Macht zu gelangen.

Das implizit schon im ASG-Aufruf enthaltene, in dem vom HINTERGRUND nachgedruckten Appell "Für eine wahlpolitische Alternative 2006" näher ausgeführte Anliegen der Initiativen ist, fortschreitenden Sozialdarwinismus, rechte Diktatur und möglichst auch eine CDU/CSU-FDP-Regierung zu verhindern, den Neoliberalismus von SPD, Grünen und PDS einzudämmen. Dazu soll "eine breite Sammlung bzw. ein Bündnis" herbeigeführt werden, "das niemanden ausschließt (außer Rechten), aber auch keine Dominanz einer bestimmten Gruppierung oder Strömung zulässt. Das Spektrum sollte reichen von KommunistInnen über SozialistInnen bis zu traditionellen VertreterInnen des Sozialstaats und sozial orientierten ChristInnen. Es muss ein möglichst breites Spektrum von Aktiven aus Gewerkschaften, Bewegungen und von Organisationen und Initiativen aus verschiedensten Bereichen einschließen. Dies gilt ausdrücklich auch für Mitglieder der SPD, der Grünen, der PDS oder anderer nicht rechter oder minderheitenfeindlicher Parteien. Es muss ein für alle... offenes Angebot für Unterstützung und Mitmachen sein." (HINTERGRUND I-2004, S. 53) Das Bündnis soll nicht allein zum Mittel heranwachsen, um

Druck auf Regierung und Herrschende auszuüben, damit sie zur Rückkehr in den Sozialstaat bereit sind. Da ein derartiger Erfolg unwahrscheinlich ist, soll es vielmehr auch zu Wählerinitiativen in der ganzen BRD führen, die das bestehende Parteienkartell aufbrechen und im Sinne der Bevölkerungsmehrheit parlamentarisch wirksam werden: "Bewegung alleine reicht nicht, jedenfalls wenn es nicht nur um Einzelfragen, sondern um grundsätzliche Verteilungs- und Machtauseinandersetzungen geht, die das Projekt des herrschenden Blocks im Kern angreifen." (a. a. O., S. 49) Die Verfechter der von Berlin aus gestarteten wahlpolitischen Alternative, darunter Verdi-Gewerkschaftssekretär Ralf Krämer, der von der rechten Parteispitze hinausgedrängte frühere Bundesgeschäftsführer der PDS Uwe Hicksch, Axel Troost von der Memorandum-Gruppe, Michael Prütz vom Berliner Bündnis gegen Krieg und Sozialabbau, Professor Grottian von der Initiative Berliner Bankenskandal und der Herausgeber der Zeitschrift "Sozialismus" Joachim Bischoff, befürworteten von Anfang an die Beteiligung an der nächsten Bundestagswahl. Die stärker auf Sozialdemokratie und IG Metall fixierten Gründer der von Nürnberg ausgehenden "Initiative für Arbeit & soziale Gerechtigkeit" wollten erst den Berliner SPD-Sonderparteitag am 21. 3. abwarten, bevor sie voll für Gleichartiges aktiv würden. Der Kongress brachte einen neuen Parteivorsitzenden, bekräftigte aber den asozialen Regierungskurs. Beide Initiativen ziehen seither auch im Hinblick auf Wahlen am selben Strang.

Beim Vergleich ihrer Verlautbarungen mit Presseberichten fällt auf, dass die Gruppen "eine bei der nächsten Bundestagswahl wählbare soziale Alternative" resp. einen alternativen gesellschaftlichen Block "von Arbeit und Wissenschaft, Bewegungen und Kultur gegen den herrschenden Block des Kapitals und des Neoliberalismus" (a. a. O., S. 54) anstreben, die Medien einschließlich des "Neuen Deutschland", mit ihnen PDS und SPD jedoch von einer durch die Initiati-

ven avisierten neuen Partei sprechen. Dass dieser Widerspruch durch mangelnde journalistische Lesefähigkeit entstand, ist unwahrscheinlich. Vielmehr scheint hier der Wunsch Vater des Gedankens zu sein. Sollte eine neue Partei versuchen, sich zu etablieren, wäre das bedeutend schwerer als die Schaffung von Wählerinitiativen. Sie würde auf die geballte Macht des herrschenden Systems samt Fünf-Prozent-Klausel treffen und gleichzeitig auf den Unwillen der Massen, denen Parteien im bisher höchstem Maße zuwider sind. Andererseits würde die Bildung einer Partei die im Kampf gegen den Neoliberalismus erstrebte Breite und Vielfalt der Gegenbewegung erheblich einschränken und ihr schaden. In ihrer Mitte entstünden mit Sicherheit Gegensätze und Fraktionen. Als Reaktion darauf würden wieder einmal Widersprüche verkleistert, die innerparteiliche Demokratie ausgehöhlt und Denkverbote erlassen werden. Vor allem würde aber einer Partei-Neuschöpfung unweigerlich der Keim eingepflanzt, dessen Auswüchse vordem alle ihresgleichen, von CSU und CDU bis zur PDS, korrumpiert, zerfressen und verdorben haben. Die "großen Vorbilder" von ehemals, ob schon gestorbene oder noch vorhandene, wirken abschreckend. Leute wie ich haben noch vor kurzem eine neue Linkspartei bejaht. Sie müssen umdenken.

Die Gründer der Initiativen haben die Probleme, bei gelegentlichen Rückfällen einiger von ihnen, erfasst. Sie vermeiden die Zielangabe Partei. Im mehrfach zitierten Aufruf zur Wahlalternative 2006 heißt es zudem, deren Repräsentanten müssten "im öffentlichen Auftreten und der persönlichen Praxis die massive Parteien- und Politikerverdrossenheit im Volk und in den Bewegungen reflektieren und sich anders als die etablierten Parteien darstellen: ohne Dünkel und Arroganz, nicht korrupt und nicht auf die eigenen Interessen und Privilegien bedacht, sondern (als) unbestechliche VertreterInnen der einfachen Leute, gegenüber den 'Eliten' aus Wirtschaft, Medien und Politik nie devot oder selbstbemtüdelnd,

sondern selbstbewusst und kämpferisch." (a. a. O., S. 53 f.) Revisionistische und stalinistische Zyniker mögen ob solcher "Moralpredigt" lachen: Gleich der Absage an die Dominanz irgendeiner Gruppe in den Wahlalternativen ist die verlangte Verfahrens- und Verhaltensweise unumgänglich, wenn das neue Projekt Erfolg haben soll.

Die im Aufruf der "Initiative für Arbeit & Gerechtigkeit" enthaltenen, dem neoliberalen Regierungskurs entgegengesetzten Detailziele treffen für den Bereich Soziales voll zu. Verlangt werden die Senkung der Erwerbslosenquote durch Umverteilung der Arbeit statt Ausweitung des Billiglohnssektors; eine Steuerpolitik, die auch Unternehmer und Wohlhabende trifft; ein sozial gerechter Umbau der Sozialsysteme statt massiver Beschädigung des paritätischen Finanzierungssystems; Gesundheitspolitik für sozial Schwache und Kranke, nicht gegen sie; bessere Bildungsmöglichkeiten für alle anstatt Elitenförderung; gewerkschaftliche Koalitionsfreiheit und Sicherung des Streikrechts statt Druck auf die Arbeiterorganisationen, um sie zur Selbstdemontage in Jahrzehnten erstrittener Errungenschaften zu bewegen. Nachzutragen wären Hauptpunkte der Außen- und Innenpolitik, über die sich die Gründer ebenfalls einig sein dürften, so Verzicht auf imperialistische Expansion und militärische Interventionen, so ein demokratischer, antifaschistischer und antirassistischer Staat.

Wirtschafts- und finanzpolitisch empfahl Professor Schui im Interview mit der "jungen Welt" vom 22. 3. die Rückkehr zum Keynesianismus insoweit, als wieder zugunsten des Massenkonsums verteilt wird und zur Finanzierung Einkünfte aus Unternehmertätigkeit herangezogen werden. Den Einwand, das einst erfolgreiche Rezept sei überholt, konterte er mit dem Hinweis, die sogenannte Globalisierung (mitgemeint ist der Neoliberalismus) wäre gleichfalls nicht vom Himmel gefallen. Vielmehr wurde sie "von den tonangebenden Industrieländern inszeniert". Sollte die konsumentenfreundliche Verteilung

wegen Preistreiberi nicht durchzuhalten sein, gebe es "nur eine Lösung: Nationalisierung der führenden Industrien und Wirtschaftsbereiche". Heute gehe es allerdings erst darum, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren und den Sozialstaat etwa auf das Niveau von 1980 zu heben, was Zielen der traditionellen Sozialdemokratie entspräche.

Wichtig an der Grundhaltung der Initiativen ist, dass sie sowohl zur SPD-, als auch zur PDS-Führung auf Distanz gingen. Hinsichtlich der PDS heißt es im Aufruf zur wahlpolitischen Alternative: "Für einen Großteil des Potentials ehemals sozialdemokratischer, grüner oder sonst wie linker WählerInnen und sozial enttäuschter NichtwählerInnen kommt sie nicht in Frage. In den letzten Jahren hat sie sich durch ihre Regierungsbeteiligung in Berlin zusätzlich desavouiert... Sie bzw. ihre führenden VertreterInnen sind offenbar für die notwendige klare und offensive und zugleich populär vorgetragene Gegenposition zum Neoliberalismus... weder politisch-inhaltlich noch kulturell geeignet." (a. a. O., S. 51) Das trifft zu, doch ist die Lage in der Ex-DDR insofern ungenügend berücksichtigt, als die Partei auch ihre Funktion als Interessenvertretung ostdeutscher Einheitsverlierer faktisch längst aufgegeben hat. Sie ist, von vielen ihrer Mitglieder abgesehen, gleich allen anderen Parteien keine Verbündete für irgendeine Abteilung der nichtkapitalistischen Bevölkerungsmehrheit.

Bis Mitte Mai 2004 entstanden in der BRD rund 40 Regionalgruppen beider Initiativen mit 10000 Unterstützern. Am 28. 3. wurde eine in der Bankenmetropole Frankfurt/Main, danach eine in Kassel und hierauf im April die Berliner Wahlalternative gegründet. Letztgenannte nahm in ihrer Erklärung die einst von CDU und SPD verursachte, dann unter "rot-grüner" bzw. "rot-roter" Flagge fortgesetzte Umwandlung der BRD-Hauptstadt zum "Mezzogiorno der Bundesrepublik" aufs Korn. Interesse an den Initiativen bekundeten und in ihnen vertreten sind ehemalige und noch aktive SPD- und PDS-Angehörige, Mitglieder der Christlich-Demokra-

tischen Arbeitnehmerschaft der CDU, eine größere Zahl Gewerkschaftsfunktionäre, Angehörige der Arbeiterwohlfahrt und Studentenschaft, von Attac und Greenpeace. Die Wahlaussichten der Initiativen liegen laut FORSA-Umfrage bundesweit bei 18 Prozent. Im Hinblick auf Berlin werden sie - derzeit m. E. zu niedrig - auf 10 Prozent geschätzt.

Die Idee, hier reife eine neue Volks- oder Nationale Front heran, würde in die Irre führen. Aktuell handelt es sich um eine Bewegung überwiegend nichtbürgerlicher Kräfte von unten, die gegen den Regierungskurs und die etablierten Parteien gerichtet ist. Sie entstand durch Verabredung von einander gleichgestellten Gegnern des Neoliberalismus. Hingegen waren die Volks- und Nationalen Fronten Parteienschöpfungen von oben, unter Einschluss und mehrfach auch Bevorzugung Bürgerlicher. Sie zielten auf Unterstützung des Regierungskurses ab und standen hochgradig unter Einfluss anderer Mächte - einerseits Englands, andererseits der heute nicht mehr existierenden Sowjetunion.

Inzwischen hat sich die SPD-Spitze gegen die Initiativen gewandt. Die Führung der PDS zeichnete sich dadurch aus, dass sie deren nichtparteimäßigen Charakter missverstand. Gleichzeitig hält selbst Vorstandsmitglied Wagenknecht die eigene Partei noch immer für linksstehend und eine Gegenkandidatur selbst in Berlin für unproduktiv. Wahlkampfleiter Brie predigt den Initiativen, mit der PDS zu kooperieren, weil sie sonst keinen Erfolg haben würden. (Tatsächlich können sie nur erfolgreich sein, wenn sie auch gegen diese Partei antreten.) Vorsitzender Bisky bot ihnen die Aufnahme in PDS-Wählerlisten an. Unter Hinweis auf die praktische Politik in SPD-geführten Koalitionen lehnten die Initiativen die Offerte ab.

Bei Wahlen zum Europaparlament, zum Thüringer Landtag und zu Kommunen dreier Ostländer der BRD hat die PDS am 13. 6. 2004 erstmals seit dem Wahldebakel von 2002 wieder Erfolge errungen. Das geschah auch, weil Schröders SPD

derzeit noch unbeliebter als sie ist und die haarsträubende Berliner Koalitionspolitik nicht zur Debatte stand. Zudem verfügt die PDS im Osten immer noch über ein relativ hohes Potential an Sympathisanten, ist die enorm angewachsene Nichtbereitschaft, zur Wahl zu gehen, bei diesen am geringsten. Die der Parteispitze aufgezwungene EP-Kandidatur Sahra Wagenknechts und Tobias Pflügers verschaffte der PDS die Möglichkeit, mit der KPF-Sprecherin und dem Kriegsgegner zu punkten. Dass die Führung politisch umdenken und sich so die Chance zur Kooperation mit den Wählerinitiativen sichern werde, ist nicht zu erwarten. Schon ihre Berliner Wahlparty ließ erkennen, dass prinzipiell weitergemacht werden soll wie bisher, auch weil sich ja nun alles "zum Guten gewendet" habe.

Die beiden bundesweiten Initiativen und die Berliner Wahlalternative hatten am 13. 5. ihre erste gemeinsame Veranstaltung an der Humboldt-Universität. Tage später vereinbarten die erstgenannten

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

express

In der akt. Ausgabe (8/04) u.a.:

- ◆ »Obszönes (Fuß-)Volk«, Interviews mit Bernd Gehrke, Renate Hürtgen u. Klaus Wolfram z. den Montagsdemonstrationen
- ◆ »Harte Zeiten«, oder: wer vier sagt, muss auch rechnen können
- ◆ Ena Bonar: »Vorwärts und oft vergessen - die Solidarität!«, zu den Bündnissen gegen Hartz IV u.a. Sozialkürzungen
- ◆ Torsten Bullmann: »Wettbewerb von der Wiege an«, Hochschulumbau u. Transformation der Wissensproduktion
- ◆ »Kettenreaktion?«, zum »Aufstand der SPD-Anständigen«
- ◆ »Wir haben es satter!«, Ex-DDR- Oppositionelle zu Montagsdemos
- ◆ »Einheit gegen Attacke«, einhellige Reaktion französischer Gewerkschaften auf den Angriff auf das Streikrecht
- ◆ »Bessere Löhne und Papiere«, Interview mit Mónica Santana vom Latino Workers Center

- Ich möchte ein Probeexemplar
- Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben für 10 Euro (gg. Vk.)

PF 10 20 62- 63020 OFFENBACH
Tel. (069) 88 50 06 - Fax (069) 82 11 16
Email: express-afp@t-online.de

zwei, sich zur "Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit" zusammenzuschließen. Das soll am 7. Juli geschehen.

In der griechischen Mythologie gibt es die Meerenge zwischen Skylla und Charybdis, einem Ungeheuer, das Vorüberfahrende packt und verschlingt, und einem Strudel, welcher Schiffe auf Grund zieht. Vielleicht ist jedoch der Kurs der Initiativen richtig. Dann würde es bei linkem Opponieren möglich sein, sowohl dem Heißhunger des neoliberalen Kapitalismus samt Parteiensystem, als auch dem Strudel des Nichtwähler- und linken Sektierertums zu entgehen und eine Alternative ins Ziel zu bringen, die Opfern und Gegnern des Brutalkapitalismus die parlamentarische Tribüne zurückgewinnen und sie stärken, die Herrschenden und deren politische Geschäftsführer eindämmen und zurückdrängen kann. Das von Michael Prütz gemeinsam

mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der über die gravierende Verringerung finanzieller Mittel für Ordnungskräfte durch den Senat empörten Gewerkschaft der Polizei und den mit Entlassung und Orchesterauflösung bedrohten Berliner Symphonikern ins Leben gerufene "Volksbegehren Soziales Berlin", dessen Auftakt am 4. 6. 2004 auf dem Alexanderplatz war, trägt zwiespältigen Charakter. Es gibt da, um nochmals das Meerengenbild zu bemühen, gefährliche Klippen. Verbunden mit Forderungen an den Senat, die unerträglichen Kürzungen bei Bildung, Kultur und Soziallem sowie die 21,6 Mrd. Euro umfassende Bürgschaft für die faktisch bankrotte Berliner Bankgesellschaft zurückzunehmen, zielt es bei Nichterfüllung auf einen Volkstentscheid zugunsten von Neuwahlen ab, die nach dem gegenwärtigen Stand das Ende der SPD-PDS-Landesregierung bringen würden. Zwar gönnt jeder demokratisch und sozi-

alistisch Gesinnte der rosa-blassroten Clique den raschest möglichen Hals- und Beinbruch. Auch ist der Gedanke, sie zunächst durch Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren, dann durch das Begehren selbst massiv unter Druck zu setzen, legitim. Ein Misserfolg des Begehrens aber könnte der Wahlalternative schwer schaden, während ein Erfolg höchstwahrscheinlich CDU, FDP und Grünen den Sieg, der Bevölkerung womöglich noch größere soziale Nachteile bringen würde. Indes ist das riskante Unternehmen angelaufen. Es kommt deshalb auch darauf an, sich für den Fall neuer Niederlagen zu wappnen. Die durch neoliberale Politik verursachten Widersprüche und sozialen Ungerechtigkeiten bleiben. Sie erfordern weiter und unter allen Umständen entschiedene Gegenwehr.

Manfred Behrend
Aus HINTERGRUND, Osnabrück, 17. Jg., Heft II-2004, S. 25-31

Kuba in Gefahr!

Plant Bush Militärschlag zur Wiedergewinnung der Präsidentschaft?

Der Wahlkampf in den USA kommt in seine heiße Phase. Obwohl die politischen Unterschiede zwischen den beiden Parteien der US-amerikanischen Bourgeoisie - den Republikanern und den Demokraten - nicht grundsätzlicher Art sind, wird der Ton immer schärfer. Lügen, Verleumdungen, pure Erfindungen - nichts ist zu schmutzig, um dem gegnerischen Kandidaten möglichst großen Schaden zuzufügen. Riesige Geldsummen werden zu diesem Zweck vergeudet. Die Präsidentenbewerber und die Kandidaten für die Kongresswahlen haben in den ersten sechs Monaten des Wahlkampfes dafür bereits über eine Milliarde Dollar ausgegeben. 209 Millionen Dollar wendete Bush auf, 186 Millionen Dollar vergab Kerry - soviel mußte man zumindest

offiziell zugeben. Oppositionelle politische Kreise, die solche Summen nicht aufzubringen vermögen, da sie das US-amerikanische Großkapital nicht sponsert, brauchen erst gar nicht anzutreten. Die Hälfte der Wahlberechtigten nimmt an diesem Wahlzirkus sowieso nicht teil, zum einen, weil sie von keiner der bestehenden Großparteien etwas zu erwarten haben; zum anderen weil ihnen durch Manipulationen und gesetzliche Bestimmungen das Wahlrecht verwehrt wird. Das betrifft vor allem viele Schwarze, dazu die über zwei Millionen Gefangenen und viele einst Verurteilte. So kam es vor, daß 25 oder 26 % der Wahlberechtigten den amerikanischen Präsidenten bestimmt haben. Soviel kurz zur US-amerikanischen "Demokratie", die eigentlich zum Zerrbild der bürgerlichen

Demokratie verkommen ist. ("Gottes eigenes Land") Bezeichnend ist, wie die sich im Besitz der herrschenden Klasse befindenden Medien mitspielen. Von diesen Medien werden in diesen Kampagnen Skandale erzeugt oder aufgebauscht, während die wirklichen Probleme des Landes und der Gesellschaft auf hinteren Rängen rangieren.

Die USA - ein Land krasser sozialer Unterschiede.

Die breite soziale Kluft in den USA weitet sich immer mehr aus. Die 10 % Superreichen besitzen bereits 73 % des Volksvermögens. Die 90 % der weniger begüterten und die ärmsten Schichten des Landes müssen mit 27 % des Volksvermögens zufrieden sein. Immer weniger Lohnabhängige kommen mit nur einer Arbeitsstelle über die

Runden. Der Abbau der sozialen Leistungen - bereits unter Clinton rigoros vorangetrieben - ging unter Bush II weiter. Heute gibt es 1,2 Millionen Arbeitsplätze weniger, als beim Amtsantritt dieses Präsidenten, der sich nur durch Wahlzählungsmanipulationen die Macht erschwindeln konnte. Die offizielle Arbeitslosenrate von 5,6 % glaubt nur der, der auf die entsprechende Statistikmethode hereingefallen ist. Die Arbeiterschaft sieht sich seit Jahren einem Reallohnverlust ausgesetzt, während die republikanischen und demokratischen Mehrheiten das Unternehmerlager laufend begünstigen. Die Kriegs- und Rüstungspolitik verstärkten die enorme Verschuldung und das Handelsbilanzdefizit der USA. Die Umweltzerstörungen daheim und im Rest der Welt sind sowieso kein Thema für das "freie Unternehmertum" und seine Figuren in Washington.

Es überrascht also nicht, daß nicht so sehr die Sorgen der Menschen im Mittelpunkt des Wahlkampfes stehen und es auch nicht mehr so sehr um die Berechtigung oder Nichtberechtigung der US-Aggressionen gegen den Afghanistan oder den Irak geht. Die Medien sind gegenwärtig voll mit der schmutzigen Wäsche beschäftigt, die die US-Wahlkämpfe nun mal zu beherrschen pflegt. Vor allem ging es um John Kerrys Vergangenheit. Eine den ultrarechten Republikanern nahestehende Veteranengruppe bestreitet die Rechtmäßigkeit der "Tapferkeitsmedaillen", die der damalige Leutnant erhielt, als er mit der Army Vietnam heimsuchte. Im chauvinistischen Patriotismus lässt sich keine der US-Großparteien von der anderen überbieten.

Die demokratische Partei hat auf sozialem Gebiet einige Versprechungen gemacht. In der Vergangenheit hat sich erwiesen, daß solche Versprechungen meist nichts weiter als Dummenfang waren. Auch ein Präsident Kerry würde den Rechtskurs weiter fortsetzen und den Weltherrschaftsanspruch der USA notfalls auch mit Gewalt durchsetzen. Und doch ist nicht

ganz gleich, wer künftig in Washington die letzten Entscheidungen trifft. Bush und seine Clique um Vizepräsident Cheney, mitsamt der Ölmafia, sind an Rücksichtslosigkeit, Inkompetenz und vor allem Unberechenbarkeit kaum zu überbieten und das ist gefährlich für die ganze Welt.

Rückschläge für Bushs Aggressionspolitik

Gegenwärtig liegen nach Umfragen beide Kandidaten etwa gleichauf. Bush der große Gewinner der Antiterrorhysterie nach dem 11. September 2001, hatte Rückschläge hinnehmen müssen. Die USA hatten zwar durch ihre Kriege das Taliban- und das Saddamregime stürzen können und Afghanistan und den Irak als regionale Machtfaktoren vorerst ausgeschaltet. Doch es herrscht dort weiterhin Krieg und es droht das politische Chaos. Eine endgültige Beherrschung dieser Länder gelang bisher nicht, trotz



1,2 Millionen Menschen protestierten in Havanna gegen die Politik der USA.

Zuhilfenahme verbündeter "Hiwis". Der Kriegsaufwand lastet schwer, jeden Tag müssen Tote über den großen Teich heimgefliegen werden. Als Vormacht haben sich die USA zwar im Nahen Osten durchgesetzt und einen Feind Israels vernichtet, was auch innenpolitisch von den amerikanischen Juden honoriert werden wird. Doch ein anderes Ziel der Ölmafia ist nicht erreicht, denn die irakischen Ölquellen sprudeln noch nicht im Interesse dieser großen Konzerne und der US-Wirtschaft. Zum Unmut anderer Yankee-Fraktionen hat der Irakkrieg beigetragen die Ölpreiskrise in der Welt

noch zu vertiefen. So lange der verlustreiche Krieg im Irak noch andauert und sich politisch die "Demokratische Neuordnung" nicht verwirklichen lässt, wäre es zuviel der Anstrengung Syrien, Iran oder Nordkorea jetzt ebenfalls anzupacken. Die Zustimmung der US-amerikanischen Öffentlichkeit wäre dazu momentan nicht zu erhalten. Bush hatte seine Alliierten vor den Kopf gestoßen und nicht im erhofften Maße Entlastungen eintreiben können. Innenpolitisch läuft auch nicht alles nach Wunsch. Der Rezession ist nur ein mäßiger Aufschwung gefolgt. Auch die Patriotismusstimmung hält nicht ewig in Hochform an. Die Folterskandale machen der Administration schon zu schaffen.

Zieht Bush die kubanische Karte?

Der Gleichstand in den Wählersympathien ist nun Bushs Problem. Er könnte versucht sein, das auf seine Weise verbrecherisch zu lösen. Ein inszenierter oder nichtinszenierter großer Terroranschlag könnte die Wahlchancen über Nacht zu Gunsten des Hardliners Bush verändern. Ein anderer Ansatzpunkt ist Kuba, bzw. sind die kubanischen Immigranten. Beide Parteien wissen, daß das Abstimmungsverhalten der einen Million kubanischer Flüchtlinge in Florida für die Präsidentschaftswahl entscheidend sein kann. So überbieten sie sich gegenwärtig in Härte gegenüber dem "Castro-Regime" und buhlen um die Stimmen ihrer kubanisch-stämmigen Bürger.

Das Kesseltreiben der USA gegenüber dem revolutionären Kuba datiert natürlich nicht erst seit Beginn des Präsidentenwahlkampfes. Aber die Rechtskräfte benutzen die antikommunistische Kampagne, um sie für den Wahlkampf zu instrumentalisieren. Allein die Vorstellung, daß nach dem Untergang der Sowjetunion und dem politischen Niedergang anderer, sich "sozialistisch" nennender Staaten, das unterentwickelte, revolutionäre Kuba sich doch noch halten konnte, muß der Bourgeoisie in den ganzen Welt,

besonders aber in den USA, die Zornesröte ins Gesicht treiben.

Vor allem ist man in Washington wütend, daß die Erdrosselungspolitik den erhofften Erfolg noch nicht erbrachte. Solange das revolutionäre Kuba lebt, ist es ein Anziehungspunkt für die armen Massen Lateinamerikas. Rumort es doch immer wieder im "Hinterhof" der USA, von Ecuador bis Kolumbien und die politischen Krisen in Argentinien und Brasilien sind längst noch nicht überstanden. Besonders die Freundschaft der Chavez-Regierung mit den Revolutionären in Havanna gibt zu Wutausbrüchen in Washington Anlaß. Bush kann sich nicht mehr halten: Kürzlich beschimpfte der ehemalige Bankrotteur Castro als "Zuhälter".

US-Erdrosselungspolitik gegen Kuba

Es ist in der Welt fast einmalig: Da verhängt eine Großmacht - die USA - über ein kleines, schwaches Entwicklungsland - Kuba - seit 45 Jahren ein "Embargo", das in Wirklichkeit ein strangulierender Boykott ist. Die Welt schaut tatenlos zu, trotz Völkerrechtsbruch und UNO-Satzung. Das wird zwar in der UN-Vollversammlung alle paar Jahre mit überwältigender Mehrheit verurteilt - nur Israel und ein Inselstaatchen pflegen mit den USA dagegen zu stimmen. An der Sachlage ändert sich dadurch gar nichts.

Wenn das Land Probleme hat und wirtschaftliche Schwierigkeiten überhand nehmen, dann wissen das manche deutsch "Linksintellektuelle" natürlich besser: dann ist das System schuld und die Fehler die gemacht werden (siehe auch nachfolgenden Artikel); nicht aber die geschätzten 75 Milliarden Dollar Schaden aus dem Boykott seit 1959, der internationale Wirtschafts-, Handels- und Finanzbeziehungen Kubas nahezu unmöglich gemacht hat.

Die neue kubanische Botschafterin in der Schweiz, Anna Maria Roviera hat kürzlich an die feindselige Haltung der USA erinnert: "Seit Beginn der Revolution haben die jeweiligen US-Regierungen mit allen Mitteln versucht, uns der Souveränität und der Unabhängigkeit

zu berauben." Sie zählte die wichtigsten Boykottmaßnahmen der USA auf, wie sie im "Vorwärts" Zürich, am 25.6.04 abgedruckt wurden: "Erstens darf Kuba nicht nach den USA exportieren. Zweitens darf das Land außer gewissen Nahrungsmitteln nichts aus den USA importieren, und auch die nur unter diskriminierenden Bedingungen: So hat beispielsweise die Zahlung bar zu erfolgen und die entsprechenden US-Firmen benötigen eine spezielle Lizenz. Drittens dürfen US-BürgerInnen nicht nach Kuba reisen und müssen bei einer Umgehung dieses Verbots mit hohen Strafen rechnen (bis zu zehn Jahren Gefängnis und Bußen bis zu einer Million Dollar für Unternehmen und 250.000 Dollar für Individuen). Viertens darf Kuba bei seinen Transaktionen keine Dollar verwenden. So wurde der UBS von der US-Zentralbank kürzlich eine Strafe von 100 Millionen Dollar aufgebremst, weil sie Dollartransfer nach Kuba gestattet hatte. Fünftens hat Kuba keinen Zugang zu den internationalen Finanzorganisationen und erhält entsprechend keine Kredite von ihnen. Sechstens wurde die Blockade 1992 durch das sogenannte Toricelli-Gesetz massiv verschärft: Seither ist auch US-amerikanischen Firmen mit Sitz im Ausland jeglicher Handel mit Kuba verboten. Schiffen, die einen kubanischen Hafen angelegt haben, wird zudem eine Quarantäne von 180 Tagen auferlegt, während denen sie keine Häfen in den USA ansteuern dürfen. Siebtens wurde die Blockade 1996 mit dem Helms-Burton-Gesetz erneut verschärft: Ausländische Investitionen

auf Kuba sollen unterbunden werden, und Angestellte von Firmen, welche die Blockade "verletzen", müssen mit einem Einreiseverbot in die USA rechnen. Das Gesetz institutionalisiert zudem die von den USA finanzierten Subversion gegen Kuba."

Hand in Hand mit dem Wirtschaftskrieg überzogen die "Gringos" Kuba mit Subversion, Terrorismus und Attentaten. 1961 versuchten sie es mit einer militärischen Aggression und erlitten in der Schweinebucht eine vernichtende Niederlage. Die Attentate auf Fidel Castro sind kaum mehr zu zählen. Zählt man die Opfer zusammen, die CIA und die von Washington finanzierte konterrevolutionären Banden auf dem Gewissen haben, so übersteigt die Zahl der kubanischen Opfer jene des Terroranschlags fanatischer Muslime auf das New Yorker World Trade Center am 11. September 2001. Aber wo bleibt der Protest der Weltöffentlichkeit bei den Anschlägen auf kubanische Flugzeuge und Touristenhotels?

Es ist ein verdeckter Krieg, den Goliath gegen David führt und der nun intensiviert wird. Wenn in dieser Situation die kubanische Regierung mit verschärften Abwehrmaßnahmen antwortet, geht bei jenen das Geschrei um die "Menschenrechte" los, die die blutige Gewalt der USA gezielt "übersehen", wie auch die Zustände in den Nachbarländern Haiti, Kolumbien usw.. Wer zählt dort und wo anders die ermordeten Kleinbauern- und Gewerkschaftsführer? Es geht nicht darum, die Castro-Regierung von jeder Kritik zu verschonen. Wer jedoch die

ZK-Mitglied Opfer eines Anschlags

Das Zentrale Exekutivkomitee der Kubanischen Kommunistischen Partei (PCC) teilte mit, daß das Mitglied des Zentralkomitees der Partei und Vorsitzender der PCC im Department Norte de Santander das Opfer eines Mordanschlags geworden ist. Auch sein Leibwächter, Camilo Jimenez, ebenfalls Mitglied der PCC, starb bei dem Attentat. Die Kommunisten sind nicht erst heute Opfer des Staatsterrorismus in Kolumbien. Mehr als 3.500 Mitglieder der Kommunistischen Partei und der von ihr mitbegründeten "Patriotischen Union" (UP) wurden von den Paramilitärs und anderen Banden ermordet. Aus: "Cuba libre" 3.04.2004

spannungsgeladenen Verhältnisse neigt, in der Gegengewalt stattfindet, der begibt sich auf die Seite des Aggressors USA.

An dem Tag als die Folterfotos aus irakischen Gefängnissen um die Welt gingen, meldete die Tageschau: „Heute gefasste sich Präsident Bush mit den Menschenrechten - (Effektpause) - in Kuba.“ Doch der "Commission Report" wurde in der Sendung mit keinem Wort mehr erwähnt. Die Folterszenen, die gezeigt wurden, machten nur zu deutlich, wer die Menschenrechte in der Welt und im eigenen Land dauernd missachtet.

Die neue Kuba-Krise

Die Kuba-Krise 1963 bracht die Welt an den Rand des Abgrundes eines Atomkrieges. Doch die Kräfte um Chruschtschow und Kennedy erkannten, daß keine Seite unbeschadet gewinnen konnte und schlossen einen Kompromiß. U. a. sicherte die Regierung Kennedy der Sowjetunion zu, Kuba nicht anzugreifen. Über 40 Jahre danach existiert die Sowjetunion nicht mehr und diese Zusicherung ist Schall und Rauch. Keinen Gegenmacht der USA schützt das revolutionäre Kuba mehr, es steht allein. Mit der Solidarität der Linken in der Welt ist es auch nicht zum Besten bestellt, zudem stehen diese selbst mit dem Rücken zur Wand.

Es gäbe keinen Klassenkampf im Weltmaßstab, wenn diese Situation von der herrschenden Kapitalistenklasse nicht ausgenutzt würde. Es ist also kein Zufall, wenn die europäischen Regierungen die Augen vor den verbrecherischen US-Plänen schließen.

"Es ist unsere Strategie, daß wir nicht auf den Tag der kubanischen Freiheit warten, sondern für den Tag der Freiheit in Kuba arbeiten". Die Bush-Regierung beließ es nicht bei Worten, sondern legte umgehend ihren Plan für verstärkte Einmischung und Konfrontation gegen Kuba vor. Auf 450 Seiten sind die verschärften Bestimmungen und ist die Strategie zur Beseitigung der kubanischen Revolution aufgelistet. Die Propaganda überschlägt sich dabei unter Verwendung von Verdrehungen, Lügen und Halbwahr-

heiten. Ausländische Investitionen in Kuba sollen noch mehr erschwert werden, außer Lebensmittelexporte darf aus den USA dorthin nichts geliefert werden. Ausländische Geschäftsleute, die mit dem Karibikstaat Handel treiben, erhalten keine Einreisevisa in die USA mehr. Auch der Tourismus soll getroffen werden. Exilkubaner, die bisher jährlich ihre Verwandten auf der Insel besuchen durften, können dies nun nur noch alle drei Jahre. Die monatlichen Geldüberweisungen, die viele kubanischen Familien über Wasser hielten, sind von 100 auf 75 Dollar begrenzt worden. Paketsendungen dürfen nur noch engste Familienmitglieder erhalten. Regierungsbeamte und KP-Mitglieder dürfen keinerlei Unterstützung erhalten. Die USA wollen mit diesen Restriktionen die Unzufriedenheit auf Kuba schüren. In Teilen der exilkubanischen Gemeinden könnte der Schuß auch nach hinten losgehen, da ihre Familien in der Heimat die Betroffenen sind. Doch ein Stück weiterer Destabilisierung Kubas bedeuten diese Eingriffe schon. Aus den Überschüssen der Dollarläden hatte man bisher das Sozialsystem mit finanziert. Nun muß auch Havanna die Preise für Treibstoff erhöhen. Doch Bush neuer Katalog enthält nicht nur Defensives. Zur "Entwicklung der Zivilgesellschaft" auf Kuba werden 59 Millionen Dollar in zwei Jahren ausgeworfen; das heißt im Klartext: Zur Unterstützung konterrevolutionärer Dissidenten und für Subversion. 18 Mill. Dollar stehen für antikubanische Propaganda zur Verfügung, vor allem für Rundfunk- und Fernsehsendungen. (In Deutschland lief schon vor längerer Zeit ein Spielfilm, wo "Castro-Soldaten" Frauen vergewaltigen!) Die Bush-Regierung verschweigt auch nicht ihre politischen Pläne, die alten Besitzverhältnisse wieder herzustellen, wie sie zur Zeit des blutigen Diktators Batista bestanden hatten und in den 60 Jahren der US-Kolonialherrschaft auf Kuba.

Noch überlegt es sich die US-Administration, nun auch den Teil III des Helms-Burton-Gesetzes anzuwenden, wovon man aus außenpolitischen Rücksichtsmaß-

nahmen bisher zurückgeschreckt ist. Danach könnten US-Gerichte juristisch gegen Unternehmen aus Drittländern vorgehen, die Geschäfte mit Kuba tätigen. Auch die Demokratische Partei unterscheidet sich nicht viel vom aggressiven Kuba-Kurs der Republikaner. Kerry hat kürzlich Warren Buffet, den zweitreichsten Kapitalisten der Welt, in sein Wahlkampfteam aufgenommen. Buffets Haltung gegenüber Kuba ist noch haßerfüllter als die von Bush. Die Lage verschärfte sich jetzt noch insofern, als im Golf von Mexiko große Erdölvorräte ausgemacht worden sind. Liegen die Vorkommen auch überwiegend innerhalb der Meereszonen Mexikos und der USA, so liegen 110 km² doch auch im kubanischen Bereich. Weder die USA noch Mexiko haben das bisher offiziell anerkannt. Daraus kann leicht Streit entstehen, zumal das Öl, bedingt durch die Tiefseelage, mit einem Absaugeffekt von den benachbarten Lagerstätten aus abgezapft werden könnte.

Außenminister Powell treibt weiter die diplomatische Isolierung Kubas voran. Auf sein Betreiben haben Mexiko und Peru nun die Beziehungen abgebrochen. Die EU hat schon des längeren einen Kurswechsel vollzogen. Nur das Venezuela Chavez' und Castros Kuba sind enger aneinander gerückt. 10 000 kubanische "Barfuß"-Ärzte helfen nun in Venezuela und Caracas liefert Kuba dafür das dringend benötigte Erdöl.

Jeder militärischer Aggression pflegt eine entsprechende Lügenkampagne voraus zu gehen und man schafft beizeiten provokative Übergriffe, die vom Gegner entsprechend beantwortete, der Welt dann als dessen "Gewaltakt" verkauft werden kann.

"Cuba libre" (3/2004) berichtet von einer solchen geplanten Provokation, wie sie im US-Strategiepapier enthalten ist. "Was einen echt nervös machen kann, ist ein anderer Punkt in diesem formidablen Papier: der Plan, eine "C-130 COMMANDO SOLO airborne platform", also ein Flugzeug, vor der Grenze zu cubanischen Gewässern als ständige Einrichtung hin und her fliegen zu lassen,

um Cubas Fernsehsendern den Garaus zu machen. Wohlgermerkt, es geht nicht allein darum, den Inselcubanern den Empfang von "TV-Martí" zu ermöglichen. Daran arbeitet man seitens der US-Regierung schon länger. Aber wenn das jetzige Vorhaben so klappte, wie es geplant ist, würden sich Cubas drei Fernsehkanäle auf dem Bildschirm in ein Schneegestöber verwandeln und "Tele Martí" wäre das einzige Programm, das die Cubaner noch sehen könnten!

Man muß sich die Tragweite dieses Alptraums einmal plastisch vor Augen führen. Daß eine solche Maßnahme eklatant internationales Recht bräche und sozusagen einer Kriegserklärung gleichkäme, versteht sich von selbst.

Man stelle sich vor, Deutschland würde, beispielsweise von Ostfriesland aus, den britischen Rundfunk mit Störsendern lahm legen, um seinerseits nonstop Botschaften zu platzieren wie "Schafft endlich euer Scheißkönigshaus ab!" Angriffe auf solche Störflugzeuge zur Wiederherstellung der Souveränität Kubas könnten dann zum Kriegsgrund instrumentalisiert werden.

An anderer Stelle des Strategiepapiers ist man an die Lügenkampagne gegenüber dem Irak vor der Aggression erinnert, als Washington dem Land den Besitz von Massenvernichtungswaffen unterstellte. Kuba, so wird nun behauptet "forsche, zumindest bis zu einem gewissen Grad an offensiven biologischen Waffen". Dabei hatte Jimmy Carter vor seinem Besuch in Havanna Experten befragt, die ihm versicherten, daß die Behauptung jeglicher Grundlage entbehre. Das hindert freilich die Bush-Kriegstreiber nicht, die Angstkulisse aufzubauen, wobei sie unterschlagen, daß die USA selbst der größte Biowaffenbesitzer der Welt ist. Ohne Beweis wird weiter behauptet: Kuba habe den "Status als staatlichem Sponsor von Terrorismus". Und was macht man mit solchen Ländern?! Wie hatte kürzlich Ernesto Cardinal entgegeng gehalten: Auf Kuba gäbe es tatsächlich viele Menschenrechtsverletzungen - von den USA in Guantanamo.

Gesellschaftliche Zersetzung

Die Subversion von außen trifft auf eine auch innenpolitisch ernste Lage. Trotz gewisser Erfolge stagniert die Wirtschaft, wobei eben 2,6 % Zuwachsrate nur die eine Seite der Kubanischen Ökonomie kennzeichnet. Der Zuckerpreisverfall nimmt kein Ende, deshalb mußte die Hälfte der Zuckerfabriken stillgelegt werden. 500 000 Arbeitslose mehr waren die Folge, wovon 100 000 vom Staat weiter unterstützt werden. Die Auslandsverschuldung steigt, sie war vor Jahren schon bei 11 Milliarden Dollar angelangt (ohne Russlandschulden) und der Kredit Venezuelas beläuft sich schon auf 900 Mill. Dollar. 1998 waren 94% der Arbeitskräfte Staatsangestellte, heute sind es noch 70%. Es bildet sich eine neue soziale Unternehmerschicht heraus. Die Regierung hat den Bildungsetat um 40% erhöht. Z.B. wurden 700 Schulen renoviert und man will der 20er Schülerklasse näher kommen.

Was die Gesellschaft zerrüttet und dem erklärten Ziel des Aufbaus des Sozialismus direkt entgegenläuft, ist die anhaltende und zunehmende Ungleichheit. Sie wurde durch die Verhältnisse und durch die Blockade erzwungen und ist im Großen und Ganzen nicht auf eine falsch politische Linie zurückzuführen. Doch auf Dauer kann diese Ungleichheit nur zur Zersetzung des sozialistischen Bewusstseins führen. Die großen Diskrepanzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit müssen zur Unterminierung der kubanischen Gesellschaft führen.

Am schlimmsten ist die Schere zwischen Arm und Reich und zwischen Dollarbesitzern und Pesoentlohnten, die über keinen Zugang zu Dollars verfügen. In den Städten sind ungefähr 20 % sehr arm, viele Alte und alleinerziehende Frauen mit Kindern. Die staatliche Nahrungsmittelration reicht nicht mal für den halben Monat. Der Schwarzmarkt blüht weiter auf und die Diebstähle nehmen zu. Auf der anderen Seite wächst die neue soziale Hierarchie heran und die Korruption. Da ist der arme Osten des Landes, die regionalen Unterschiede

verschärfen sich. Auch die sozialen Unterschiede zwischen Schwarz und Weiß sind unübersehbar. Bei der kubanischen Jugend wirkt das regionale Pathos immer weniger. Zu entfernt sind die Zeiten des Tyrannen Batista. Viele Jugendliche träumen von den Konsumtempeln im glitzernden Miami, von denen ihnen ihre Cousins vorschwärmen. Daß ihre Zukunft im Falle eines Umsturzes auch vieles gemeinsam haben wird mit den Elendsvierteln von Mexico-City, daran denken die wenigsten.

Wenn die 870.000 Mitglieder zählende Partei immer weniger zu melden hat, manifestiert das den politischen Krisenzustand. Der Parteitag wurde immer wieder aufgeschoben. Ein Zeichen der politischen Ratlosigkeit? Mit Repressionen allein kann man dies Entwicklung nicht stoppen und man ist im Falle einer US-Aggression von bürgerkriegsähnlichen Zuständen nicht gefeit. In Polen wurde einst durch Jaruselski das Kriegsrecht ausgerufen und die Offiziere an die Schaltel ge schickt. Die Implosion der sozialistischen Grundstrukturen konnte damit nicht aufgehalten werden. Nun kann man die polnische Geschichte nicht mit der kubanischen Geschichte vergleichen. In Kuba stehen trotz allem Massen hinter Castro und der KP. Auf der riesigen Protestkundgebung in Havanna demonstrierten 1,2 Millionen gegen den Konfrontationskurs der USA und Castro mußte sich nicht hinter kugelsicheren Glaswänden verbergen.

Aber - ist es nicht ein Alarmzeichen, wenn an Stelle der Arbeiterbewegung und der Partei die Militärs die Schlüsselpositionen in der kubanischen Gesellschaft besetzen? Offiziere als Chefs der Hotelkonzerne, in der Industrie und Landwirtschaft, im Rundfunk und sogar in Regierung und in der KP - das ist wirklich nicht der Ausdruck politischer Stärke und sozialistischen Bewusstseins!

Noch weiß ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung die beispielhaften sozialen Projekte zu würdigen. Wo sonst in Lateinamerika gibt es im Gesundheitswesen, in der Bildung, der Kultur und der Wissen-

schaft einen solch hohen für die Allgemeinheit gültigen Stand. Man denke nur an die Nachbarländer Haiti und die dominikanische Republik! Und wie sagte Fidel Castro in seiner Rede vom 14. März: "Es klingt lächerlich und hohl, Sie über Menschenrechte in Bezug auf Kuba reden zu hören. Dies ist, Herr Bush, eines der wenigen Länder dieser Hemisphäre in dem es in 45 Jahren keinen einzigen Fall von Folter, von Todesschwadron, von außergerichtliche Hinrichtung, noch einen Regierenden gegeben hat, der während der Ausübung seines Amtes zum Millionär wurde."

Mit der Solidarität nicht nachlassen - Gegenöffentlichkeit bilden

Linke in Deutschland sollen über Kuba diskutieren und es kritisieren. Doch im Vordergrund muß in dieser Zeit der Bedrängnis des revolutionären Kuba die materielle und ideelle Solidarität stehen. Die Bundesregierung und auch die SPD und die Grünen haben sich entgegen früheren Positionen auf die Seite der USA geschlagen. Sie haben sich dem Boykott der Buchmesse in Havanna angeschlossen und nun sogar in der UNO gegen Kuba gestimmt. Man sollte jedoch nicht nachlassen, diese Parteien im Sinne der Unversehrtheit Kubas zu beeinflussen. Weiterhin gilt, Kuba mit Geld - und Sachspenden zu helfen. Jetzt ist es erst recht wichtig, durch Leserbriefe in Zeitungen und entsprechenden Veröffentlichungen der Lügenpropaganda gegen Kuba entgegenzutreten und die Wahrheit über die teuflischen Pläne des Imperialismus ans Tageslicht zu bringen. Sollte es wirklich zum Äußersten kommen müssen bereits im Anfangsstadium Demonstrationen dagegen organisiert werden. Seien wir wachsam, denn Kuba "befindet sich im Moment in großer Gefahr." (Fidel Castro)

Spenden an die Freundschaftsgesellschaft BRD - Cuba e.V.
Postgiroamt Köln, Kt. Nr.
307984-507 BLZ: 370 100 50

Guantanamo

1898 im "Spanisch - Amerikanischen Krieg" besetzten US-Truppen vier Jahre Kuba, einschließlich des Hafens in der Bucht von Guantanamo. "Im Tausch gegen den Abzug der Truppen stimmte die kubanische, von Washington eingesetzte Regierung zu, den Platt Zusatz, der in den USA bereits Gesetz geworden war, (vergleiche das Helms-Burton-Gesetz 1996 ein Jahrhundert später) in Cubas neue Verfassung aufzunehmen. Durch die Umwandlung der Insel von einer spanischen in eine neoamerikanische Kolonie führte der Platt Zusatz faktisch zur Kontrolle von Cuba durch Washington.

Zwischen den Plünderungen, die der Platt Zusatz legalisierte, war auch die Erlaubnis, die 45 Quadratmeilen Zone auf beiden Seiten der Bucht von Guantanamo zu pachten. Daraus wurde der Marinestützpunkt von Guantanamo nahe der Südspitze von Cuba, einer strategisch günstigen Position in der Karibik und gleichzeitig ein Tiefseehafen, der von unschätzbarem Wert für Cuba wäre, wenn die Kubaner die Kontrolle über ihn hätten.

Die kubanische Regierung, die ihre Ernennung Washington verdankte, unterschrieb 1903 die schriftliche Vereinbarung, daß der Pachtvertrag für Guantanamo solange nicht ausläuft, bis sich beide Seiten mit seiner Auflösung einverstanden erklären. Die derzeitige kubanische Regierung verlangte am 5. März 1959, daß Washington seine Besetzung der Guantanamo Provinz beendet. Doch Washington "pachtet" das Land weiterhin, der ursprüngliche Preis betrug 2000 US\$ in Gold pro Jahr, heute sind es 4085 US\$ in Form eines Schecks, den Havanna seit 1959 nicht mehr eingelöst hat.

Der Pachtvertrag besagt, daß das Gebiet "nur als Kohleabbaugebiet oder als Marinebasis und zu keinem anderen Zweck" genutzt werden darf. Doch Washington hat Guantanamo schon immer für jeden Zweck genutzt, der ihm gefiel. Als die Bush Regierung den Krieg in Afghanistan begann, verwandelte das Verteidigungsministerium den Marinestützpunkt in ein Konzentrationslager für mehr als 600 Gefangene aus Afghanistan und mindestens 43 anderen Ländern."

z-net



Die Schloten der Zuckerfabriken östlich von Havanna rauchen nicht mehr.

Kritik des Elends oder Elend der Kritik?

Plant Bush Militärschlag zur Wiedergewinnung der Präsidentschaft?

Der karibische Inselstaat, einstmals das Mekka romantischer Revolutionäre aus der reichen Welt, wird heute totgeschwiegen oder nur mehr höchst selektiv wahrgenommen. Nach dem Sturz des östlichen Sozialismus ist es außer dem garstigen Nordkorea bloß noch Kuba, das die rote Fahne hoch hält. Damit wäre es wieder das, was es über weite Strecken seiner Geschichte war, nämlich von kolonialspanischer Zeit über die antikoloniale Revolution bis zur sozialistischen: isolierter Vorposten einer historischen Entwicklung, in der es nach voller Teilhabe strebte und doch auf den Rand verwiesen wurde. Kuba stellt nicht mehr die Avantgarde der lateinamerikanischen oder gar der internationalen Emanzipation vom Kapitalismus dar. Die Gezeiten haben sich neoliberal gewendet. Aber es taugt noch immer als Schreckgespenst der herrschenden Eliten auf dem Doppelkontinent und nicht wenigen Armen in seiner südlichen Hälfte als - freilich nunmehr ferner - Hoffnungsanker, der mit einer für sie beispiellosen sozialen, bildungs- und forschungsmäßigen sowie gesundheitlichen Wohlfahrt für seine Bürger aufwartet. Den Nordamerikanern ist er immerhin ein völkerrechtswidriges, nahezu totales und sehr bedrückendes Embargo, reihenweise Attentatsversuche auf Castro und die Unterstützung der innerkubanischen Opposition wert. Sie wissen genau, was sie wollen: die Rückkehr Kubas á la Irak, d.h. oktroyiert und mit einer massiven Umverteilung politischer Positionen und ökonomischer Ressourcen verbunden. Die Exilkubaner in Miami, von Bush jr. hofiert, wetzen schon die Messer, mindestens die Älteren unter ihnen. Ihnen winkt das enteignete Privateigentum als Beute, das sind geschätzte zwei Drittel des nationalen Vermö-

gens. Den Kubanern droht die Eingemeindung in den lateinamerikanischen Hinterhof der USA, dem sie sich mit ihrer Revolution entronnen glaubten.

Paradoxa einer eingefrorenen Revolution

Es gehört zu den mannigfachen Widersprüchen einer an die Wand gedrängten sozialen Revolution, worauf Sönke Widderich (ND 28.5.04) zurecht hinweist, daß sie nach dem für sie katastrophalen Wegbrechen des sozialistischen Lagers für ihr bloßes Überleben der Überweisungen jener Exilkubaner und der Einnahmen aus dem früher verachteten Tourismus bedarf. Der Preis für die Öffnung der Ökonomie ist ihre Dollarisierung mit allen sozialmoralisch korrumpierenden Folgen. Wer im Besitz von Banknoten des Hauptfeindes ist, wird gleicher als die anderen. Ein kubanischer Reiseleiter einer ausländischen Gruppe steckt allein an Trinkgeldern pro Tag das Monatsgehalt eines Lehrers ein. Das offizielle politische System ist - vermittels der "libreta" - nur mit Ach und Krach in der Lage, die Versorgung der Bevölkerung mit Verbrauchsgütern zu garantieren. Ob und inwieweit die Alltagsmühe die politische Legitimität des Regimes untergräbt, läßt sich schwer ausmachen. Die Kubaner waren seit je Meister der Kritik, des Spottes auch am "jefe", aber nicht minder der Improvisation. Überdies lebt der Mensch nicht vom Brot allein. Der jahrzehntelange Befreiungskampf gegen Spanien am Ende des 19. Jahrhunderts, die demütigende Existenz als US-Protektorat in der ersten Hälfte des 20. mündeten in die Revolution der "barbudos". Diese war anfangs nichts weniger als sozialistisch - sie wurde es erst unter dem Druck der Konfrontation mit den USA. Im Grunde ist die Regierungspolitik

wieder auf den sozialpatriotischen Kurs der ersten Jahre eingeschwenkt, der da lautete: Patria o muerte. Damit trifft sie noch immer auf weitgehende Akzeptanz, gepaart mit Trotz (dem Feind) und Routine, abgesichert durch die Geheimpolizei und die populäre Armee. Der Grabenkrieg mit dem übermächtigen Nachbarn im Norden läßt anscheinend nur die Alternative zwischen Castroismus und US-Imperialismus zu. Das mag den beiden zupaß kommen und engt den Spielraum für moderate politische Reformen ein. Erst eine Lockerung des Würgegriffs der USA würde einer pluralen und partizipativen sozialistischen Demokratie auf Kuba die so dringend nötige Atemluft verschaffen und die bürokratischen Verhältnisse zum Tanzen bringen. Ohne die universelle Entwicklung der Produktivkräfte und des menschlichen Verkehrs, das formulierten schon Marx und Engels in der "Deutschen Ideologie", ist eine radikale soziale Revolution nicht möglich. Alles andere sind Träume-
reien am Kamin.

Die Emanzipation ist keine Geschmacksfrage

Diesen Stand der Dinge gilt es von einer Linken, die diesen Namen verdient, zu allernächst zur Kenntnis zu nehmen. Erst von ihm aus greift fundierte Kritik als eine des produzierten und daher auch aufhebbaren Elends. In diesem Sinne wäre Solidarität nicht nur die vielbeschworene "Zärtlichkeit der Völker", sondern auch die Empathie des Urteils, die alles andere als umstandslose Akklamation bedeutet, vielmehr den Maßstab der Kritik in der Dialektik des Prozesses selbst und nicht im eigenen Kopf sucht. Je selbstbewußter und kraftvoller eine linke Bewegung ist, desto mehr ist sie zu solcher Reife fähig, vgl. etwa die Kritik Rosa Luxemburgs am Ver-

lauf der russischen Revolution. Umgekehrt umgekehrt. Die Ohnmacht der Linken hierzulande und in Europa schlägt nicht selten in Mäkelei an der politisch-sozialistischen Empirie anderer um, die sich jedenfalls jenseits einer Schwelle abmühen, von der unsere Zustände meilenweit entfernt sind. Heinz Dietrich Steffen (im o.g. ND) ist daher zuzustimmen, wenn er die aparte Werferei mit Steinen im Glashaus durch Linke oder mehr noch Gewendete anmerkt. Ihr, die ihr weder fähig

oder gar willens seid, der neoimperialistischen Hegemonie in den Arm zu fallen, steht der beleidigte oder müde abwinkende Gestus, wenn die Rede auf Kuba kommt, schlecht zu Gesicht. Die sozialistische Revolution erfordert nichts mehr als politische Meisterschaft unter günstigen historischen Bedingungen. Sie ist ein langwieriger Weg mit vielen Hoffnungen, Rückschlägen und Fehlern. Kuba hat ihn beschritten, um der Würde seiner Menschen willen. Das mindeste, was die hiesige Linke tun

kann, ist, ihn gerecht zu würdigen, d.h. das Erreichte zu wägen, ohne die Mängel zu verschweigen. Richard Wagner hat in den "Meistersingern von Nürnberg" die Kritik des besserwissenschaftlichen Beckmessers trefflich als das charakterisiert, was sie ist, nämlich eine kleinliche Schmähung. Es gibt jedoch nicht wenige andere Stimmen und Initiativen im linken Lager, die dem umkämpften sozialistischen Vorposten gewogen bleiben, und das ist gut so.

Gerhard Armanski

Zu den Montagsdemonstrationen

Bei Redaktionsschluß Ende August ist es noch zu früh, die Bewegung gegen die Agenda 2010 anlässlich der Hartz IV-Aktualisierung zu bewerten. Während der Zulauf im Westen nicht allzu groß ist, (in Nürnberg beteiligten sich weniger als 1 % der dortigen Arbeitslosen) entwickelten sich die "Montagsdemonstrationen" im Osten zu einer echten Massenbewegung. Dort waren die Hartz-IV-Gesetze der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte; zuviel an Diskriminierung und Benachteiligung durch die Berliner Politik hatte sich angestaut und ist nun in Wut und Empörung umgeschlagen. In dem von 18 %-Massenarbeitslosigkeit betroffenen Osten müssen die Sprüche von "Fordern und Fördern" wie Hohn klingen. Vier Millionen Menschen sind durch Hartz IV betroffen. Wie der DGB schätzt, werden allein in Thüringen von 120.000 Arbeitslosenhilfempfängern 95.000 weniger oder gar keine Leistungen mehr bekommen.

Mit der Losung "Wir sind das Volk" und "Weg mit Hartz IV!" sind die Menschen am 2., 9. und 16. August auf die Straße gegangen. Die Teilnahme steigerte sich von Mal zu Mal und für den 23. August wurde von den Organisatoren die wahrscheinlich überhöhte Zahl von 130.000 genannt. Sie demonstrierten in 142 Städten, davon sollen sich in 38 Städten des Westens 30.000 Menschen versammelt haben. (z.B. in Berlin 2 x 30.000, in Magdeburg 6.000, in Nürnberg etwa 500). Vielerorts such-



ten linke Gruppen und Parteien daraus ihren Nutzen zu ziehen, andererseits gaben sie auch organisatorischen Unterstützung. Im Westen tat sich dabei die MLPD hervor, im Osten die PDS. Politisch versuchte kaum eine linke Gruppe über den altsozialdemokratischen Tellerrand hinaus Aufklärung zu leisten. Die Linken sollten jedenfalls die berechtigten sozialen Anliegen der Bewegung unterstützen, vor Illusionen jedoch warnen.

Eine Anzahl Gewerkschafter, vor allem aus dem Bereich von ver.di, IG Bau, GEW u.a. beteiligten sich. Der DGB selbst wollte nichts davon wissen, da er den Erfolg vom 3. April als 500.000 zu mobilisieren waren, am 1. Mai nicht mehr fortzu-

setzen in der Lage war. So fiel der DGB-Bundesvorstand der neuen Bewegung in den Rücken, auch mit Rücksicht auf die SPD geführte Regierung: "Der DGB und seine Gliederungen rufen zu Aktionen wie Montagsdemonstrationen nicht auf, insbesondere dort, wo sie zu parteipolitischen Zwecken missbraucht werden. Die Gewerkschaften werden Demagogen, gleich welcher politischen Schattierung, energisch entgegnetreten." In einer Pressemitteilung vom 19.8. distanzierte sich der DGB sogar von der Forderung: "Hartz IV muss weg". Es gehe nun darum "die sozialen Zu-mutungen zu korrigieren."

Es ist fraglich wie lange das Anschwellen der Demonstrationen

anhält, vor allem wenn die Teilnehmer zur Kenntnis nehmen müssen, dass sich die etablierten Parteien und die Regierung am Festhalten von Hartz IV nicht abbringen lassen. Einige Trostpflasterchen hat die Schröder-Regierung nun doch verkündet, wie den früheren Auszahlungstermin und die Erhöhung von Kinderfreibeträgen. In mehreren Fällen

haben Rechtsradikale versucht, die Demonstrationen in ihrem Sinne zu missbrauchen. So hatten sich z.B. am 2. August in Magdeburg 80 Neonazis an die Spitze des Zuges gesetzt, mitsamt ihren Parolen gegen Ausländer und Flüchtlinge. Wenn die Mehrzahl der Demonstranten nicht in der Lage und Willens war jene von dort zu vertreiben, so zeigt das auch die

politische Schwäche solcher spontan bestimmten Protestaktionen. Eine endgültige Bewertung behalten wir uns vor, wenn die Übersicht klarer wird.

Hinweis: Großdemonstrationen sind in Vorbereitung für den 2./3. 10 in Berlin und für den 6.11. in Nürnberg vor der "Bundesagentur".

Zur Diskussion um die Konferenz linker Gruppen in Leverkusen

Noch einige Worte zur Konferenz in Leverkusen im Januar dieses Jahres, als erfreulicherweise einst verfeindete kommunistische Gruppen unterschiedlicher Herkunft, in sachlicher Weise über Vergangenheit und Zukunft diskutierten. Daran hatten teilgenommen: die DKP (Initiator Steigerwald) als Einlader und Genossen aus dem trotzkistischen Lager, der PDS, sowie die Gruppen Arbeiterpolitik und Arbeiterstimme, aus der Tradition der KPO (Brandler/Thalheimer) stammend. Wenn jetzt im Nachhinein ein heftiger Streit über die Vergangenheit vom Zaun gebrochen wird ("Stalinismuskonversation") ist das nicht im Sinn der Konferenz, die zwar auch die Vergangenheit berührte, die aber vor allem das Gemeinsame von heute in den Vordergrund stellen wollte und die Suche nach Wegen, die Ohnmacht der revolutionären Linken zu überwinden. Die Geschichte muß aufgearbeitet werden, ansonsten ist es nicht möglich, die richtigen Lehren zu ziehen. Das darf jedoch nicht in haßerfüllter Weise geschehen und nicht indem eine Gruppe deswegen die andere heftig angreift. So wird die kleine Blume ersten Zusammenfindens schnell wieder zertreten. Die sich ein Stück vorwagten, sind dann auch in der eigenen Partei schnell wieder isoliert. Anschließend die Meinung eines Freundes der Gruppe aus Berlin.

Zur jüngsten Stalinismusdebatte

Es hätte für die dezimierte und zerstrittene deutsche Linke eine Sensation sein können, als Ende Januar erstmals seit Trotzki's Parteiausschluss, seiner Ausweisung aus der UdSSR und dem Rausschmiss der Anhänger Brandlers und Thalheimers aus der KPD an der Karl-Liebknecht-Schule in Leverkusen Nachfahren aller drei kommunistischen Richtungen zu friedlichem Thesenstreit zusammenkamen. "Keinerlei Ausgrenzung" hieß die Parole der von Robert Steigerwald (Vorsitzender der DKP-nahen Marx-Engels-Stiftung) und Hans Joachim Krusch (Vorsitzender des Marxistischen Arbeitskreises zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der PDS, jüngst verstorben) organisierten Konferenz mit dem Thema "Zur Problematik der Übergangsforderungen in der Strategie der sozialistisch-kommunistischen Bewegung. Geschichtliches und Aktuelles".

Die größeren Medien und das

DKP-Organ Unsere Zeit schwiegen sich über die Tagung aus, während die in Brandlers Tradition stehenden Vierteljahresschriften Arbeiterpolitik und Arbeiterstimme sowie die Sozialistische Zeitung (SoZ) nur kurz darüber berichteten. Mit Steigerwald und den Marxistischen Blättern waren sie der Ansicht, in Leverkusen habe es auch Meinungsverschiedenheiten, vor allem aber viel Übereinstimmendes, eine vertrauensbildende Atmosphäre und Ansatzpunkte zu weiterer Diskussion gegeben.

Vier Monate später setzte es heftigen Streit. Anlass war eine überraschend mutige Tat der Berliner jungen Welt, die am 12. und 13. 5. das überarbeitete Konferenzreferat Christoph Jünkes zum historisch-theoretischen Teil oben genannten Themas veröffentlichte. Erntete Jünkes Beitrag im solidarischen Kritikrahmen der Tagung gleichermaßen Lob wie Tadel, so rief er in gedruckter Form "Traditionallisten" in und außerhalb der DKP

auf den Plan, deren Bewusstseinsstand Steigerwald zufolge etwa dem der "Geschichte der KPdSU (B). Kurzer Lehrgang" von 1938 entspricht.

Jünke hatte einen alten, von 1956 stammenden Beitrag des linken Sozialdemokraten Peter von Oertzen referiert, der damals festgestellt hatte, ein Bündnis mit Vertretern des Stalinschen "Kommunismus" sei so lange unmöglich, bis jede KP von der Moskauer Zentrale unabhängig sei, habe doch die Abhängigkeit immer wieder Verrat an der Arbeiterbewegung zur Folge gehabt. Dazu meinte der Referent, Stalins "Hypothek von Gewalt und Verbrechen" bleibe bestehen, während die Tatsache, dass seit über einem Jahrzehnt die Zentrale nicht mehr existiert, die Grundlage einer neuen gemeinsamen Diskussion abgeben könnte. Aber: "Der Stalinismus war immer auch und vor allem eine bestimmte politische Theorie und Methodik, ein bestimmtes Denken und Handeln, die in der klassischen sozialistischen Bewegung ebenso

angelegt waren wie ihr Gegenteil. Es muss uns... deswegen vor allem darauf ankommen, jenen nicht nur historischen, sondern auch politisch-methodischen Wurzelgrund freizulegen, dessen Produkt auch der historische Stalinismus ist." Jünke lehnte den Reformismus ab. Er wandte sich zugleich gegen den Substitutionismus, die unter Stalin zur Vollen- dung gebrachte "kommunistische" Stellvertreterpolitik, in der statt der arbeitenden Klassen die Partei, d. h. deren Bürokratie und Diktator, als allein entscheidende Instanz fun- giert. Dies Prinzip habe "auch im späteren, ‚real existierenden Sozialismus‘, im Liberalstalinismus" gegolten. Aufgabe der heutigen Lin- ken müsse es sein, sich über Ziele und leitende Werte zu verständigen, die immanenter Bestandteil eines neuen sozialistischen Übergangs- programms und entsprechender Übergangsforderungen werden soll- ten.

Anhänger der Weisheiten des "Kurzen Lehrgangs" sahen hierin schwerste Tabubrüche, vor allem weil Jünke nicht nur die Existenz des historischen Stalinismus konstatierte, welche sie als antikommunistische Propaganda abtun, sondern auch die Fortdauer seiner Methodik und die Notwendigkeit, bis an deren Wurzeln zu gehen. Die Weisheitsträger dachten nicht daran zu prüfen, ob das richtig oder falsch ist. Sie machten pauschal Front gegen "Trotzkismus" und "Kleinbürgerlichkeit".

In der jungen Welt vom 21. 5. 2004 wettete Hans Heinz Holz, Mit- glied der DKP-Programmkommission, Jünke schwinge "die Stali- nismus-Keule, um damit die Kommunisten moralisch und poli- tisch totzuschlagen". Holz bekannte sich "zum Heimatland und zur Hoffnung der Arbeiterklasse in der ganzen Welt", der UdSSR. "Das galt und gilt gerade und besonders von der Zeit, in der Stalin Generalsekretär der KPdSU war. Denn mit sei- nem Namen... verband sich die ebenso rigorose wie unbeugsame Kampfbereitschaft, die Existenz der Sowjetunion zu erhalten, um auf dem Weg zur Ausbreitung des Sozi- alismus einen weltweit zu respektie- renden und zu fürchtenden Macht-

faktor einsetzen zu können." Im Hinblick auf die Staatserhaltung stimmte das, hinsichtlich der Sozia- lismus-Expansion keineswegs. "Welcher Kommunist" - so Holz - "war nicht von Zorn und Trauer erfüllt, als nach dem Zweiten Welt- krieg die griechische Revolution im Stich gelassen wurde, weil die Sowjetunion sich 1946 keinen bewaffneten, gar atomaren Konflikt mit dem Westen hatte leisten könn- en? Wer will Thorez oder Togliatti einen Vorwurf daraus machen, dass sie den bitteren Verzicht auf einen sozialistischen Umsturz in Frank- reich und Italien in Kauf nahmen...? Nur ein Sozialdemokrat wie Peter von Oertzen kann darin einen Verr- at an der Arbeiterklasse sehen." Historisch bewanderte Zeitzeugen erinnern sich allerdings daran, dass dem Vorgang in Südosteuropa Stal- ins Zustimmung zu Churchills Vor- schlag über dortige Interessensphä- ren vorausging, nach der Griechen- land zur britischen Sphäre gehörte; und es nach 1945 zeitweise keine einsatzbereite US-Atombombe gab, ein neuer Weltkrieg auch von ameri- kanischer Seite damals so gut wie ausgeschlossen war. Die KP-Führer Italiens und Frankreichs waren von der KPdSU-Spitze abhängig. Die aber strebte ungeachtet aktueller politischer Querelen weiter eine Kooperation mit dem Westen an. Holz kennt die historischen Gege- benheiten nicht oder will sie nicht kennen. Er verdammt Kontrahenten wie Jünke als Kleinbürger, weil sie angeblich geschichtliche Prozesse "ausschließlich oder vorwiegend nach Normen der Moral" beurteilen, und heftet ihnen so ein Etikett an, das in Hochzeiten des Stalinismus Mittel der Stigmatisierung war.

In der jW vom 2. 6. meldete sich daraufhin Jünkes Redaktions- kollege bei der SoZ, Manuel Kellner, zu Wort, der im Gegensatz zu ihm Mitglied der IV. Internationale ist. Im Streit mit Holz, dem "metaphysi- schen Idealisten", verwies Kellner auf das Faktum, dass der hundertt- ausendfache stalinistische Mord an Kommunisten und das Abwürgen fortschrittlicher Entwicklungen in anderen Ländern keiner Mixtur von revolutionärer Unbeugsamkeit und weltpolitischer Weisheit entsprang,

sondern gesellschaftlichen Interes- senkonflikten. Darin ging es um die Herausbildung einer sowjetischen Bürokratie sowie um Sicherung und Ausbau ihrer Herrschaft. Kellner geriet mit ins neostalinistische Abwehrfeuer.

Willi Gerns, bis 1990 Mitglied des DKP-Präsidiums, kehrte in der jungen Welt vom 26. 5. den Oberleh- rer hervor. "Jünke hat zum Konfe- renzthema ‚Übergangsforderungen im Kampf um den Sozialismus‘ kaum etwas beigetragen, sondern im wesentlichen über ein anderes Thema, den ‚Stalinismus‘, referiert", räsionierte er und bekundete so, die vorgegebene Themenstellung nur teilweise verstanden zu haben. Er bestritt Abhängigkeiten der KPD und DKP von Moskau, später auch von Ostberlin, und färbte den diesen Parteien nachgesagten Kadaverge- horsam zur solidarischen Verbun- denheit mit Freunden um. Von Oertzen hingegen kam bei ihm schlecht weg, weil er angeblich mit "Ver- leumdungen der KPD dem Adenau- er-Regime... Munition von ‚links‘" geliefert habe. Er lastete ihm, dem Kritiker der SPD-Spitze, deren akti- ve Beteiligung "an der Restauration des Monopolkapitalismus" und bedingungslose Unterstützung des US-Imperialismus an.

In der jW vom 18. und 25. 5. bzw. vom 5.-7. 6. kamen fast auss- chließlich LeserbriefschreiberInnen vom Schlage Holz zu Wort. Sie gin- gen auf Trotzkiistenjagd, einer sogar zweimal hintereinander. Er belehrte den Leser, das "Kommunistische Manifest" von 1848 habe die Frage, wer Sozialist oder Kommunist sei, für alle Zeiten verbindlich beant- wortet. "Sozialistische Linke" aber übernahmen "bürgerliche Propa- ganda und Begriffe (wie z. B. Stali- nismus)", sie stellten den "konse- quenten Aufbau des Sozialismus in der UdSSR bis Mitte der fünfziger Jahre" als "Verbrechen der Stalinis- ten" resp. "Verrat an der Arbeiterbe- wegung" dar. Die Behauptung des Autors, über Einzel- und Massen- mordaktionen zur Liquidierung der Lenin-Partei könne nur ein speziell- les, bei Kellner "lungerndes" Blatt Papier Auskunft geben, war ange- sichts der Fülle aktenkundiger Beweise ungeheuer dreist.

Eine Leserin mokierte sich über Jünkes Ansicht, auch "Trotzkisten" wären Kommunisten. Eine andere erläuterte, was Anhänger Trotzkis von "Marxisten-Leninisten" unterscheidet. Sie konstatierte, mit deren Leugnung des "Sozialismus in einem Land" lasse sich "die sozialistische Revolution auf den Sankt-Nimmerleins-Tag hinausschieben". Da Trotzki Organisator und Befehlshaber des Oktoberaufstands war, mutet dieses Argument einfach komisch an. Ebenso kärglich fundiert ist die ihm beigelegte These von der negierenden Haltung der "Trotzkisten" zur Partei: Gerade sie haben diese vor Stalin zu retten versucht.

Die Palme gebührt dem ranghöchsten Briefverfasser, einem Mann der DKP-Programmkommission. Er warf Jünke völlig unbegründet vor, "die Frage der Diktatur des Proletariats mit Hilfe der ‚Stalinismus-Debatte‘... umgehen zu wollen". Dadurch aber - so sein Schluss - werde "die Arbeiterklasse desavouiert, ihre geistige Sklaverei verfestigt... Denn die Dialektik von Ziel und Mittel wird abstrakt auf die Frage reduziert, welcher Weg angenehmer als der Stalinsche sei." Als Beweis diene dem Streiter wider geistige Sklaverei Clara Zetkins Buch "Um Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution", in dem sie die proletarische Diktatur treffend als "Notwehr zum Schutze und für die Weiterentwicklung der Revolution" definierte. Gleich dem Erscheinungsjahr des Buches - 1922 - verschwieg er die Tatsache, dass diese Diktatur keineswegs mit Stalins bürokratischer Diktatur identisch war. Zum Glück vergaß er, aus der wenig bekannten Schrift Zetkins Frage wegzulassen, wo die Grenze sei, "an deren Jenseits das Wohl von Millionen, des Gesellschaftsganzen, die äußerste und furchtbarste Gewaltanwendung gebietet - die Auslöschung menschlichen Lebens? Wo diese Gewaltanwendung aufhört, eine sich selbst sühnende Tat sozialer Notwehr zu sein und zum scheußlichen, gemeinen Verbrechen wird, das der Achtung vor dem Wert jedes Menschenlebens widerspricht, die im Gegensatz zum Kapitalismus zu den obersten Gesetzen

des Kommunismus zählt." Bis zum Schluss wirkte Clara Zetkin Stalin nach Möglichkeit entgegen. 1922 hatte sie offenbar sein Terrorregime vorhergesehen.

Diskussionsbeiträge von Uwe-Jens Heuer, Bundessprecher des Marxistischen Forums, und Gerhard Zwerenz in der jW vom 11. bzw. 24. 6. enthalten teils treffende, teils fragwürdige Äußerungen zur Staats- und Revolutionstheorie, beziehen sich aber nur am Rande auf den hier behandelten Konflikt. Während Heuer Holz' Attacke prinzipiell gut hieß, kritisierte Zwerenz Holz, der wissen müsse, "welche Wunden er aufreißt".

Inzwischen war gleich Jünke und Kellner auch Steigerwald unter Feuer geraten, d. h. von "Traditionisten" aus den eigenen Reihen als Weichei attackiert worden. In der jW berichtete er am 18. 6. 2004, "Briefe einiger Genossen" erhalten zu haben, "die nach Jünkes Beitrag schrieben, da sähe ich doch, dass Unternehmen dieser Art (gemeinsame Konferenz in Leverkusen) sinnlos seien und es ganz und gar unangebracht sei, dass ich nicht ‚härter‘ im Dialog mit den trotzkistischen Partnern reagiert hätte". Zur Rechtfertigung seiner Haltung behauptete er, J. habe in Leverkusen anders geredet und dann sein Referat zweimal umgearbeitet - einmal für die junge Welt, das andere Mal für die Marxistischen Blätter. Ein Vergleich zwischen beiden Publikationen und die Nachfrage bei Jünke erweisen: Der Text wurde nur minimal verändert, und zwar von der jW-Redaktion; er ist zudem nachweisbar der gleiche, den Jünke in Leverkusen gehalten hat. Steigerwald wartete schließlich noch mit der falschen These auf: Die Sowjetunion nach 1945 angesichts der vom Westen drohenden Kriegsgefahr "kritisch-solidarisch" zu behandeln und die Ablösung ihrer Bürokratie von der Macht zu fordern, "wäre unter den gegebenen Umständen und angesichts faschistischer Bedrohung - objektiv! - Konterrevolution gewesen". Die reale Konterrevolution hat später gerade deshalb gesiegt, weil die Bürokratie bis zum bitteren Ende weiterregieren - und sich unter Absahnen großer Teile des Staatsei-

gentums massenhaft in die neue alte Zeit hinüberretten konnte. Soviel zu dieser - von der jungen Welt abgebrochenen - Diskussion, die diesen Namen eigentlich nicht verdient hat. Unsereins fühlt sich an SED-Partieverfahren der Zeit kurz nach Stalins Tod und dem 17. Juni 1953 erinnert, ebenso an "Diskussionen" der 90er Jahre, bei denen "linke" Presseorgane antistalinistische Artikel unterdrückten und gegen deren Verfasser Publikationsverbote verhängten. Auch hierdurch wurde versucht, Methoden aus dem Arsenal des "Kurzen Lehrgangs" zu rechtfertigen. Den ersten, bisher massivsten Vorstoß unternahm Hanfried Müller, Sahra Wagenknecht, Kurt Gossweiler und andere in den Weißenseer Blättern und kurzzeitig im Neuen Deutschland - u. a. zu dem Zweck, den PDS-Gründungskonsens über die Abkehr vom Stalinismus als System zu kippen. Steht die jüngste jW-Debatte in diesem Kontext? Sie endete mit Steigerwalds "Selbstkritik". Außer Kellners Beitrag wurde keine Antwort von Gegnern des "Kurzen Lehrgangs" veröffentlicht. Christoph Jünke ist die Veröffentlichung einer Antwort verweigert worden, in der er Angriffe auf seine Person kontert sowie Missverständnisse und Fehlinterpretationen aus dem Weg zu räumen versucht. Bemerkenswert ist das auch angesichts der Tatsache, dass die jW-Redaktion Jünkes Beitrag explizit mit der Maßgabe veröffentlicht hatte, eine Debatte zu



**Ohne Papiere
in Deutschland**

61

Niemand kann sie zählen: Menschen, die ohne Papiere in Deutschland leben. „Ohne Papiere“ meint, dass sie keine gültige Aufenthaltserlaubnis haben. Es sind Männer, Frauen und Kinder, und es sind Hunderttausende.

- Rahmenbedingungen
- Lebenssituation von Papierlosen in Deutschland
- Forderungen zur Verbesserung der Situation von Papierlosen
- Beratung, Unterstützung und Hilfe

48 Seiten, Mai 2003, 2 Euro
Magazin Verlag
Schweffelstr. 6, 24118 Kiel

entzünden, und dazu auch Hans Heinz Holz um eine Replik bat. Versuche zur Rechtfertigung stalinistischer Politik und Methodik wird es offenbar immer wieder geben. Den daraus notwendig erwachsenden Streit wegen möglicher Linksbündnisse abzuwürgen ist im höchsten Grade kontraproduktiv. Selbstverständlich braucht es Aus- und Absprachen über den Kampf aller in Frage kommenden Kräfte gegen den neoliberalen Imperialismus. Doch

darf deshalb historisch fundierter Streit über demokratische und sozialistisch-kommunistische Politik nicht nach minderqualifizierten Angriffen der einen Seite unterdrückt werden, weil es sonst schwer oder gar nicht möglich ist, aus der Geschichte zu lernen. Im Streit sind Toleranz zwischen den Partnern, Sachlichkeit, das Eingehen auf andere Standpunkte, Bereitschaft zur Anerkennung historischer wie aktueller Realitäten und zur Überprüfung eigener

Auffassungen unumgänglich. Argumente müssen wahrheitsgetreu interpretiert und beantwortet, und es darf nie wieder versucht werden, Kontrahenten zu diffamieren. Linken kann allein die Wahrheit helfen. Sie gilt es herauszufiltern und ihr den Sieg über Lügen und Legenden zu sichern. Nur so werden mögliche Bündnisse zwischen mehr als 80 Jahre lang verfeindeten Linkskräften auf eine solide Basis gestellt.
Günter Grenzroth

Rezensionen

Doernbergs Erinnerungen

Der Verfasser war knapp 21 Jahre alt, als er, einer von 30 bis 40 Deutschen innerhalb der Roten Armee, am 31. 1. 1945 wieder deutschen Boden betrat und am 23./24. 4. mit der 8. Gardearmee am Rande seiner Heimatstadt Berlin, in Köpenick/Friedrichshagen, ankam. Als Dolmetscher General Tschuikows wurde er in der Nacht vom 30. 4. zum 1. 5. Zeuge, wie Generalstabschef Krebs, beauftragt von dem als Hitlers Nachfolger zum Reichskanzler ernannten Joseph Goebbels und von Parteiminister Bormann, Waffenstillstand vorschlug, um über einen deutschen Sonderfrieden mit Stalin verhandeln zu können. (S. 80 f.) Nach dem Scheitern dieses Experiments verübte Goebbels samt Familie Selbstmord, während sich Bormann zur Regierung Dönitz nach Flensburg durchschlagen wollte und dabei umkam. Am 2. 5. kapitulierte General Weidling, Chef des Verteidigungsbereichs Berlin. Der Autor half, dessen entsprechenden Befehl an die Truppe zu vervielfältigen und ihn ihr zuzustellen. Er war auch bei der Kapitulation der restlichen deutschen Wehrmacht am 8./9. 5. 1945 im ehemaligen Offizierskasino einer Pionierschule in Berlin-Karlshorst zugegen, bekundete aber 59 Jahre später beim Vorstellen dieses Buchs im gleichen Haus, dem heutigen Deutsch-Russischen Museum, ihn

habe anderes mehr beeindruckt: der Besuch der Holsteinischen Straße in Steglitz, wo einst die jüdische und kommunistische Familie Doernberg - seine Eltern, Schwester Eva und er - wohnten.

Der Vater, Ingenieur, KPD-Mitglied und Funktionär im Erwerbslosenausschuss Berlins, war 1933 von den Nazis verhaftet und in der Prinz-Albrecht-Straße gefoltert worden, hatte sich dann aber nach Paris durchschlagen können. Seit Mai 1935 lebte er in Moskau. Im August selben Jahres kam die Familie nach. Sie fand Unterkunft bei hilfreichen Genossen, zuerst den Tennenbaums, die ArSti-Lesern aus Theodor Bergmanns Buch "Gegen den Strom" bekannt sind. Bis zu Evas frühem Tod 1936 besuchten beide Doernberg-Kinder die deutschsprachige Moskauer Karl-Liebke-Schule. Zwölf Monate lang war die Familie in Tadshikistan, dann wieder in der Sowjethauptstadt. Der Vater wurde 1938 in den Ural beordert und blieb bis Mitte 1939 verschwunden. Wie sich herausstellte, saß er schuldlos in Swerdlowsk in Untersuchungshaft, konnte aber insofern von Glück im Unglück reden, als Stalins Große Säuberung inzwischen beendet und dementsprechend der Bedarf an GULag- und Todeskandidaten geringer war.

Einen Tag nach Stefan Doernbergs 17. Geburtstag überfiel Hit-

lerdeutschland die Sowjetunion. Eine Woche später wirkte der Verfasser mit anderen Freiwilligen vom Komsomol beim Bau von Befestigungen südlich Smolensk gegen die faschistische Offensive mit. Zur Armee wurde er seiner deutschen Herkunft wegen nicht zugelassen. Aus demselben Grund sperrte man ihn von Januar bis Juni 1942 in ein Arbeitslager im Nordural. Kurz darauf berief ihn dann allerdings die Komintern an ihre Schule in Kuschnarenkovo bei Ufa, zu deren Kursanten auch Wolfgang Leonhard gehörte. Anders als dieser wurde Doernberg im August 1943 nicht zur Unterstützung des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD) eingesetzt, sondern in einer der Politischen Hauptverwaltung der Sowjetarmee unterstehenden Einheit, die - bisweilen zusammen mit NKFD-Vertretern - mittels Flugblättern und Lautsprecherwagen das betrieb, was die US-Amerikaner und Briten psychologische Kriegführung nannten. (S. 55) Mit der 8. Gardearmee kehrte er nach Berlin zurück. Dazwischen lagen Maidanek und das Ghetto von Lodz, die Festung Poznan, das KZ Sonnenburg und die enorm verlustreiche letzte große Schlacht des zweiten Weltkriegs westlich der Oder. In den ersten Jahren nach 1945 war Stefan Doernberg, inzwischen verheiratet, für Abteilungen der Sowjetischen Militäradminis-

tration in Mecklenburg und Thüringen tätig - als Dolmetscher, persönlicher Referent eines Generals, Zensor und durch Kontakte zur Bevölkerung, meist zur Prominenz. Er besuchte SED-Parteitage und einen LDPD-Parteitag, lernte ostdeutsche Politiker und Oberst Tulp-anow kennen, dem die politische Kontrollbehörde unterstand. Von 1947 bis 1950 war Doernberg Redakteur der sowjetamtlichen "Täglichen Rundschau" in Berlin. Im Buch spießt er eine aus jener Zeit stammende Fälschung auf, die jahrzehntelang als Wahrheit kolportiert wurde. Demnach hatte Stalin in seiner Grußbotschaft von 1949 die DDR-Gründung als Wendepunkt in der Geschichte Europas bezeichnet. Tatsächlich nannte er den Wendepunkt das Faktum, dass nunmehr in Berlin der Grundstein für ein einheitliches Deutschland als friedliebender demokratischer Staat gelegt worden sei, dessen Existenz neben jener der Sowjetunion die Möglichkeit eines neuen Krieges in Europa ausschließen würde. (S. 156)

Dem Berlin-Aufenthalt des Verfassers folgte ein nochmaliger Aufenthalt in der UdSSR bis 1955. Doernberg wurde in die Reserve entlassen, beendete sein Fernstudium der Geschichte an der Lomonossow-Universität und arbeitete für die Zeitschrift "Sowjetliteratur". Danach endgültig in Ostdeutschland, nun der DDR, ansässig, hatte er 1955-1961 den Lehrstuhl Allgemeine Geschichte am Institut für Gesellschaftswissenschaften der SED inne. Er verteidigte 1959 seine Dissertation und veröffentlichte sodann das darauf basierende Buch "Die Geburt eines neuen Deutschland" über Vorgeschichte und erste Schritte der DDR. 1961-1971 war er am Deutschen Institut für Zeitgeschichte (DIZ) aktiv, zunächst als Vizechef unter Walter Bartel, danach als Direktor. Als 1971 auf Parteibefehl mehrere wissenschaftliche und politische Einrichtungen, darunter das DIZ, zum Institut für internationale Politik und Wirtschaft (IPW) zusammengelegt und dem ZK-Apparat der SED unterstellt wurden, erhielt er den Posten eines stellvertretenden Direktors.

1976-1982 leitete er das Institut für Internationale Beziehungen (IIB) in Potsdam-Babelsberg. 1983-1987 war er Botschafter in Finnland. Diplomatische Fähigkeiten hatte Doernberg - in höherem Maß als andere Abgesandte der DDR - bei nationalen und internationalen wissenschaftlichen Tagungen sowie im Rahmen der sogenannten Volksdiplomatie, beim Deutschen bzw. DDR-Friedensrat und beim DDR-Komitee für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit, erworben, dessen Präsident er bis zum Abgang des zweiten deutschen Staates blieb.

Aus Sicht des Rezensenten, der ab 1962 dem DIZ sowie von 1971 bis 1990 dem IPW angehörte, ist der Bericht des Verfassers über diese Zeit insofern lückenhaft und ergänzungsbedürftig, als er vergleichsweise zu viel über Tagungen und Reisen, zu wenig jedoch über die Institute, auch das IIB, enthält. Deshalb einige Anmerkungen und Nachträge.

Der Autor konstatiert, bei seiner Berufung ans DIZ habe er nichts von der damit verbundenen Absicht gewusst, den einstigen Vorsitzenden des illegalen Internationalen Lagerkomitees im KZ Buchenwald Bartel vom Direktorposten abzulösen. (S. 205) Das ist richtig. Nur vergisst er zu erwähnen, worin der Dreh- und Angelpunkt des für Politik und Geschichtsschreibung wesentlichen Konflikts zwischen der SED-Führung und Bartel bestand: Es ging Erstgenannter darum, den von diesem vertretenen, sachlich zutreffenden Standpunkt zu desavouieren, den Kampf mit der faschistischen Diktatur hätten die Widerstandskämpfer in Deutschland ausgetragen, nicht Ulbricht und die Gruppe in Moskau, die zudem jahrelang von der Heimat abgeschnitten war. Dieser Standpunkt, so das Kalkül der Führung, sollte nicht mehr aufkommen, daher mussten seine Träger ins Abseits.

Doernberg erwähnt im weiteren Text zwar seine "Kurze Geschichte der DDR", die ab 1964 in mehreren hohen Auflagen herauskam. Er teilt mit, wie es ihm gelang, in die dritte Auflage von 1968 noch-

mals einen lobenden Satz über den XX. KPdSU-Parteitag hineinzubringen, der bei der deutschen und nunmehrigen sowjetischen Parteispitze herzlich unbeliebt war. Doch schweigt sich der Verfasser über seine Mitarbeit an der 1966 erschienenen, fast die gesamte Druckkapazität der DDR ausschöpfenden "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" unter Ulbrichts Regie aus, deren achter Band vornehmlich auf ihn zurückgeht.

Die IPW-Gründung 1971, die auch für ihn völlig überraschend kam, kennzeichnet er treffend als "Einschnitt, der nicht nur positive Auswirkungen hatte", war doch die bisherige Eigenständigkeit dahin, das neue Institut "weitaus stärker an die Weisungen der Obrigkeit gebunden", hatte doch er selbst nun "weniger Einfluss auf die Grundrichtung der zeitgeschichtlichen Forschung und des politologischen Denkens" (S. 248) - all das, wie hinzugefügt sei, weil der Parteiapparat "faulem Liberalismus" die Zügel anlegte. Indes ist nachzutragen, dass es schon Mitte der 60er Jahre, dann nochmals nach Gründung des IPW Bestrebungen von außen gab, Doernberg am Zeug zu flicken. Das hing damit zusammen, dass er um ein kameradschaftliches statt obrigkeitliches Verhältnis zu den Mitarbeitern bemüht und es unter seinem Direktorat leichter möglich war, an sekretierte Schriften heranzukommen - so der Rezensent an Deutscher Trotzki-Biographie.

Ein Wort zu jenen Passagen, in denen der Autor zeitgenössische Eindrücke und später gewonnene Erkenntnisse wiedergibt. Sie enthalten viel Richtiges, z. T. auch Falsches und Naives. Zur Stalinära findet sich die treffende Feststellung, ohne Demokratie könne es keinen Sozialismus geben; das Demokratiedefizit - gemeint ist das in der UdSSR, anderen Ländern und der kommunistischen Bewegung - in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts habe "den Sozialismus... deformiert". (S. 36 bzw. 235) Den sowjetischen Winterkrieg gegen Finnland 1940 kritisiert Doernberg, ebenso den Einmarsch Warschauer Paktstaaten 1968 in die Tschechoslowakei und Breshnews Afghani-

stan-Invasion Ende 1979. Zum zweifelsfrei gerechten und unprovozierten Krieg gegen Hitlerdeutschland 1941-1945 konstatiert er, die Sowjetunion habe nicht wegen, sondern trotz Stalin gesiegt. Doch stellt er zugleich die falsche These auf: "Die sozialistische Planwirtschaft war zweifellos einer der Gründe für diesen Erfolg", so "weil es keine Vergeudung durch privatkapitalistische Profitmaximierung" gegeben habe. (S. 105) Davon abgesehen, dass sozialistisches oder kommunistisches Wirtschaften unter bürokratischer Herrschaft unmöglich ist und die vom Verfasser gemeinten Stalinschen Fünfjahrpläne in der Kriegszeit ausblieben, existierte in der UdSSR sicher kein Privatkapitalismus. Doch war die Vergeudung von Gut und Blut auch ohne ihn ungeheuer groß. Abenteuerlich ahistorisch ist Doernbergs Anmerkung zur Unterdrückungs- und Ausmerzpolitik: "Die Massenrepressionen dürften so eine Tarnung gewesen sein, um die Verfolgung der alten Bolschewiki, der früheren Kampfgefährten Lenins wie überhaupt all jener, die sich dem Machtmissbrauch Stalins entgegenstellen konnten und im Volke angesehen waren, glaubhafter erscheinen zu lassen." (S. 37) Verhaftungen, Gulag, Deportationen und Morde an Millionen Bauern, Arbeitern und Angehörigen der Intelligenz können allen möglichen Motiven zugeschrieben werden, so Bestrebungen zu Erhalt und Ausbau bürokratischer und persönlicher Macht, zur Mobilisierung von Zwangsarbeitern zwecks Lösung sonst unerfüllbarer Pro-

duktionsaufgaben und einer zu all dem notwendigen Umwälzung der Gesellschaft. Eine bloße Alibifunktion für andere Verbrechen war ihre Bestimmung nicht, so ungeheuerlich es für sich genommen auch war, die Lenin-Partei zu zerstören.

Dass Doernberg den Neuen Kurs der SED von 1953 als deren Verdienst hinstellt, zeugt von Unkenntnis neuerer wissenschaftlicher Publikationen. Der Kurs war ihr von der sowjetischen Führung oktroyiert worden. Ebenso von Unkenntnis zeugt die Feststellung, das SED-Zentralkomitee habe vier Tage nach dem 17. Juni eine erstaunlich selbstkritische Erklärung mit dem Satz abgegeben: "Wenn Massen von Arbeitern die Partei nicht verstehen, ist die Partei schuld, nicht der Arbeiter." (S. 176) Dieser Satz, der übrigens von Rudolf Herrstadt stammt, war seitens der in Bedrängnis geratenen Ulbricht-Fraktion nicht ernstgemeint.

Er diente ihr zeitweise als Tarnung, um den Gegenschlag vorzubereiten, der auch gegen aufmüpfig gewesene Genossen und die "Gruppe Herrstadt-Zaisser" gerichtet war. Gleiche Unkenntnis offenbart die vom Verfasser noch immer gehegte Ansicht, Ulbricht sei 1971 "in Würde verabschiedet" worden. (S. 245) Sie entspricht der propagandistischen Fassade. Hinter den Kulissen wurde der Erste Sekretär des ZK und Staatsratsvorsitzende auf üble Weise gemobbt, bei der Sowjetführung denunziert und mit deren Rückendeckung zur Aufgabe gezwungen. Zum 13. August 1961 greift Doernberg zwar nicht die

These des damals ersten Mannes im Staat auf, mit dem Mauerbau sei die DDR einem drohenden militärischen Überfall der Bundesrepublik zuvorgekommen und habe so den Frieden gerettet. Er stellt aber westliche

Spekulationen über Möglichkeiten verschärften kalten und eines begrenzten heißen Krieges so dar, als wären sie ernstzunehmende Staats- und NATO-Politik gewesen, als hätten sie - nicht das Ausbluten durch massenhafte Republikflucht - die DDR in ihrem Bestand bedroht. Seine nicht belegte Behauptung, BRD-Verteidigungsminister Strauß sei zur Auswahl der Abwurfstellen von Atombomben auf die DDR herangezogen worden und habe zusätzlich die Vorbereitung nuklearer Schläge gegen sowjetische Ziele vorgeschlagen (diese gab es in den USA seit Jahren), ist unrichtig. (S. 202 f.)

Recht hat der Verfasser damit, dass die SED-Spitze sich vom XX. Parteitag der KPdSU 1956 vermittelten Erkenntnissen hartnäckig widersetzte und auf neue Herausforderungen durch Gorbatschow 1976 dogmatisch reagierte, dass die DDR neben Rumänien Hauptbremser bei Maßnahmen zur Zusammenarbeit in Europa und bei humanitären Fragen war. (S. 185, 269 und 273)

Doernbergs Erinnerungen sind lesenswert und nützlich. Der nicht von ihm, sondern vom Verlag stammende Haupttitel des Buches stimmt insofern, als sich der Autor stets im Fronteinsatz gegen Faschismus und Imperialismus wusste, ob er nun als Sowjetoffizier, Historiker oder Diplomat tätig war. Verbunden mit der ausschließlich auf das Ende des zweiten Weltkriegs bezogenen Illustration könnte dieser Haupttitel allerdings den absatzsenkenden Eindruck erwecken, es gehe hier - wie schon so oft - ausschließlich um Krieg und Befreiung von der NS-Diktatur.

Manfred Behrend

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

Probeausgabe kostenlos

Probeabo (4 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein
(keine automatische Verlängerung)

Bestellung an:

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75-77 · D-50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax (02 21) 9 23 11 97
redaktion@soz-verlag.de · www.soz-plus.de

Stefan Doernberg: Fronteinsatz. Erinnerungen eines Rotarmisten, Historikers und Botschafters. edition ost, Berlin 2004, 288 Seiten

„Sozusagen mein dritter Beruf“

Walter Ulbricht und die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Das Buch von Lokatis füllt in der Geschichtsschreibung über die SED eine Lücke, die weiter aufklaffen würde, wäre die Partei nicht untergegangen. Wesentlich auf Grund von Akten des Zentralen Parteiarchivs (ZPA) stellt der Autor Zensurpraktiken gegenüber der KPD/SED-Historie und Korrekturen "von oben" am Geschichtsbild dar, mit deren Hilfe die jeweilige Führung ihre Strategie rechtfertigte. Erwähnenswert sind dabei hoher Aufwand bei relativ geringem Nutzen, ein im Gewirr der Disziplinierungen schwer erkennbarer roter Faden und der trotz allem im Lauf der Zeit erlangte wissenschaftliche Fortschritt.

Offiziell hat es in der DDR keine Zensur gegeben. Der Verfasser beschreibt indes die tatsächlich zu Zensurzwecken genutzten Institutionen, insonderheit das Institut für Marxismus-Leninismus (IML), vorher Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut. Er lässt auch die von Hanna Wolf geleitete Parteihochschule (PHS), das Institut (später die Akademie) für Gesellschaftswissenschaften und diverse Verlagshäuser nicht außer acht. Zum IML-Archiv, dem nachmaligen ZPA, merkt er an, dass es bis Anfang der 60er Jahre ein Ort extremer Geheimniskrämerei, chaotischer Aufbewahrungspraktiken und gewollten Signaturenwirrwarrs war. Der Rezensent möchte hier folgenden, weithin unbekanntem Vorgang einschalten: In den Auseinandersetzungen nach dem XX. Parteitag der KPdSU von 1956 bemühte sich erstmals eine Gruppe aufmüpfiger Historiker-Studenten der Humboldt-Universität Berlin um Klärung und Zugang zu den Akten. Sie erinnerte an den einst verschollenen Briefwechsel zwischen Lassalle und Bismarck, der später beim Zusammenbruch eines Akten-schranks ans Licht kam, wodurch die Kenntnisse über Strategie und

Taktik des bedeutenden nicht-marxistischen deutschen Arbeiterführers sich erheblich erweiterten. Zur auf historische Wahrheit dringenden Studentengruppe gehörte Eberhard Czichon, der damals alles andere als Thälmann-gläubig war. Das IML-Archiv hat sich, wie Lokatis berichtet, nach gründlicher Reform mit seinem Bestand an Veteranen-Erinnerungen, dem KPD-Fonds und Akten maßgeblicher SED-Instanzen zu einer Institution entwickelt, deren Vortrefflichkeit heute, wo die Bestände allen Interessenten offen stehen, voll ersichtlich ist. Davor hatte neben der Geheimniskrämerei auch die im obrigkeitlichen Auftrag zelebrierte Gutachterpraxis von IML, PHS usw. alten Parteihistorikern ebenso wie jüngeren Regionalforschern das Aufspüren der Ereignisse ebenso wie das Publizieren darüber erschwert. Durch Umschreib- und Tatsachenänderungsgebote hemmte sie den Erkenntnisprozess und verursachte hohe politische, aber auch finanzielle Kosten. Prinzipiell wurde sie nach den halbherzigen Entstalinisierungsschüben von 1956 und 1962 beibehalten. Im letztgenannten Fall geschah das auf stalinistische Art, indem nun die Lobpreisung des einst Allmächtigen und oft auch sein Name totgeschwiegen oder aus Manuskripten getilgt wurden. (S. 43 ff., 119 ff. und 228 f.)

Wandlungen im SED-Geschichtsbild belegt Lokatis zuerst mit dem Streit von 1958 um den Charakter der Novemberrevolution. Rudolf Lindau, Albert Schreiner und andere Zeitzeugen hielten daran fest, dass es sich um eine - mittels Verrat und Waffengewalt niedergeschlagene - sozialistische Revolution gehandelt habe. Der Erste Sekretär des Zentralkomitees Walter Ulbricht aber erklärte die Revolution ihres Ausgangs wegen zur bürgerlich-demokratischen, die mit den Wahlen zur Nationalversammlung im Ja-

nuar 1919 geendet habe. Er blühte das mit Hilfe karrierebewusster jüngerer Historiker und der geballten Macht der Zensurinstanzen sowohl der Zunft, als vor allem Schülern, Parteischülern und Studenten ein.

Zweiter Schritt in gleicher Richtung war dem Autor zufolge die "nationale Grundkonzeption" (Nagruko), eine gleichfalls Ende der 50er Jahre durchgedrückte Lehre Ulbrichts. Demnach hatte die KPD stets für die Nation gewirkt, kämpften nunmehr SED und DDR gegen das antinationale, USA-hörige Adenauer-Regime für ein antifaschistisch-demokratisches und später sozialistisches Deutschland. Dem Verfasser entging, dass die vermeintliche Erkenntnis nicht ganz neu war. Ansätze zu Gleichartigem fanden sich bei der KPD immer dann, wenn sie Verbalanleihen bei deutschen Nationalisten nahm. Um nun aber Marx, Engels, Bebel und beide Liebknechts als Vorkämpfer der Nagruko hinzustellen, brauchte es weit größerer Rabulistik, ebenso für die Durchsetzung jener anderen These, wonach Thälmann, Pieck und Ulbricht zur Weimar-Zeit stets für gemeinsamen Kampf mit der SPD gegen den Faschismus gewesen seien und nur die Clique um Heinz Neumann der "Sozialfaschismus"-Theorie gehuldigt habe. Die Legenden wurden festgeschrieben, allerdings um den Preis, dass geplante Ausgaben von Werken ehemaliger Parteiführer deswegen scheiterten oder durch Verfälschung bzw. Weglassen wichtiger Texte entwertet wurden. (Hierzu u. a. S. 53 ff., 97 ff. und 159 ff.) Im Falle Ulbrichts selbst führte der Widerspruch zwischen Führungsgebot und Forscherdrang dazu, dass 1984 eine Biographie entstand, die gleich darauf sekretiert wurde. (S. 339)

Ausführlich widmet sich Lokatis dem 1962-1965 unter Regie des Ersten ZK-Sekretärs in mehreren Fassungen herausgebrachten

"Grundriss" und der ebenfalls unter ihm entstandenen achtbändigen "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" (GdA) von 1966. Vor allem der erste "Grundriss" entsprach dem alten, hier charakterisierten Schema. Die GdA weist in den ersten fünf Bänden teilweise erhebliche Unterschiede dazu auf. Zwar wird auch hier die Sündenbocktheorie in Sachen "Sozialfaschismus" kolportiert und zudem die Auffassung vertreten, den Kampf der Kommunisten in Deutschland gegen Hitler habe die Moskauer Emigration um Ulbricht und Pieck ferngesteuert, auch in Jahren, wo wegen des Krieges Deutschland-Sowjetunion keinerlei normale Verbindung zwischen beiden Ländern bestand. Doch nähert sich die Darstellung sonst vielfach der Wahrheit an, wird erstmals eine große Zahl zuvor verschwiegener und verfemter "Parteifeinde" genannt, ohne gleichzeitig diskriminiert zu werden. (Dies gilt auch für die vom IML herausgegebene "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon", die 1970 erschien und gleich wieder eingezogen, später aber doch ausgeliefert wurde.) Das Verdienst an mehr historischer Wahrheit schreibt der Autor GdA-Sekretär Lothar Berthold (S. 449), vor allem aber Ulbricht selbst zu, der damals nicht ganz zu Unrecht erklärte, Geschichte sei "sozusagen mein dritter Beruf". Zugleich wird der vorwärtstreibende Einfluss sichtbar, den ein "Renegat", der ehemalige Kommunist Hermann Weber, mit seiner Kritik am "Grundriss" auf das Autorenkollektiv der GdA ausübte. Zu Lokatis' Verdiensten gehört, dass er die Sitzungsprotokolle des Kollektivs heranzog. (S. 255 ff.) Leider vergaß er in etlichen Fällen, Daten mit anzugeben. Den Protokollen zufolge hatte Ulbricht größten Anteil am Zustandekommen des Vorhabens, genau wie das bei der kurzzeitigen Durchsetzung des technokratischen "Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft" der Fall war. Der Verfasser neigt dazu, über das "Geschichtswerk" zu spotten; gleichzeitig lobt er es, besonders den für SED-Verhältnisse erstaunlichen Dokumentenan-

hang. Er betont, die Entstalinisierung in der Sowjetunion habe Spielraum für die GdA geschaffen, und verweist andererseits auf die im Zeichen der Wiederannäherung an Stalin stehende Kritik des Moskauer IML am SED-Autorenkollektiv nach Chruschtschows Sturz. (S. 301 und 308 f.) Lokatis stellt die Propagandakampagne dar, die seinerzeit hochgradig dazu beitrug, dass die Gesamtauflage der "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" auf 1,6 Millionen hochgetrieben wurde und andere Publikationsvorhaben dadurch mangels Papier und Druckkapazität Schaden erlitten. Über 900 000 SED-Mitglieder, auch zahlreiche Parteilose nahmen das Werk in vier Jahre durch. Sein Triumph war von einer weiteren Zensurkampagne begleitet, die nunmehr früheren und aktuellen Abweichungen von der neuen Linie galt. In der Bundesrepublik wurde die GdA z. T. wohlwollend aufgenommen. Im "realsozialistischen" Ausland machte das damit verbundene Ansinnen böses Blut, ihr generell auch hier Geltung zu verschaffen. (S. 325 ff. und 340 ff.)

Ulbricht hatte sich vom "Grundriss" erhofft, "dass die Diskussion über dieses Dokument in Westdeutschland eine tiefe Umwälzung in der Arbeiterklasse" hervorrufen werde. Dazu, meint der Autor, sei es nicht gekommen, aber: "Um so nachhaltiger erwies sich die Prägekräft des 'Achtbänders' für die Ausformung eines in sich kohärenten, spezifisch ostdeutschen Geschichtsbewusstseins." (S. 328) Hier irrt Lokatis. Wie er selbst berichtet, gelang es Honecker nach Ulbrichts Abgang 1971 leicht, die GdA als Lehrmittel administrativ auszubooten, mit ihr zugleich die gesamtdeutsch ausgerichtete Nagruko. Während diese durch die Legende einer eigenständigen sozialistischen DDR-Nation ersetzt wurde (S. 350 f.), rückte an die Stelle der GdA eine "Geschichte der SED", die über das Jahr 1917 nicht hinaus kam und geschichtswissenschaftlich ein arger Rückschlag war. Die Arbeit von Lokatis ist trotz einiger schwacher Stellen lobenswert, zugleich gut lesbar. Korrekturbedürftig erscheinen mir Flüchtigkeitsfehler. So unexakte

Titelangaben zu den Thälmannfilmen der DEFA, die Verwechslung des (ungekürzt erschienenen) sowjetischen Tauwetter-Romans "Schlacht unterwegs" mit dem danach gedrehten Film, dessen zweiter Teil tatsächlich von DDR-Instanzen "unterwegs geschlachtet" wurde, die Verwechslung Marx' mit Lenin bei den "Briefen an Kugelmann" und des DDR-Museums für deutsche Geschichte mit dem durch Kohl initiierten Deutschen Historischen Museum.

Manfred Behrend

Siegfried Lokatis: Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht. Böhlau-Verlag, Köln-Weimar-Wien 2003, 291 Seiten

HINTERGRUND

Zeitschrift für kritische
Gesellschaftstheorie und Politik

Themenschwerpunkte:

Analyse des Gegenwartskapitalismus
Perspektiven der Linkskräfte in der
Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa
Entwicklungslinien kritischer Gesellschafts-
und Subjektwissenschaft

Inhalte der letzten Ausgaben:

Hartmut **KRAUSS**
'Herrschaft' als zentraler Problemgegenstand
kritisch-emanzipatorischer Gesellschaftstheorie

Reinhard **JELLEN**
Jürgen Habermas -
Die postnationale Konstellation

Barbara **GALAKTIONOW**
Marx und die Frage der Gerechtigkeit

Willi R. **GETTÉL**
Sozialreformistischer Wiederbelchungsversuch

REDAKTION
Der „Kopftuchstreit“ als diskursives Chaos und
Ablenkungsmanöver

Horst **MÜLLER**
Theoretische Wurzeln und Arbeitsaufgaben des
Praxiskonzepts

Wolfdietrich **SCHMIED-KOWARZIK**
Marx als Denker im Zeitalter des Post-
Kommunismus

REZENSIONEN, z. B.:

BMI: Islamismus. Texte zur Inneren Sicherheit
Eric Hobsbawm: Gefährlich Zeiten. Ein Leben
im 20. Jahrhundert

Der **HINTERGRUND** erscheint 4x im Jahr - ca. 60 S.
Einzelheft: 2,60 EUR, Jahresabo incl. (Inland-)Porto:
13,60 EUR. Bestellungen bitte an: **HINTERGRUND**-
Redaktion, Zum Rot 24, 49078 Osnabrück.
☎ (05 41) 44 42 29 • FAX (05 41) 44 53 73 • Email:
H-Krauss@t-online.de. Wir liefern gerne ein Probe-
heft und/oder ein Verzeichnis aller bisher erschienenen
HINTERGRUND-Ausgaben.

Erste Gesamtgeschichte der Roten Hilfe Deutschlands

Der großformative, mit Bildern und Faksimiles reich bestückte Band birgt die erste Gesamtgeschichte der Roten Hilfe Deutschlands (RHD), von ihren Vorläufern bis zum Ende. Sein Zustandekommen ist deshalb bemerkenswert, weil ein Graduiertenstipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung es ermöglichte und die gutbürgerliche Münchner Maximilians-Universität 2002 das dem Buch zugrundeliegende Manuskript trotz Linkstendenz als Dissertation annahm. 2004 indessen versuchte das von Otto Schily (SPD) geleitete Bundesinnenministerium, die heute existierende Rote Hilfe mit der Begründung als linksextrem zu diskreditieren, dass sie sich auf RHD-Traditionen beruft und am Vertrieb der Buchneuerscheinung beteiligt.

Mit der "Frauenhilfe für politische Gefangene", die 1919 nach Niederschlagung der Räterepublik in München entstand, begann die Reihe der Vorläuferorganisationen. Sie setzte sich u. a. mit den Rote-Hilfe-Komitees der KPD fort, welche nach den Märzkämpfen von 1921 gebildet wurden. In Auswertung der Oktoberniederlage 1923 wurde am 1. 10. 1924 die RHD als legale, zentralisierte Massenorganisation gegründet. Sie war mit der seit 1922 existierenden Internationalen Roten Hilfe (IRH) in Moskau verbunden, aber eigenständig tätig. Allmählich mehrere Hunderttausend Mitglieder stark, gehörten ihr seit 1925 zwischen 40 und 60 Prozent Kommunisten an, aber nur ein Prozent Sozialdemokraten. Dies lag wesentlich daran, dass die SPD einen Unvereinbarkeitsbeschluss gefasst hatte.

Die RHD-Aktivitäten waren vielfältig. Spendensammlungen und ein - später von den Nazis kopiertes - Winterhilfswerk, die materielle Unterstützung von Opfern der Polizei- und SA-Überfälle und derer von Kapitaloffensi-

ven, das Betreiben der Kinderheime in Worpswede und Elgersburg gehörten dazu, ebenso die Betreuung von Häftlingen, Rechtsschutz und Prozesshilfe für Verfolgte, Fluchthilfe mit falschen Pässen ins Ausland, Kampagnen zur Gefangenenerfreibung wie im Fall Max Hoelz und solche für eine allgemeine Amnestie, gegen den § 218 und für in anderen Ländern verfolgte Proletarier, darunter Sacco und Vanzetti, aber auch die Teilnahme an den Untersuchungen des Berliner Blutmais 1929. Die vom Verfasser belegte, fast ausnahmslos



ehrenamtliche Arbeit der RHD hat ihr über das Lager der KP-Sympathisanten hinaus hohes Ansehen eingebracht.

Unter schweren Verlusten setzte sie ihr Wirken auch in der Nazizeit fort. Brauns vermeldet zugleich Unzulänglichkeiten und Fehler, von denen manche - so das Heraushalten der Sowjetunion aus jeder Kritik - durch die Stalinisierung der KPD unter Thälmann verursacht waren. Zu deren "Leistungen" gehörten die Austreibung der im RHD-Dienst zahlreichen Anhänger Brandler/Thalheimers aus Partei und Organisation, darunter die von RH-Generalsekretär Jacob Schloer, die Ausrichtung auf widerstandslos Befehlsausführung

statt selbstverantwortliche Tätigkeit, der Kampf gegen "Sozialfaschismus" und Preußenregierung. Diese unterschied sich laut RHD-Führung angeblich "in nichts von den Zielen und den Methoden des Hugenberg-Seldte-Hitler-Faschismus". (S. 258) Allerdings wirkten sie und die KPD mit Letzterem beim Volksentscheid von 1931 zusammen, während sie die sozialdemokratisch geführte Administration Preußens zu stürzen versuchten.

Nach Hitlers Machtübernahme 1933 war der Zentralvorstand der RHD genauso hoffnungslos desorientiert wie die KPD-Spitze. Noch im Sommer 1934 behauptete er, der Wille zum Massenwiderstand gegen die NS-Diktatur sei "außerordentlich groß", nur wäre "die geschwächte Vorhut der Arbeiterklasse noch nicht in der Lage, sich sofort an die Spitze dieser Aktionen zu stellen". (S. 289) Die RH Hannovers zog weiter gegen den angeblich zersetzenden Einfluss von "Brandlerianern" und "Trotzkianern" zu Felde, der - Teufel auch - dazu geführt habe, dass einige Helfer die Frage: "Ist die SPD noch die stärkste Stütze der Bourgeoisie?" verneinten. (S. 293)

Geistesgrößen wie diese können nicht den Genossen an der Basis gleichgesetzt werden, die in richtiger Wahrnehmung der trostlosen Situation in z. T. hervorragender Weise ihre Pflicht taten, so beim Einschleusen und Verteilen aufklärerischer Broschüren und Flugblätter oder indem sie durch organisierten Massenprotest Faschismusgegner vor dem Fallbeil bewahrten. Der Übergang von der ultralinken zur Volksfrontpolitik 1935 hatte dann zur Folge, dass auch höhere KPD- und RHD-Chargen realistischer an die Lage herangingen und nicht weiter durch blinden Aktivismus Kader verheizten.

Die Darstellung endet mit dem Umbenennen der RHD in "Deutsche Volkshilfe" am 2. 9. 1938,

einer Würdigung der Opfer Stalinscher Säuberungen aus den Reihen der Roten Hilfe - so des KPD-Mitbegründers Willi Budich und von Rechtsanwalt Felix Halle - und der IRH-Umstrukturierung unter Wilhelm Pieck, welcher im Jahrzehnt zuvor maßgeblich am Ausstoßen von "Rechten" aus der deutschen RH mitgewirkt hatte. (S. 249 ff.) Brauns kennzeichnet die RHD zusammenfassend als "wichtigste und erfolgreichste Organisation im Vorfeld der KPD". Gemeinsam mit Willi Münzenbergs Internationaler Arbeiterhilfe (IAH) habe sie den

größten Kreis prominenter Persönlichkeiten und intellektueller Sympathisanten um das engere proletarische Milieu gesammelt und in der Endphase der Weimarer Republik als Einheitsfrontorganisation herausgeragt. (S. 309 f.)

Zum Abschluss stellt sich die in Göttingen residierende heutige Rote Hilfe vor. An dem Buch ist zu rühmen, dass alle wesentlichen und viele andere Vorgänge erfasst sind. Seine Beweisführung ist gediegen, und es enthält manche bisher kaum oder gar nicht bekannte Fakten. Die Sprache des Verfassers ist klar.

Seine Gliederung nach Sachgebieten hatte allerdings zur Folge, dass manches überflüssigerweise wiederholt wird und der Leser bisweilen gezwungen ist, sich die nötige Chronologie erst zu erarbeiten.
Fred Wilm

Nikolaus Brauns: *Schafft Rote Hilfe! Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene in Deutschland (1919-1938)*. Pahl-Rugenstein Verlag, Bonn 2003, 348 Seiten

Unterschriftensammlung zur Abwahl des SPD-PDS-Senats GEW, GdP und linkes Bündnis drohen mit dem Stimmzettel

Nachdruck aus Arpo, Juni 2004

In der letzten Arbeiterpolitik (Nr. 1, 26. März 2004) hatten wir über eine Aktion des "DGB-Arbeitskreises Berlin" berichtet. Inzwischen hat der darin angesprochene "Stadtpolitische Kongress" stattgefunden, in dem über die Einleitung eines Volksbegehrens zur Auflösung des Abgeordnetenhauses und für Neuwahlen diskutiert werden sollte - allerdings mit weit weniger Resonanz (ca. 100 TeilnehmerInnen) als erhofft. Die Initiative für ein Volksbegehren blieb umstritten. Von den Berliner Gewerkschaften sprachen sich nur die GEW und die GdP für eine Beteiligung daran aus. Auch in den zahlreichen sozialen und politischen Bündnissen der Linken wurde die Initiative widersprüchlich aufgenommen und diskutiert. Sowohl über gemeinsame Akteure als auch inhaltlich ist in Berlin die Wahlalternative 2006 mit dem Neuwahlbegehren verquickt. Besonders deutlich wurden die Widersprüche, die mit der Einleitung des Volksbegehrens verbunden sind, durch die Diskussionen innerhalb der GEW.

Die Landesdelegiertenversammlung der GEW

Die Versammlung fand am 2./3. Juni 2004 statt und stand ganz im

Zeichen der Diskussion über das Volksbegehren. Die Führung der GEW unter ihrem Vorsitzenden Ulrich Thoene hatte in den letzten Wochen dafür die Werbetrommel gerührt und noch vor der Delegiertenkonferenz die Teilnahme der GEW öffentlich bekannt gemacht. Man war sich im Vorfeld der Zustimmung der Delegierten sicher. 80 Prozent stimmten dann auch für die Annahme des entsprechenden Antrages, in dem es u.a. heißt: "In den letzten Jahren sind alle Aktionen, die darauf abzielten, den Senat zu einer Änderung seiner Politik zu bewegen, gescheitert. [...] Darüber hinaus hält die GEW BERLIN ein aus den Reihen der Berliner Gewerkschaften initiiertes Volksbegehren zu vorzeitigen Neuwahlen für ein wirksames Mittel, der Ignoranz und Überheblichkeit des rot-roten Senats entgegenzutreten, die Kampfbereitschaft der Gewerkschaften zu erhöhen und so den Gewerkschaften wieder reelle Verhandlungschancen, z.B. über die Rücknahme von Lehrerarbeitszeiterhöhungen oder Veränderungen in Tarifverträgen, zu eröffnen. [...] Die GEW BERLIN wird deshalb das von der GdP in Zusammenarbeit mit dem außerparlamentarischen Berliner Sozialbündnis initiierte

Volksbegehren aktiv unterstützen und für eine breite Teilnahme werben."

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (ver.di, GEW, GdP) hatten in den letzten Jahre eine Schlappe nach der anderen einstecken müssen, u.a.:

- den Austritt des Landes Berlin aus dem Arbeitgeberverband und die Reduzierung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich, d.h. einen Abbau des Reallohns;
- die dritte Verlängerung der Arbeitszeit für die Lehrer seit 2000;
- Wegfall des Urlaubsgeldes und eine erhebliche Reduzierung des Weihnachtsgeldes für Beamte;
- sowie die jetzt bundesweite angestrebte Verlängerung der Arbeitszeit von Beamten, die dann sicher auf Arbeiter und Angestellte des ÖD (im "Interesse" der Gleichbehandlung) ausgedehnt werden soll.

In der Begründung des Antrages wird gefordert, dass die Gewerkschaften "die Erhaltung bzw. Errichtung eines solidarischen Staatsmodells, in welchem die Bedürfnisse der Mehrheit der BürgerInnen der Maßstab des Handelns sind, [...] zum Mittelpunkt ihres strategischen Handelns machen. [...] Folglich müssen sie sich von der derzeitigen Politik

des Sozialabbaus SPD-geführter Regierungen, insbesondere von der Agenda 2010, deutlich distanzieren und an der Entwicklung anderer Politikmodelle aktiv mitwirken. Insofern hat sich das Gewicht gewerkschaftlichen Handelns aktuell von dem tarifpolitischen Agieren noch stärker als bisher auf das gesellschaftliche Handeln ausgeweitet."

Unbestreitbar ist, dass die Gewerkschaften sich Rechenschaft ablegen müssen über ihre mangelnde Durchsetzungsfähigkeit und deren Ursachen und dass sich "das Gewicht gewerkschaftlichen Agierens noch stärker als bisher auf das gesellschaftliche Handeln" ausweiten muss. Doch lassen sich mit der Drohung von Neuwahlen unter den zur Zeit gegebenen Voraussetzungen tatsächlich die gewünschten Resultate herbeiführen? Der Verlauf der Delegiertenversammlung hat trotz der großen Zustimmung die Zweifel bei der Minderheit nicht ausräumen können. Sie wurde auch auf dem Podium artikuliert, zu dem als Gäste die Kollegen Knerler (IG BAU), Cosmar (ver.di/FB 11), Senft (IGM), Schönberger (GdP) und Prütz (als Vertreter des Berliner Sozialbündnisses) geladen waren. Bei den gewerkschaftlichen Gästen mit Ausnahme der GdP überwog die Skepsis und die Erkenntnis, dass es in den eigenen Reihen keine Voraussetzungen für ein derartiges Volksbegehren gibt. Die Fragen und Kritikpunkte, die zum Teil auf der Versammlung (aber auch auf der Internet-Diskussionsseite) angesprochen wurden, sind:

- Lenkt die Kampagne nicht von unseren eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben ab und stellt lediglich ein Ersatz für die Schwäche auf diesem Gebiet dar?
- Was kommt nach einem erfolgreichen Volksbegehren, haben wir überhaupt eine politisch-parlamentarische Alternative zu bieten?
- Wird das Resultat nicht die Ablösung der jetzigen Senatskoalition durch die CDU sein und wie wollen wir das als GewerkschafterInnen rechtfertigen? Auf der Diskussionseite der GEW im Internet finden sich unter anderem folgende Zuschriften, deren Argumente auch auf der Delegiertenversammlung vorgetragen

wurden: „Da ver.di sich ›klar und eindeutig‹ gegen ein Volksbegehren ausgesprochen hat, sehe ich die Strategie von GdP und GEW eher als abenteuerlich an. [...] Und unsere Vorsitzenden glauben doch wohl nicht allen Ernstes mit BZ, Union und FDP gemeinsam Bündnis als ›kleiner Partner‹ machen zu wollen. Leider bin ich mit meinen Warnungen auf der Strategiekonferenz minoritär geblieben, fühle mich aber darüber hinaus von den letzten beiden Großdemos bestätigt, deren Erfolg Uli Thoene noch als Messlatte für den Erfolg seiner Strategie ausgegeben hatte. Auf der Friedensdemo waren es unter 2.000 Teilnehmern, und selbst die Großdemo vom 3. April war aus Sicht der GEW ein Fiasko. An der Weltzeituhr - Treffpunkt der GEW - war kein GEWler weit und breit sichtbar.“

„Auch ich halte wenig von dem Begehren, das mir nur aus einer Schwäche auf dem eigentlichen Kampfplatz herrührt und der Sehnsucht nach der alten Form von politischer Auseinandersetzung; im wesentlichen das Gespräch mit dem Senat.“ Bei der Mehrheit der Delegierten fanden die Warnungen kein Gehör. Zu tief sitzt anscheinend der Frust über die Schlappen der letzten Jahre und die eigene Machtlosigkeit, die man mit einem "politischen Befreiungsschlag" zu überwinden hofft. Hinzu kam bei der Abstimmung sicherlich das Gefühl bei allerhand KollegInnen, selbst zu wenig getan zu haben, und nun die KollegInnen, die sehr viel Arbeit investiert haben, nicht im Regen stehen zu lassen. Wer sollte dann die Arbeit machen? Vor diesem Problem wird die GEW bald stehen, denn es besteht die Gefahr, dass sich der Vorstand als zukünftiger Verhandlungspartner desavouiert hat. Doch es wird nur ein kurzes Strohfeuer sein, das mit dem Beschluss entfacht wurde. Die negativen Konsequenzen aber sind heute schon absehbar und drohen zu einem Fiasko für die GEW zu werden:

- scheitert das Volksbegehren, und damit ist mindestens bei der zweiten Hürde (fast 500.000 nötige Unterschriften) zu rechnen, so wird es der Senat als Bestätigung seiner Politik werten - nicht nur für die GEW, auch

für alle anderen Gewerkschaften und die Linke ein Rückschlag.

- Passivität und Resignation unter großen Teilen der Bevölkerung begünstigen bei Wahlen die rechte und nicht eine linke Alternative. Ein Erfolg des Volksbegehrens ist angesichts dieser Stimmung nur möglich, indem sich auch die Anhänger von CDU und FDP etc. daran beteiligen und die Union in den nächsten Senat hieven. (Hofft der Bündnispartner GdP nicht insgeheim darauf, weil er sich mehr Geld für die innere Sicherheit und die Polizei verspricht?) Viele Betroffene würden der GEW bei einem nochmals verschärften sozialen Kahlschlag des neuen Senats eine politische Mitschuld geben.

- Die negativen Möglichkeiten würden durch keinerlei politischen Gewinn aufgewogen. Sollte eine linke Wahlgruppierung in das Abgeordnetenhaus gewählt werden -was wir für unwahrscheinlich halten- würde sie weder auf die Bildung der zukünftigen Senatskoalition Einfluss nehmen können noch auf deren Beschlüsse und Politik. An der viel beklagten Einflusslosigkeit der Gewerkschaften auf der parlamentarischen Bühne wäre nichts geändert.

Wir brauchen Gewerkschaften, die politisch in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eingreifen. Ihr Kampfmittel kann aber nicht der Wahlzettel sein, sie müssen die Methoden anwenden, die ihrem Charakter (als Einheitsorganisationen zur Verteidigung der sozialen Interessen der Lohnabhängigen) entsprechen - und die liegen im außerparlamentarischen Bereich, in Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen. Die gilt es nicht nur zur Durchsetzung von tariflichen Regelungen, sondern auch für politische (nicht für wahlpolitische) Ziele einzusetzen. Wir wissen, dass wir von den Voraussetzungen dazu noch weit entfernt sind (siehe nachstehende Einschätzung eines GEW-Mitglieds). Es gibt aber kein anderes Mittel, als sie durch gewerkschaftliche Kleinarbeit und politische Aufklärung zu schaffen. Erst wenn Bewegung unter den Lohnabhängigen entsteht, können politische und parteipolitische Alternativen zur SPD und PDS auf ein breiteres Fundament bauen.

Irak - Widerstand und Solidarität

Nachdruck aus SoZ, Mai 2004

Am weltweiten Aktionstag anlässlich des ersten Jahrestags des Kriegsbeginns gegen den Irak am 20. März haben Hunderttausende gegen Krieg und Besatzung demonstriert. Die größte Demonstration fand in Rom statt, womehr als eine halbe Million Menschen gegen die italienische Beteiligung an der "Koalition der Willigen" protestierten. Auch in Bagdad selbst kam es zu Demonstrationen gegen die Gewalt der Besatzer. Trotz weltweiter Protestaktionen blieben diese zahlenmäßig weit hinter den Massenprotesten vor Beginn des Krieges zurück.

Es war jedoch ein politisch wichtiger Schritt der Antikriegsbewegung, deutlich zu machen, dass der Krieg auch im Nachhinein keine Legitimität gefunden hat und die Besatzung des Iraks nichts anderes als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln ist, den ebenfalls zu bekämpfen gilt. Was dies jedoch konkret bedeutet, blieb weitgehend ausgeblendet. Arundhati Roy forderte beim Weltsozialforum in Mumbai (Indien) am 18.1.2004, den Widerstand gegen die Besatzung des Iraks zu unserer eigenen Sache zu machen: "Wir müssen der globale Widerstand gegen die Besatzung werden. Unser Widerstand muss mit der Zurückweisung der Legitimität der US-Okkupation Iraks beginnen. Das bedeutet Handeln, um es dem Imperium unmöglich zu machen, seine Ziele zu erreichen."

Dieser Ansatz ist eine Herausforderung für die Antikriegsbewegung, fordert er doch eine neue Qualität der Aktionen, einen Übergang vom Protest gegen die Besatzung zum aktiven Behindern und Verhindern aller Unterstützungshandlungen für das Besatzungsregime. Diese Position sollte für Linke, die sich dem Grundsatz "Der Hauptfeind steht im eigenen Land" verpflichtet fühlen, eigentlich eine Selbstverständ-

lichkeit sein. Innerhalb der Friedensbewegung blieb diese Position jedoch nicht ohne Widerspruch und spitzte die Diskussion um die Haltung zum irakischen Widerstand gegen die Besatzung zu. Der Widerstand im Irak wurde dabei in der Regel auf den aktuell stattfindenden "bewaffneten Widerstand" und dessen Kampfmethoden reduziert.

Widerstand gegen die Besatzung wächst.

Im Irak selbst nimmt der Widerstand gegen das Besatzungsregime auf allen Ebenen kontinuierlich zu. Der bewaffnete Widerstand ist in den letzten Monaten so stark geworden, dass die Besatzungstruppen sich in einigen Landesteilen vor allem darauf konzentrieren, sich selbst zu schützen und die Bekämpfung des Widerstandes zu "irakisieren". D.h. die neu rekrutierten Polizei- und Armeekräfte werden bevorzugt dazu abgestellt, die "Drecksarbeit" zu machen und übernehmen damit auch das Risiko, zum Angriffsziel von Widerstandsaktionen zu werden. In den Medien wird nur sehr unvollständig über den Widerstand berichtet. Im Mittelpunkt der Berichterstattung stehen die bewaffneten Angriffe auf Besatzungstruppen, Anschläge auf sogenannte Kollaborateure und seit jüngster Zeit zunehmend Selbstmordattentate auf unterschiedliche Objekte.

Diese Anschläge werden zum Anlass genommen, die Notwendigkeit der Anwesenheit der Besatzungstruppen zu rechtfertigen und gleichzeitig jeglichen Widerstand gegen das Besatzungsregime als terroristisch zu denunzieren. Der tägliche Terror der Besatzer gegen die Zivilbevölkerung, der wesentlich dazu beiträgt, immer breitere Schichten der Bevölkerung gegen die Besatzungstruppen aufzubringen, ist dagegen kaum eine Zeile wert. Wenn die US-Streitkräfte angegriffen werden,

rächen sie sich wie in der ersten Aprilhälfte in Falludscha mit kollektiven Bestrafungsaktionen. Die ganze Stadt wurde eingekesselt und bombardiert. Bis zu 600 Personen, vor allem Zivilpersonen, sollen dabei ums Leben gekommen sein, Hunderte wurden verletzt. Aufgrund der festgestellten Verletzungen wurde den US-Streitkräften vorgeworfen, auch Splitterbomben eingesetzt zu haben.

Die Vorgehensweise in Falludscha hat erstmals dazu geführt, dass eine Einheit der unter US-Kommando neu gebildeten irakischen Streitkräfte sich weigerte, an der Seite der US-Truppen gegen ihre eigenen Landsleute zu kämpfen. Die Lage der Bevölkerung in der belagerten Stadt hat außerdem zu einer breiten Solidarisierungswelle der Bevölkerung in den umliegenden Orten, insbesondere auch in Bagdad geführt, die in breitem Umfang Blut und Lebensmittel spendete. Sunnitische Geistliche in Falludscha riefen zu einem dreitägigen Generalstreik auf. Der Ausbruch von Kampfhandlungen in verschiedenen Städten des Irak während der Ostertage konnte selbst von der US-Administration nicht mehr als isolierte Einzelaktion abgetan werden. In den offiziellen Stellungnahmen war erstmals von einem Aufstand die Rede. Die Besatzungsbehörde und die US-Regierung kündigten an, auch weiterhin mit aller Härte gegen den Widerstand vorgehen zu wollen.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass der irakischen Bevölkerung ein Widerstandsrecht gegen die Okkupation ihres Landes zusteht und in diesem Zusammenhang auch bewaffneter Widerstand gegen die Besatzung gerechtfertigt und legitim ist. Gleichwohl wäre eine kritiklose Bezugnahme auf den bewaffneten Widerstand, wie er sich heute mehrheitlich im Irak darstellt, im Sinne der Schaffung demokrati-

scher und emanzipatorischer Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung im Irak kontraproduktiv. Die Gegnerschaft zur Besatzungspolitik ist allein kein ausreichendes Kriterium, um den Widerstand als antiimperialistisch einzuordnen. Die Frage nach den weitergehenden politischen Zielen der Akteure des Widerstandes darf nicht ausgeklammert werden.

Nationalisten und Islamisten im Widerstand

An den bewaffneten Aktionen im Irak beteiligen sich sehr unterschiedliche Gruppen und Organisationen, vielfach entspringen die Aktionen auch spontaner Empörung der Bevölkerung. Es gibt aktuell keine vereinheitlichte Widerstandsfront, weder auf der militärischen Kommandoebene noch im Rahmen eines politischen Zweckbündnisses. Gemeinsam ist den getrennt operierenden Gruppen jedoch die Forderung nach sofortigem Abzug der Besatzungstruppen.

Sofern sich Angriffe direkt gegen die Besatzungstruppen und ihre Logistik richten, finden diese Aktionen durchaus die Zustimmung breiter Bevölkerungskreise. Fast täglich werden US-Militärkonvois oder Militäreinrichtungen der Besatzer angegriffen, sterben Militärangehörige bei Gefechten und Bombenanschlägen. Die Tatsache, dass jede Woche tote GIs in Zinksärgen zurückgeflogen werden, hat die US-Regierung massiv unter Druck gesetzt. Jeder tote und verletzte Soldat ist Beweis dafür, dass die stärkste Militärmacht der Welt es bis jetzt nicht geschafft hat, den Irak wirklich unter Kontrolle zu bringen. Auf dem Hintergrund immer neuer Enthüllungen, die bestätigen, dass die Gründe für den Krieg erlogen waren, geraten Bush und Co. vor allem an der Heimatfront in Erklärungsnot, daran änderte auch die Festnahme von Saddam Hussein nichts.

Die militärischen Widerstandsaktionen sind unter diesem Blickwinkel geeignet, die Besatzungsmächte zu schwächen und der Forderung nach Abzug der Besatzer Nachdruck zu verleihen.

Die teilweise in regelrechte Gefechte übergehenden militärischen Aktionen werden wegen der eingesetzten Waffen, der Vorgehensweise und der erforderlichen militärischen Ausbildung und Kenntnisse vor allem ehemaligen Armeeinghörigen zugeschrieben. Diese Widerstandskräfte sind in der Regel dem nationalistischen Lager zuzurechnen und ideologisch der Baath-Partei verbunden. Es wäre jedoch falsch, daraus den Schluss zu ziehen, dies sei für alle gleichbedeutend mit der Forderung nach Rückkehr der Saddam-Diktatur. Da die Zahl der im Einsatz befindlichen Besatzungssoldaten offensichtlich nicht ausreichend ist, um die Situation im Irak im Sinne der Besatzer zu „befrieden“, setzt die US-Regierung zur Vermeidung eigener Verluste neben der Einbindung irakischer Kräfte zur Bekämpfung des Widerstandes zunehmend auf private Sicherheitsdienste, die von der US-Besatzungsbehörde finanziert werden.

Es handelt sich dabei im Endeffekt um Privatarmeen, schwer bewaffnet und kaum kontrollierbar. Söldner ersetzen die Besatzer! Viele sind ehemalige Soldaten berüchtigter Sondereinheiten aus allen Teilen der Welt. Werden die bewaffneten, in zivil auftretenden Söldner Opfer von Angriffen, mutieren sie in den Medien in der Regel zu ausländischen Zivilisten und tauchen selbstverständlich auch nicht in der US-Statistik der eigenen Kriegsoffer auf.

Die Gruppen des bewaffneten Widerstandes haben sich der US-Strategie angepasst und ihre Angriffsziele ausgeweitet. Bewaffnete Angriffe und Bombenattentate finden auch auf sogenannte Kollaborateure statt, wobei hier besonders die von den Besatzungsmächten neu formierten Polizeikräfte und Söldner betroffen sind. Auch im Irak tätige Organisationen wie die UN und das Rote Kreuz, sowie generell Hilfsorganisationen, die im Verdacht stehen mit den verhassten Besatzern zusammenzuarbeiten, sowie von den Besatzungsbehörden eingesetzte Bürgermeister und Mitglie-

der des Regierungsrates wurden und werden angegriffen. Wer wirklich im Einzelfall hinter den Anschlägen steht, ist kaum festzustellen.

Als weitere bedeutende Strömung des bewaffneten Widerstandes sind jedenfalls irakische radikal-islamistische Gruppen zu nennen, die ihren Kampf gegen "alle Ausländer und Nichtgläubige" im Irak führen. Inwieweit hier Verbindungen zu Organisationen wie Al Qaeda bestehen, ist unklar, wird aber in Einzelfällen vermutet.

Eindeutig menschenverachtenden und terroristischen Charakter haben Selbstmordattentate und Bombenanschläge auf sogenannte „weiche Ziele“, denen vor allem Zivilisten zum Opfer fallen. Dazu gehörten z.B. die Anschläge auf Pilger, Warteschlangen von Arbeitslosen, die sich von den Besatzungsbehörden einen Job versprechen, und auf Marktplätze - mit teilweise Hunderten von Toten. Auch bei den zahllosen in Innenstädten gelegten Autobomben werden vor allem normale Bürger betroffen. Ziel dieser Anschläge sind offensichtlich nicht direkt die Besatzungsmächte, sondern die Verbreitung von Angst und Schrecken unter der Zivilbevölkerung. Diese Anschläge finden auch in der Bevölkerung keine Unterstützung. Es gab allein in Bagdad mehrere Demonstrationen, bei denen ein Ende der Besatzung und ein Ende der terroristischen Aktionen gefordert wurde.

Eine Vielzahl radikaler islamistischer Gruppierungen, die vor der Machtübernahme der Besatzungsverwaltung über keine nennenswerte Basis verfügten, nutzen die allgemeine Stimmung gegen das Besatzungsregime geschickt aus, um den eigenen politischen Einfluss zu vergrößern. Hierzu gehört auch Muktada el Sadr und seine "Mahdi-Armee", die mittlerweile über zehntausend Milizionäre verfügen soll. Dem eigentlichen Kampf gegen die inneren und äußeren "Feinde des Islam" wird dabei der Deckmantel des Kampfes gegen die Besatzung übergestülpt. Diese Strömungen

profitieren von der Unglaublichkeit der politischen Parteien, die sich an dem nach den Interessen der US-Besatzer zusammengesetzten Regierungsrat beteiligen. Die Forderung nach Beendigung der Besatzung, freien Wahlen und Wiederherstellung der vollen Souveränität der irakischen Institutionen in allen gesellschaftlichen Bereichen, kann sich auf die überwältigende Mehrheit der irakischen Bevölkerung stützen. Angesichts der Realitäten der geplanten "Machtübergabe" und Regierungsbildung, die nur kosmetische Veränderungen, jedoch keine wirkliche Beendigung der Machtbefugnisse der US-Besatzungsmacht mit sich bringen wird

- von der weiteren Truppenstationierung ganz zu schweigen -, werden Gruppen wie die um Mukkada el Sadr unter Verdrängung ihres innenpolitischen Kurses einer Talibanisierung des Irak, für Teile der Bevölkerung zum Hoffnungsträger im Kampf gegen die Besatzung. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Haltung der Besatzungsverwaltung. Solange die Milizen von Mukkada el Sadr „nur“ Frauen und innenpolitische Gegner in den von ihnen kontrollierten Stadtteilen terrorisiert haben, sahen die US-Besatzer keinerlei Gründe gegen die Milizen vorzugehen. Anlass der jüngsten Auseinandersetzungen war das Ver-

bot der Zeitung der Gruppe um Mukkada el Sadr wegen Kritik an den Besatzungsbehörden und der Besatzung insgesamt.

Volksaufstand gegen das Besatzungsregime

Eine Analyse der aktuellen Entwicklungen im Irak macht vor allem deutlich, dass von "dem" irakischen Widerstand nicht gesprochen werden kann. Auch wenn in den Medien von "dem" sunnitischen und "dem" schiitischen Widerstand gesprochen wird, ist dies eine unzulässige Vereinfachung. Die genaue Zusammensetzung des bewaffneten Widerstandes und das Kräfteverhältnis der verschiedenen Gruppen zueinander sind nicht bekannt.

Struktureller Wahnsinn

Zu Theorie und Praxis der Antinationalen

Nachdruck aus bruchlinien

Bush the man of peace“ - spätestens seit der Erklärung der Berliner Zeitschrift Bahamas zum Krieg gegen den Irak dürfte jeder Zweifel ausgeräumt sein. Die antideutschen bzw. antinationalen Strömungen, zu deren prominentesten Vertretern die Bahamas gehören, stehen auf der Seite der imperialistischen Supermacht und applaudieren ihrem Feldzug, der die Welt mit Krieg, Hunger und Elend überzieht. Wie es möglich ist, dass solch offensichtliche Reaktionäre sich weiterhin als Linke bezeichnen; wie es kommt, dass sie sich in Deutschland und Österreich einen ansehnlichen Platz im (ehemals) linken publizistischen Spektrum und neuerdings auch in den Institutionen verschaffen konnten, soll im Folgenden untersucht werden.

Liest man das Gründungspamphlet der Antideutschen Kommunisten Berlin, so kann man vor Staunen nur den Kopf schütteln. "Intellektuelle haben keine andere Wahl, als zu begreifen, dass, so sehr sie sich auch anstrengen mögen, die einzig sinnvolle Anwendung ihrer Vernunft die

Erkenntnis ist, dass dem Wahnsinn Sinn zu attestieren im Ansinnen ihn verstehen zu wollen, wahnsinnig ist." (1) Was da zum Ausdruck kommt, ist nicht viel mehr als die völlige Degeneration der deutschen kommunistischen und linken Bewegung, ihrer Weltanschauung und letztlich ihres Anspruchs, die Welt zu verändern. Dass diese Degeneration nicht zur vollkommenen Selbstaflösung geführt, sondern im Gegenteil sich in antideutsche bzw. antinationale Bahnen ergossen hat, ist mit den spezifischen Bedingungen Deutschlands zu erklären.

Ihre Wurzeln hat die antideutsche Strömung in den 60er und 70er Jahren und dem damaligen Kampf der deutschen Linken gegen die ungebrochene Kontinuität des deutschen Staatsapparates seit dem Nationalsozialismus. Ihre entscheidende und spezifische Prägung erfuhr sie aber vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der Sowjetunion. Während der Niedergang der linken Bewegungen auf der ganzen Welt mit diesem Ereignis zusammenhängt und von ihm maßgeblich beeinflusst wurde,

gesellte sich in Deutschland ein zweiter entscheidender Faktor hinzu: die deutsche „Wiedervereinigung“ und die damit verbundene nationale Berausung unter westlich-kapitalistischem Vorzeichen, der die deutsche Linke nichts entgegenzusetzen im Stande war. Das Scheitern der Linken angesichts des reaktionären Massenaufbaus und dessen offenem Bekenntnis zur westlichen Werte- und Konsumgemeinschaft hinterließ eine tiefe Resignation und Abkehr vom traditionellen linken Verständnis.

Konzeptionen, die aufgrund dieser Erfahrungen im Nationalismus und in der Nation - unabhängig vom Kontext - die Wurzel alles Übels sahen, verdrängte jedwede Bereitschaft zur Analyse der konkreten und tatsächlichen Situation. In Österreich verlief eine ähnliche Entwicklung vor dem Hintergrund des Aufstiegs der FPÖ und ihres Massenzulaufes gerade aus den Kernschichten der Arbeiterklasse.

Ohne jemals eine ernsthafte Analyse dieses Phänomens anstellen zu wollen, witterte die Linke ein neues '33 und schlug Alarm. Tat-

sächlich bestand in beiden Fällen weder Bereitschaft noch Vermögen die tiefgreifenden Veränderungen wahrzunehmen, die der Zusammenbruch der Sowjetunion weltweit nach sich gezogen hatte.

Der - zumindest als endgültig wahrgenommene - Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus erlaubte es in den westlichen Staaten, das gesellschaftliche Koordinatensystem substantiell zu verrücken. Unter dem Vorzeichen ehemals linker Inhalte wie Antirassismus, Universalismus und Antifaschismus gelang die weitgehende Durchsetzung neoliberaler Reformen, die nicht nur Wirtschaft und Verwaltungsapparat betrafen, sondern sich langsam aller kulturellen Strukturen und Ausdrucksformen bemächtigte. Die Linke machte bei diesem Spiel weitgehend mit und so entstand ein neuer gesellschaftlicher Konsens auf neoliberaler Grundlage.

Den Verlierern des Umbaus - den Unterschichten im Westen sowie den Massen der Dritten Welt - blieb nicht viel anderes übrig als sich für ihren legitimen Protest Ausdrucksformen zu suchen, die nicht den althergebrachten entsprachen. Als der Westen mit universalistischem Anspruch auszog, um seinen Siegeszug um die Welt anzutreten, regte sich vielerorts Widerstand unter nationalistischem oder religiösem Vorzeichen. Anstatt die veränderten Bedingungen in Rechnung zu stellen und die Essenz der Dinge verstehen zu wollen, sahen die antinationalen Strömungen darin eine Bestätigung ihrer Konzeptionen und zögerten nicht, sich auf die Seite des Westens zu stellen.

Universalismus und Menschenrechte in aufklärerischer Tradition versus rückschrittlicher Nationalismus und Islam schien die Entscheidung für die antideutschen Deutschen leicht zu machen. Wertkritik als theoretische BasisSeine theoretischen Grundlagen sieht der Antinationalismus in der wertkritischen Schule. Zwar hat mittlerweile der antinationale Wahn derartige Stilblüten getrieben, dass sich bedeutende Wertkritiker wie die Krisis-Gruppe bemüht haben, sich emphatisch von den antideut-

schen Bellizisten zu distanzieren, dennoch sind viele antinationale Entwicklungen in den wertkritischen Konzeptionen begründet und ohne sie nicht zu verstehen. Wertkritik bemüht sich im wesentlichen, sich vom sogenannten "Arbeiterbewegungsmarxismus" abzugrenzen, dem sie "verkürzte, soziologisch beschränkte Kritik der durch die, ohne den fetischistischen Systemcharakter der Wertvergesellschaftung selber anzutasten" vorwirft.(2) Diese verkürzte Kapitalismuskritik würde Wert, Ware, Geld und Markt "... nicht als aufzuhebende gesellschaftliche Formen des Kapitalverhältnisses begreifen, sondern als positive Gegenstände der Moderne, die nur alternativ zu besetzen wären, und zwar durch den der ." (3)

Von dieser Grundannahme leiten sich weitere wesentliche Positionen ab, wie etwa die Ablehnung eines revolutionären Subjekts (Subjektkritik) oder die Konzeption emanzipatorischen Handelns nicht als konkreter Kampf gegen konkret benannte Gegner, sondern als Positionierung gegen die Strukturen des „Systems. Wertkritiker fordern die "Selbst-Konstitution einer bewussten Aufhebungsbewegung gegen das warenproduzierende System".(4) Arbeit, Staat und Politik seien Begriffe, die der Marxismus falsch ontologisiert hätte und deren Aufhebung als solche (im Gegensatz zur angeblich angestrebten positiven Besetzung durch den Arbeiterbewegungsmarxismus) die Wertkritik einfordere. Bereits der Zentralbegriff der Wertkritik hinkt in seiner Logik:

Wenn Marx selbst bzw. seinen Nachfolgern, welche die in Marx' Werk angelegte Wert- und Arbeitskritik vernachlässigt hätten, vorgeworfen wird, über den wertimmanenten „Klassenstandpunkt“ nicht hinausgegangen zu sein, so lugt hier an allen Ecken und Enden der Fehler des Ökonomismus hervor. Die komplexe kapitalistische Gesellschaft mit ihrem spezifischen Produktionsverhältnissen, ihren vielschichtigen sozialen Beziehungen, ihren subtilen Mechanismen zur Herstellung kultureller und ideologischer Hegemonie und vor

allem ihren Machtstrukturen und deren politischen Instrumenten wird aufgelöst in einem Einheitsbrei von Warenbesitzern, die allesamt und in gleicher Weise der Fetisch-Konstitution der modernen Gesellschaftsform unterliegen würden. Nicht nur, dass hier die Analyse der Gesellschaft in ihrer Klassenspaltung (alle sind Warenbesitzer und sei es der Besitz der Ware Arbeitskraft, der sie dazu macht) ad absurdum geführt wird, zeigt die Anwendung von ökonomischen Kategorien auf das Funktionieren der Gesellschaft als Gesamtheit grundsätzliches Unverständnis davon, dass es eben nicht die ökonomischen Kategorien allein sind, welche die kapitalistische Gesellschaft ausmachen, sondern diese ebenso durch ein komplexes Geflecht politischer, kultureller und sozialer Machtstrukturen bedingt wird.

So stimmt es zwar, wie die Wertkritik postuliert, dass der Fetischcharakter alle Aspekte der kapitalistischen Gesellschaft durchdringt, ja, dass diese als Fetischkonstitution beschrieben werden kann, doch ist das im Grunde mehr als banal. Diese Entfremdung des Menschen in allen Aspekten aufzuheben - und das meinen Wertkritiker, wenn sie davon sprechen, dass die "verinnerlichte, scheinbar selbstverständliche gesellschaftliche Form des Werts zu knacken"(5) sei - wird allerdings nicht durch eine abstrakte Positionierung einer imaginären Aufhebungsgesellschaft gelingen, sondern nur durch den konkreten Kampf um die Macht als Vorbedingung zum Aufbau einer neuen Gesellschaft. Alles andere ist Reformismus. Ist es auch, denn sehr viel mehr als schwammige Postulierungen von der Notwendigkeit "autonome sozialökonomische Terrains zu schaffen, auf denen an die Stelle der Wertform eine Instanz direkter Selbstverständigung tritt"(6), haben Wertkritiker als Handlungsvorschläge nicht anzubieten. Überhaupt hat die Wertkritik keinerlei Praxisorientierung(7).

Und da liegt auch der Hund begraben. Wertkritische Positionen sind vor dem Hintergrund des "rea-

len Sozialismus" in der Sowjetunion entstanden und konnten offensichtlich von dieser prägenden Erfahrung nicht abstrahieren. Die Sowjetgesellschaft, die nicht als befreite Gesellschaft im Marx'schen Sinne, die stalinistische Praxis, die nicht als emanzipatorisch, sondern als machterhaltend, und die stalinistische Konzeption marxistischer Theorie, die als deterministisch verkommen wahrgenommen wurde, beeinflussten entscheidend die Entstehung des wertkritischen Ansatzes.

Die Antwort auf diese Erfahrungen sucht die Wertkritik allerdings nicht in einer Neuformulierung kommunistischer Politik, sondern im Gegenteil in einer brüskten Abkehr von dieser. Politik wird als ontologischer Begriff abgelehnt. Was damit allerdings legitimiert werden soll, ist der Verzicht auf politische Praxis überhaupt. Postuliert wird die "völlige Eigenständigkeit der Theorie".(8)

Aus legitimer und richtiger Kritik am deterministischen Geschichtsverständnis des Stalinismus, der aus den konkret gesellschaftlich definierten Begriffen von Klasse und Klassenkampf objektivierte Kategorien mit vermeintlicher historischer Mission machte; aus Ablehnung der stalinistischen Praxis, die jeden emanzipatorischen Anspruch zugunsten des imperativen Machterhalts aufgab, zimmert sich die Wertkritik ein abstraktes Theoriegebäude, das das Kind gleichsam mit dem Bade ausschüttet. Nicht begriffen wird dabei eine Grundfeste des Marxismus, wobei hier die Wertkritik letztlich der kritisierten stalinistischen Theoriekonzeption wieder auf den deterministischen Leim geht: Nicht die Produktionsverhältnisse sind es, welche den Motor der Menschheitsgeschichte darstellen, sondern die Klassenkämpfe. Menschliche Praxis also. Wenn die Wertkritik den Begriff des Klassenkampfes als wertimmanent und mit transzendentaler Bedeutung überladen ablehnt, so stellt sich die Frage nach der alternativen menschlichen Praxis zum Zwecke der Gesellschaftsveränderung. Wenig überzeugen können hier die vorgeschlagenen -

zugegeben wohlklingenden - Neologismen wie "Aufhebungsbewegung" und "bewusste gesellschaftliche Selbstverständigung".

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sich hinter diesem intellektuellen Einfallsreichtum im Grunde nichts anderes als Abscheu vor dem schmutzigen Geschäft des realen Kampfes um die gesellschaftliche Macht verbirgt. Nur so erklärt sich der Hass auf die zum Bähbegriff erklärte Klasse, zumal diese - im Marx'schen Sinne als kämpfendes Subjekt begriffen - in jüngster Zeit für westliche Saubermänner oft ein allzu schmutziges Gesicht bekommen hat. Folgerichtig hat sich die Krisisgruppe um Robert Kurz und Ernst Lohoff jener Bewegung zugewandt, die sicherlich nicht in die Verlegenheit kommt, mit schmutzigen Gesichtern oder ausgeprägtem Klassenbewusstsein herumzulaufen: der Antiglobalisierungsbewegung.

Es scheint die Wertkritiker nicht weiter zu stören, dass sie sich damit ihrer eigenen Subjektkritik zum Trotz wieder auf ein gesellschaftliches Subjekt orientieren und auf dieses ihr Veränderungsbedürfnis projizieren. Solange sie damit nicht Gefahr laufen, sich die Hände im unfeinen Kampf um die Macht - den die Globalisierungsveränderer zweifellos nicht anstreben - zu beschmutzen. Entlarvend ist es, wenn Kurz in seinem wütenden Pamphlet gegen die antideutschen Bellizisten eine "neue transnationale Solidarität von unten" einfordert und diese von den Demonstranten in New York, Israel, London, Paris, Rom, Madrid und Berlin aufgebaut werden soll.(9) Die sehr viel dynamischeren Demonstranten in Kairo, Dhaka, Karachi und Jakarta sind ganz offensichtlich zu schmutzig im Gesicht, um Eingang in das wertkritische Gedankengebäude zu finden. So unterscheidet sich die Wertkritik bei genauerem Hinsehen nicht wesentlich vom klassischen Reformismus. Sie differenziert zwischen Maximalismus (einem Gesellschaftsmodell ohne Wertcharakter) und Minimalismus (konkrete Veränderungen durch Genossenschaften).

Sie trennt Theorie von der Praxis ab, wobei sie der Praxis kaum Bedeutung beimisst, ja diese, als revolutionärer Kampf begriffen, überhaupt aufheben möchte, und sie steht letztendlich auf der Seite des Westens, sei es in ihrer neuen Orientierung auf die Antiglobalisierungsbewegung, sei es in ihrer extremsten antideutschen Ausformung als offene Parteigänger des kriegswütigen Imperialismus. Struktureller Antisemitismus und deutsche NabelschauBei den Antideutschen ist von der theoretischen Beschäftigung mit Wertkritik nicht mehr viel übrig geblieben.

Sie sind zur konkreten Politik zurückgekehrt - was ihnen von konsequenten Wertkritikern wie Robert Kurz auch vorgeworfen wird. Weit lieber als theoretisch zu disputieren beschäftigt sich antinationale Politik mit ihrem Lieblingsthema, dem Antisemitismus, und daraus abgeleitet der Parteinahme für die israelische antipalästinensische Politik. Die grotesken Stilblüten des antinationale Anti-Antisemitismuswahn zu untersuchen, sei besser Satirikern überlassen.

Das Wesentliche und Bedenkliche daran ist, dass es den Antinationalen gelungen ist, im deutschsprachigen Raum erstmals salonfähig zu machen, was noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wäre: Jedwede Kritik an Israel darf als antisemitisch diffamiert werden. Um diesen offensichtlichen historischen, begrifflichen und politischen Unsinn theoretisch zu untermauern, wurde der Begriff des strukturellen Antisemitismus aufgebracht. Grundlage dafür ist die wertkritische Konzeption, wonach verkürzte Kapitalismuskritik, wie sie vor allem Antiimperialisten zu eigen sei, sich auf antagonistische Gegnerschaft zu personifizierten Kapitalisten beschränken und nicht die kapitalistischen Strukturen als solche kritisieren würde.

Daraus würde "ein binäres und verdinglichendes, ein personalisierendes und moralisierendes Denken [entstehen], das eine Clique von bösen Herrschenden annehmen muss (...)"(10) Damit seien Parallelen zu antisemitischen

Klischees gegeben, in denen die Juden als parasitäre Finanzkapitalisten dargestellt werden. Folgt man diesem Gedankengang, so wäre jede Form von Politik, sobald sie konkret wird, antisemitisch, da sie sich zwangsläufig gegen Vertreter des Herrschaftssystems richtet. Konsequentermaßen verteufeln die Antinationalen nicht nur Antiimperialisten oder die Palästina-Solidaritätsbewegung als antisemitisch, sondern beispielsweise auch die Antiglobalisierungsbewegung, die im Übrigen durch ihre scharfe Kritik am internationalen Finanzkapital schon einen bedenklich hohen Grad an Antisemitismus erreicht hat - so die antideutsche Diktion. Antisemitismus (in antideutscher Definition) wird zum Gradmesser darüber erhoben, wie fortschrittlich eine Bewegung oder Strömung sei, ja mehr als das, er wird zum determinierenden Element gesellschaftlicher Analyse überhaupt erklärt.

Dass diese Vorgangsweise vollkommen unmarxistisch ist, liegt auf der Hand. Dass sie darüber hinaus die offizielle Position des deutschen und österreichischen Staates zu deren nationalsozialistischer Vergangenheit übernimmt, scheint die antinationalen Antisemitismuskritiker nicht zu stören. Wie in den Diskursen deutscher Staatsmänner wird auch bei den Antinationalen das nationalsozialistische Regime auf seinen wilden Antisemitismus reduziert, seine spezifische Form der Klassenherrschaft, seine spezifische antikommunistische, präventiv konterrevolutionäre Funktion einfach negiert.

Nicht nur unmarxistisch also, sondern auch offen antikommunistisch. Hier liegt wohl auch der Schlüssel zum institutionellen Erfolg der Antideutschen. Dass diese Vorgangsweise außerdem deutscher und nationalistischer nicht sein könnte - als negatives Totalitätsprinzip wird die ganze Welt durch die Antisemitismus-Brille betrachtet - zeigt einerseits, wie realitätsfremd und wahrnehmungsgestört diese Strömung bereits ist, andererseits beweist es ihren tiefen Rassismus und Eurozentrismus. Rassismus, der sich in erster Linie gegen Araber und Mus-

lime richtet, deren emanzipatorische Ansprüche per definitionem als antisemitisch angesehen werden müssen, laufen sie doch zwangsläufig israelischen Staatsinteressen zuwider.

Absurd, wenn man bedenkt, dass arabische Befreiungsbewegungen ob ihres "völkischen" (will heißen: nationalistisch arabischen) oder religiösen Charakters als reaktionär betitelt werden, während Israel, der letzte Apartheidstaat auf Grundlage jüdisch nationalistischer und religiöser Definition, nicht angetastet werden darf. Lächerlich, angesichts der Arroganz, mit der sogar die israelische Linke, die ein Ende des Apartheidstaates fordert, als antisemitisch bezeichnet wird.

Bedenklich, wenn man sich vor Augen hält, dass durch die diffamatorische und instrumentalisierende Verwendung des Antisemitismusbegriffes tatsächlich vorhandener Antisemitismus potentiell verharmlost wird. Verkürzter Volksbegriff So wenig die Antinationalen den Antisemitismus verstanden haben, so wenig haben sie den Terminus "Volk" - ein weiteres Hassobjekt ihrer Politik - begriffen. Während die "Volksgemeinschaft" in ihrer deutschen nationalsozialistischen Konzeption als quasibiologisches Ganzes, als rassisch begründete Einheit, aus der "fremdartige Rassen" zu beseitigen seien, als Antithese jedes gesellschaftlichen Konfliktes verstanden wird, so wird das Volk in der Tradition der Französischen Revolution als den Herrschenden gegenübergestellte Unterklasse, als Ausdruck und Subjekt des sozialen Kampfes begriffen.

Dieser positive Bezug auf das Volk bot und bietet sich im antikolonialen Kampf an und erlebt gegenwärtig, in der jüngsten Phase wirtschaftlicher Globalisierung und damit einhergehender kultureller Zwangsassimilation, eine Renaissance. Welche Bruchlinien des weltweiten Herrschaftssystems in der antagonistischen Gegenüberstellung von nationaler Selbstbestimmung und imperialem Weltherrschaftsanspruch angelegt sind, sollte auf der Hand liegen, ebenso, dass erst diese Brüche im System Weiter-

entwicklungen im Sinne aufklärerischer oder gar sozialistischer Ideen möglich machen.

Nur Hohlköpfe und Rassisten können nicht erkennen, dass es nicht der westliche Menschenrechtsimperialismus ist, der die Kontinuität aufklärerischer Inhalte im Sinne der Befreiung des Menschen von Unterdrückung und Fremdherrschaft verkörpert, sondern die Befreiungsbestrebungen der neuen Sansculotten, und seien deren Erscheinungsformen noch so schmutzig und westlichen Traditionen unverständlich. Dass die Antinationalen gerade den spezifisch deutschen Volksbegriff zum alleinigen und universell gültigen erklärt haben, zeigt einmal mehr, wie wenig universalistisch, dafür aber zutiefst rassistisch und deutschzentriert ihre Herangehensweise ist. Antideutsches Deutschtum Mit ihrer Erklärung von Bush als Friedensmann stehen die Antideutschen in bester deutscher reformistischer Tradition.

So wie die SPD 1914, so stellen die Antideutschen sich auch heute mit fliehenden Fahnen auf die Seite des stärksten Imperialismus. Entschieden zuviel schon der Ehre, denn während Bebel und Kautsky die stärkste Arbeiterbewegung der Welt repräsentierten, stehen Wertmüller und von der Osten-Sacken für deren vollkommen degenerierte und reaktionär verkommene Reste. Lassen wir den Antideutschen selbst das Schlusswort: "Die Anwendung der hochentwickelten Vernunft ist bereits unlegbar irrational wenn überhaupt vorhanden."(11)

(1) Margarethe Berger "Fragmente in Regression - linke Selbstauflösung zwischen Theorie und Praxis", in: www.antideutsch.de

(2) "Was ist Wertkritik" - Interview mit Ernst Lohoff und Robert Kurz, in: www.krisis.org

(3),(4),(5),(6),(7),(8) ebenda

(9) Robert Kurz: "Das Spiel ist aus", in: www.krisis.org

(10) Stephan Grigat: " - Antisemitismus und Antizionismus in der österreichischen Linken", in: www.contextxxi.at

(11) "Fragmente in Regression" a.a.o.

Sonderheft China: Langer Marsch in den Kapitalismus? u. a. Die politische Kehrtwende, Das „Rennen auf Leben und Tod“, Deng Xiao-pings zu großer Sprung nach rechts, Revisionismus- oder schöpferische Anwendung des Marxismus?	1985, 50 Seiten A4, 3,00 €
Vorwort von Paul Frölich zum Werk von Rosa Luxemburg: Gegen den Reformismus	42 Seiten, 1,00 €
Register der „Arbeiterstimme“ 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989	je 1,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Theodor Bergmann: Gegen den Strom , Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuauflage)	624 Seiten, 15,00 €
Jens Becker: Heinrich Brandler – Eine politische Biographie	510 Seiten, 15,00 €
Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 10,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 5,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 3,00 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 8,00 €
Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 1,50 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 5,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	15,00 €